

**HER
MIT
DEM
GUTEN
LEBEN!**

Was macht das Konzept des *buen vivir* aus?
Formuliert es eine Antwort auf die globale Krise und
die Zerstörung der Welt? Können wir hier Impulse
für unsere politische Praxis hier gewinnen? Geht
Wirtschaft auch ohne Wachstum? Was brauchen wir
um unsere Bedürfnisse zu stillen? Und wie kann
eine Post-Wachstumsgesellschaft aussehen? Wie
können wir uns den öffentlichen Raum (wieder-
)aneignen? Wie kann gesellschaftliche Entwicklung
wie Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Ausgaben
für Gesundheit und Bildung gemessen werden?
Können wir mit den Commons eine Antwort auf die
scheinbare politische Alternativlosigkeit geben? Ist
das Thema der ‚sozialen Infrastruktur‘ geeignet,
über die beispielhaften «harmonischen Inseln» im
Kapitalismus hinaus wirkliche gesellschaftliche
Veränderungsprozesse in Gang zu setzen?

script 13: Recht auf Stadt – Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika

mahuascript

14

**GEGENTWÜRFE ZUR
GLOBALEN KRISE**
Wuppertaler
Süd-Nord Kolloquium

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)

**Her mit dem guten Leben!
Gegenentwürfe zur globalen Krise**

Wuppertaler Süd-Nord Kolloquium

mit Beiträgen von:

Gert Eisenbürger, Thomas Fatheuer, Frank Braßel,
Humberto Cholango, Michelle Wenderlich, Niko Paech,
Christa Müller, Andrej Holm, Dirk Gebhardt,
Dorothee Rodenhäuser, Friederike Habermann,
Thomas Seibert

nahua script 14

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW und dem BMZ erstellt.
Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.



© 2011 Informationsbüro Nicaragua e.V.

Originalausgabe

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 101320

42013 Wuppertal

Redaktion: Klaus Heß, Sonja Lüddecke, Alexandra Schirmer

Druck: Offset-Druckerei Figge, Wuppertal

Satz und Layout: Uwe Peter, Wuppertal

Coverentwurf in Anlehnung an das Plakat «Her mit dem guten Leben!»
von Philipp Wix (www.imaging-dissent.net)

Fotohinweise: Alle Fotos stammen aus dem Archiv
des Informationsbüro Nicaragua e.V.

Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge nehmen wir gerne unter
info@informationsbuero-nicaragua.org entgegen.

ISBN: 978-3-9814936-1-0

Inhalt

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Einleitung

7

Gert Eisenbürger

Das Gute Leben als Perspektive? – Lateinamerikas linke Regierungen

15

Thomas Fatheuer

Recht auf Gutes Leben

23

Humberto Cholango im Interview mit Frank Braßel

Das gute Leben in Verfassung und Politik

29

Michelle Wenderlich

Post-Wachstum und Klimagerechtigkeit gehören zusammen:

Wege zu neuen Energiekämpfen

35

Niko Paech

Vom Fremdversorgungssyndrom zur Postwachstumsökonomie

43

Christa Müller

Guerilla Gardening und andere Strategien
der Aneignung des städtischen Raums

53

Dirk Gebhardt/Andrey Holm

Ein Anspruch an die Bewegungen selbst – Zur Theorie und Praxis
der internationalen Kämpfe um das Recht auf Stadt

65

Dorothee Rodenhäuser

Jenseits des BIP – Alternative Kriterien zur Messung
von gesellschaftlicher Entwicklung

77

Friederike Habermann

Commons & soziale Infrastruktur

91

Thomas Seibert

Für eine Politik öffentlicher Güter – Erste Annäherungen

99

Autor_innen

106

Y todo esto pasó con nosotros.
Nosotros lo vimos,
nosotros lo admiramos.
Con esta lamentosa y triste suerte
nos vimos angustiados.

En los caminos yacen dardos rotos,
los cabellos están esparcidos.
Destechadas están las casas,
enrojecidos tienen sus muros.

Gusanos pululan por calles y plazas,
y en las paredes están salpicados los sesos.
Rojas están las aguas, están como teñidas
y cuando las bebimos,
es como si bebiéramos agua de salitre.

Golpeábamos, en tanto, los muros de adobe,
y era nuestra herencia una red de agujeros.
Con los escudos fue su resguardo,
pero ni con escudos puede ser sostenida su soledad.

Auszug aus: *Anales de Tlatelolco*, Original in Nahuatl, 1528
Spanische Version von Miguel León Portilla,
auf nachfolgender Seite eine eigene Übersetzung ins Deutsche.

Und das alles passierte mit uns.

Wir sahen es,
wunderten uns.

Mit diesem unglücklichen und traurigen
Schicksal peinigte man uns.

Auf den Wegen liegen zerbrochene Pfeile,
die Haare sind verstreut.

Die Häuser sind dachlos,
die Wände gerötet.

Würmer schwärmen in den Straßen und Plätzen
und an den Wänden sind Gehirne zerspritzt.
Rot sind die Gewässer, als wären sie gefärbt,
und wenn wir sie trinken,
ist es, als ob wir Salzwasser trinken.

Wir schlugen unterdessen auf die Lehmwände,
unser Erbe war ein Netz von Löchern.
Mit dem Schild ging der Schutz,
aber nicht einmal mit Schilden kann die Einsamkeit ertragen werden.

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Einleitung

Die Nahua stammen aus Mexiko und Mittelamerika. 1522/23 wurde dieses Gebiet von spanischen Truppen erobert, ihre Städte zerstört, ganze Bevölkerungsgruppen ausgerottet. In ihrem Gedicht, übersetzt aus dem Nahuatl, beklagen sie die Invasion durch die Spanier_innen und den Verlust der Kontrolle über ihr eigenes Territorium und Schicksal. Die Urbevölkerung wurde durch Krieg und eingeschleppte Krankheiten, sowie Versklavung und Verschleppung nach Panama und Peru dezimiert. Trotzdem sind sie mit etwa 2 Millionen Menschen noch heute die größte indigene Volksgruppe in Mexiko. Die Bezeichnung leitet sich vom Namen der Sprache Nahuatl ab, was «guter Klang, richtige Aussprache» bedeutet. Heutzutage bezeichnen sich die Nahua meist als Macehualtin «Bäuer_innen, einfache Leute».

Fünfhundert Jahre Kolonialismus haben in den Peripherien vom weltweiten Kapitalismus abhängige Gesellschaften zurückgelassen. Lateinamerikanische Staaten haben seit zweihundert Jahren zwar die nationale Unabhängigkeit erkämpft, häufig jedoch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit als Rohstofflieferanten, Freihandelsterritorien, Absatzmarkt oder Arbeitskräfteervoir bewahrt. Die Nahua, Aymara, Quiche und anderen indige-

nen Völker leben isoliert von den Mehrheitsgesellschaften im Urwald, in marginalisierten Ländereien oder am Rande der Städte.

Heute jedoch steckt auch das «Zentrum» in einer globalen Krise, die sich als Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, und Ernährungskrise gleichzeitig manifestiert und zur Krise des politischen Repräsentationssystems auszuwachsen beginnt.

Jahrzehnte lang musste sich alles dem Zwang des «ewigen Wachstums» unterordnen: soziale Gerechtigkeit genauso wie ökologische Nachhaltigkeit. Sei es die verzweifelte Suche nach Energie und Rohstoffen, Hungerkatastrophen in Afrika, das Finanzkasino, der drohende Staatsbankrott von EU Ländern oder NRW Kommunen oder die schmelzenden Gletscher und Klimakatastrophen: Am Ende wird die Rechnung für diese Politik und ihre Folgen so teuer sein, dass sie nicht mehr zu begleichen ist.

Dabei gibt es zahlreiche Gegenentwürfe zur vermeintlichen Alternativ- und Ausweglosigkeit der Krisenpolitik. Welche Ansätze sinnvolle politische Alternativen sein können, haben wir im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Wuppertaler Süd-Nord Kolloquium» breit diskutiert und dabei Praxisbeispiele aus Lateinamerika und Europa kennengelernt. Die Ergebnisse dieser Suchprozesse sind in diesem Nahua Script 14 versammelt. Zu Anfang und über allem steht unsere einerseits altbackene andererseits heute immer noch aktuelle Forderung «Her mit dem guten Leben!».

Da unsere Partnerorganisationen aus Nicaragua und Lateinamerika bereits seit vielen Jahren nicht nur Opfer neokolonialer Zuschreibungen sondern auch Ideengeber_innen für soziale Organisierungsprozesse sind, haben wir hier zuerst hingeschaut: Welche unterschiedlichen Perspektiven werfen die lateinamerikanischen Mitte-Links-Regierungen für grundlegende Reformen und Veränderungen auf? Der Beitrag des Journalisten Gert Eisenbürger hinterfragt, ob hierin auch Perspektiven für ein «gutes Leben» aufzuspüren sind, so etwa das Konzept der partizipativen Demokratie, die Verstaatlichung von Betrieben und solidarisch-wirtschaftliche Länderkooperationen. Doch kann diese Politik wirklich konsequent umgesetzt werden? Oder scheitert die Realisierung der eigenen Utopien an der Realpolitik? Unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen können Konzepte alternativer Entwicklungen in Lateinamerika wirksam werden? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die sozialen Bewegungen? Und wie werden diese Entwicklungen hier in Europa reflektiert?

In Bolivien sowie in Ecuador ist das «gute Leben» (*Buen Vivir*) zur

höchsten Priorität in den neuen Verfassungen geworden. Vor dem Hintergrund regionaler indigener Lebensrealitäten stellt das Konzept des Guten Lebens dem herrschenden Wachstumsparadigma eine gesellschaftliche Idee für ein Leben in Demokratie und gemeinschaftlichem Wirtschaften, politischer Gleichberechtigung und im Einklang mit der Natur gegenüber. Den Verfechter_innen ist sehr wichtig, damit die indigenen und nicht-kolonialen Wurzeln zu betonen. Was macht also das Konzept des *Buen Vivir* aus? Wie funktioniert die Anwendung des *Buen Vivir* im politischen Alltag? Der Sozialwissenschaftler und Philologe Thomas Fatheuer, der das Büro der Heinrich Böll Stiftung in Brasilien bis 2010 leitete, wirft einen Blick auf neue Konzepte aus dem Andenraum und die darüber geführte gesellschaftliche Debatte.

Das *Buen Vivir* ist mittlerweile auch in Deutschland in aller Munde; fast eine neue Mode. Aber ist es wirklich ein Konzept für die Städte, wo inzwischen die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt? Formuliert es eine Antwort auf die globale Krise und die Zerstörung der Welt? Können wir uns – aus einem europäischen Kontext heraus – positiv darauf beziehen und Impulse für unsere politische Praxis hier gewinnen? Humberto Cholango, Vorsitzender des ecuadorianischen Indígenadachverbandes CONAIE, ist überzeugt, dass das Konzept auch real jenseits der kollektiven, ländlichen Erfahrungen der indigenen Gemeinden mit Leben gefüllt werden kann.

Vorerst aber beherrscht immer noch die Propagierung des Wirtschaftswachstums – sei es zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands oder als Lösung der gesellschaftlichen Probleme – das Denken und die herrschende Politik in unserer Gesellschaft, obwohl die Grenzen des Wachstums spürbar sind und unser Wirtschaftssystem vor dem Kollaps steht: Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung sowie ein Kahlschlag der kulturellen und sozialen Infrastruktur sind überall zu beobachten. Die Schere zwischen Reich und Arm klappt in Deutschland und global weit auseinander und je ungleicher eine Gesellschaft, desto schlechter ist auch ihr Gesundheitszustand. Ressourcenkriege und Umweltzerstörungen vernichten Lebensgrundlagen, weltweit hungern eine Milliarde Menschen. Geht Wirtschaft auch ohne Wachstum? Was brauchen wir um unsere Bedürfnisse zu stillen? Und wie kann eine Post-Wachstumsgesellschaft aussehen? Diese Fragen werden in zwei Beiträgen beantwortet.

Für Michelle Wenderlich, Politikwissenschaftlerin und Mitglied von gegenstromberlin, ist Energieproduktion und -verteilung der Sektor, in



dem eine Reorganisation vordringlich ist. Sie ist deshalb strategisch, weil das Energiesystem ohnehin geändert werden muss. Als große soziale Bewegung in Deutschland kann die Bewegung zur Energiepolitik die Idee der Gemeinschaftsgüter, der sozialen Prioritäten und Kontrolle anpacken. Energiedemokratie bedeutet, über die Art des Energiesystems, das wir wollen, und über seine demokratische Organisation zu entscheiden.

Der Volkswirtschaftler Niko Paech stellt Alternativen hin zu einer Post-Wachstumsökonomie dar. Dabei sieht er eine Verkürzung der Wertschöpfungskette, die Einführung von regional begrenzten Währungen und den Übergang von Fremdversorgungs- zu Selbstversorgungsstrukturen, die Entwicklung einer gemeinschaftlichen Produktion und der nachhaltigen Umgestaltung und drastischen Reduzierung des industriellen Komplexes.

Umverteilung der vorhandenen Arbeit, mehr Zeitautonomie und eine neue Konsumkultur sind denn auch die wesentlichen Bestandteile für praktisch-persönliches Handeln; offen bleibt, so die Kritiker_innen, ob «Entwachstum» bei Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise möglich ist oder ob dadurch die sozialen Ungleichheiten verschärft werden und eine wirtschaftliche Schrumpfung nur bei Überwindung des Kapitalismus geht.

Praktische Ansätze für eine neue Konsumkultur, die Entwicklung von Selbstversorgungsstrukturen und einer gemeinschaftlichen Produktion erkennen wir beim *Urban Gardening*, dem Gärtnern mitten in der Stadt, was in den Metropolen des Globalen Südens schon lange an der Tagesordnung ist. Nach Christa Müller, Soziologin und Gesellschafterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung&ertomis, geht es hier weniger um eine Existenzsicherung als um neue Formen des Politischen: Das temporäre Anlegen von Kartoffelackern in ausgedienten Autoreifen am Straßenrand wird zur symbolträchtigen Intervention im öffentlichen Raum, der zurückerober werden soll von der einseitigen Belagerung durch Kommerz, Beton und motorisierten Verkehr. Dabei sensibilisieren Guerilla Gardener den Blick für fehlende Lebensqualität in den unwirtlichen Räumen der Städte und verweisen zugleich auf Planungsdefizite und verfehlte Stadtpolitik.

«Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Es liegt auf der Straße, es hängt in Bäumen und versteckt sich unter Pflastersteinen.» Die Stadt sollte ein Raum sein, der allen gehört – unabhängig von sozialer oder nationaler Zugehörigkeit. Mit der stetig steigenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Städte setzt sich die neoliberalen Neustrukturie-

rung der Gesellschaft verstärkt in den Städten um und wird dort sichtbar. Unter dem Motto Recht auf die Stadt konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern. Gesellschaftliche Utopien und Alternativen sind daher in immer stärkerem Maß auch Alternativen für die Organisation des Städtischen. Die Welt-Charta definiert das Recht auf die Stadt als «gleiches Nutzungsrecht von Städten innerhalb der Prinzipien der Nachhaltigkeit, Demokratie, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit», als «kollektives Recht der BewohnerInnen, insbesondere der benachteiligten und marginalisierten Gruppen.» Der Beitrag von Andrej Holm und Dirk Gebhardt entwickelt «das Recht auf die Stadt» aus verschiedenen Blickwinkeln:

- *erstens* die Stadt als zentraler Ausgangspunkt für Produktion, Verteilung und Konsumtion, und damit Protest- und Mobilisierungsraum alltäglicher und politischer Kämpfe
- *zweitens* das Recht auf Stadt als Projektionsmöglichkeiten für gegenhegemoniale Visionen der Stadtentwicklung, einer Umverteilung der vorhandenen Ressourcen mit dem Recht auf Mitgestaltung auf allen Ebenen im Sinne einer «urbanen Demokratie»
- *drittens* als Sammelbegriff für realpolitische Forderungen nach den Leistungen und Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft und
- *viertens* für einen spezifischen, eher horizontalen Organisationsansatz städtischer sozialer Bewegungen, wie z.B. die «Recht-auf-Stadt-Netzwerke».

Hier scheint das Potenzial eines neuen Internationalismus erkennbar, in dem die sozialen Bewegungen des Nordens von denen des Südens lernen können.

Schließlich haben wir nach Kriterien zur Messung von gesellschaftlicher Entwicklung gefragt. Bisher galt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als entscheidender Indikator, um die Entwicklung eines Staates zu messen. Negativfolgen von wirtschaftlichem Wachstum wie Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch und Verteilungsgerechtigkeiten wurden hier ausgebendet. Die Sozialwissenschaftlerin Rodenhäuser stellt ein Konzept zur Messung gesellschaftlicher Wohlfahrt und ökologischer Nachhaltigkeit vor, bei dem Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen. Der «Nationale Wohlfahrtsindex» bezieht die im BIP vernachlässigten Wohlfahrtsleistungen, wie z.B. Hausarbeit oder Ehrenamt, mit ein. Negativ bilanziert

werden dagegen Umweltschäden. Auch soziale Faktoren wie Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung werden berücksichtigt. Die Ergebnisse sind aufschlussreich und werfen spannende Fragen auf: Fordert Wirtschaftswachstum Verteilungsgerechtigkeiten und Umweltzerstörung? Und wie kann Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer Gesellschaft ohne die Leitvorstellung eines ständigen Wirtschaftswachstums gestaltet werden?

Unser Leben basiert auf Ressourcen: auf der Vielfalt der Natur, auf sozialen Freiräumen, auf Bildung und Wissenschaft und der digitalen Welt. Und im Grunde ist von allem genug für alle da. Doch diese Ressourcen werden privatisiert und massiv übernutzt, anstatt Zugangs-, Nutzungs- und Teilhaberechte an ihnen weltweit nach selbst gesetzten und lokal angepassten Regeln kollektiv zu bestimmen und sie somit als Gemeingüter (*Commons*) zu nutzen.

Für die Ökonomin Friederike Habermann sind die *Commons* eine Antwort auf die scheinbare politische Alternativlosigkeit. Sie sieht eine Zukunft in Gemeingütern, da sie uns eine Gesellschaft struktureller Gemeinschaftlichkeit ermöglichen. Nur, wenn unsere Infrastruktur sich an sozialen Gesichtspunkten orientiert und nicht mehr am Machthunger und Bereicherungswahn einzelner, könnten wir es schaffen, Bildung und Gesundheitsversorgung für alle sowie Klimagerechtigkeit und eine weltweite Ernährungssouveränität sicher zu stellen. Für den Philosophen Thomas Seibert braucht es «soziale Infrastrukturen», um über die beispielhaften «harmonischen Inseln» im Kapitalismus hinaus wirkliche gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang zu setzen.

Mit diesem Sammelband setzen wir die Reihe der Nahua Scripte fort. Titel wie «LandLos – Berichte und Gespräche zur Landfrage in Mittelamerika», «Recht auf Stadt – Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika» und «Her mit dem Guten Leben – Gegenentwürfe zur globalen Krise» künden von einer anderen Form des Austauschs, den wir mit unseren Partnerorganisationen aus Nicaragua und Lateinamerika bereits seit vielen Jahren durchaus in einem Wechsel der Perspektiven erleben, der beiden Seiten nützlich sein kann. Es ist dies eine mögliche – kleine – Form der Wiedergutmachung des historischen Kolonialismus der Europäer_innen an den Nahua und vielen anderen und der Versuch eines Weges hin zu einem guten Leben für alle.

Gert Eisenbürger

Das Gute Leben als Perspektive? – Lateinamerikas linke Regierungen

Seit 1999 haben in einer Reihe lateinamerikanischer Länder Mitte-Links-Koalitionen die Regierungsgeschäfte übernommen. Damit ergeben sich auf dem Subkontinent Perspektiven für grundlegende Reformen und Veränderungen. Nachfolgend soll die aktuelle politische Konjunktur in Lateinamerika und deren Vorgeschichte kurz skizziert werden. Ein solch knapper Überblick kann nur sehr generalisierend sein und nicht auf die enormen ökonomischen und politischen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern, etwa einer industrialisierten Regionalmacht wie Brasilien, einem Ölproduzierenden Land wie Venezuela und einem kleinen zentralamerikanischen Staat wie El Salvador eingehen.

In den 80er und 90er Jahren amtierten in Lateinamerika fast durchgängig neoliberalen Regierungen. Vor dem Hintergrund hoher Staatsschulden setzten sie vor allem die Programme der internationalen Finanzinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank um. Das bedeutete: Sparhaushalte, Privatisie-

rung öffentlicher Unternehmen und die weitgehende Zerstörung sozialer Sicherungssysteme.

Vor allem wurden die Volkswirtschaften Lateinamerikas grundlegend umstrukturiert. Bis in die siebziger Jahre war die Industrialisierung das Ziel der Wirtschaftspolitik. Importsubstituierung hieß die Parole: Statt Güter zu importieren sollten sie im eigenen Land hergestellt werden. Um die entstehende Industrie gegen billigere Waren aus Nordamerika und Europa zu schützen, wurden Schutzzölle erhoben. Das widersprach den Interessen der transnationalen Konzerne aus den USA und Europa, die auch in Richtung Lateinamerika expandieren wollten. Die so genannte Schuldenkrise war der Hebel, mit der sich die multinationalen Unternehmen den ungehinderten Zugang zu den Märkten Lateinamerikas sicherten – die Marktöffnung gehörte stets zu den Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Gewährung von Krediten.

Statt eigene, nicht konkurrenzfähige Industrien aufzubauen – so die neoliberalen Logik – sollten die lateinamerikanischen Länder ihre komparativen Kostenvorteile nutzen, Industrieprodukte importieren und das zum Weltmarkt beisteuern, was sie kostengünstig liefern konnten. Und das waren Rohstoffe – Bodenschätze und Agrarprodukte. Dieses Modell nennt man Extraktivismus. Soziale Bewegungen, kritische Nichtregierungsorganisationen und ökologische Wissenschaftler/innen stellen das extraktivistische Wirtschaften seit langem in Frage. Es degradiere die Länder Lateinamerikas zu dem, was sie in der Kolonialzeit waren: zu Rohstofflieferanten. Zudem habe die intensive Rohstoffausbeutung enorme ökologische Kosten: Im Bergbau würden Chemikalien eingesetzt, die Flüsse, Bäche und das Grundwasser verseuchen, in der agroindustriellen Landwirtschaft, etwa in der Produktion von Soja, das im großen Umfang als Futtermittel nach Europa und Asien exportiert wird, würden Agrargifte und Stickstoffdünger verwendet, die die Böden zerstören und den Klimawandel beschleunigen. Hinzu komme eine enorme Besitzkonzentration.

Durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen (z.B. in den Bereichen Telekommunikation, Elektrizität, Wasser) gelang es den neoliberalen Regierungen kurzfristig, die Staatshaushalte zu entlasten. Mit der Forcierung der Rohstoffexporte konnten Devisen erwirtschaftet und der Schuldendienst bedient werden. Teilweise erzielten die neoliberalen Staaten in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren erhebliche Wachs-

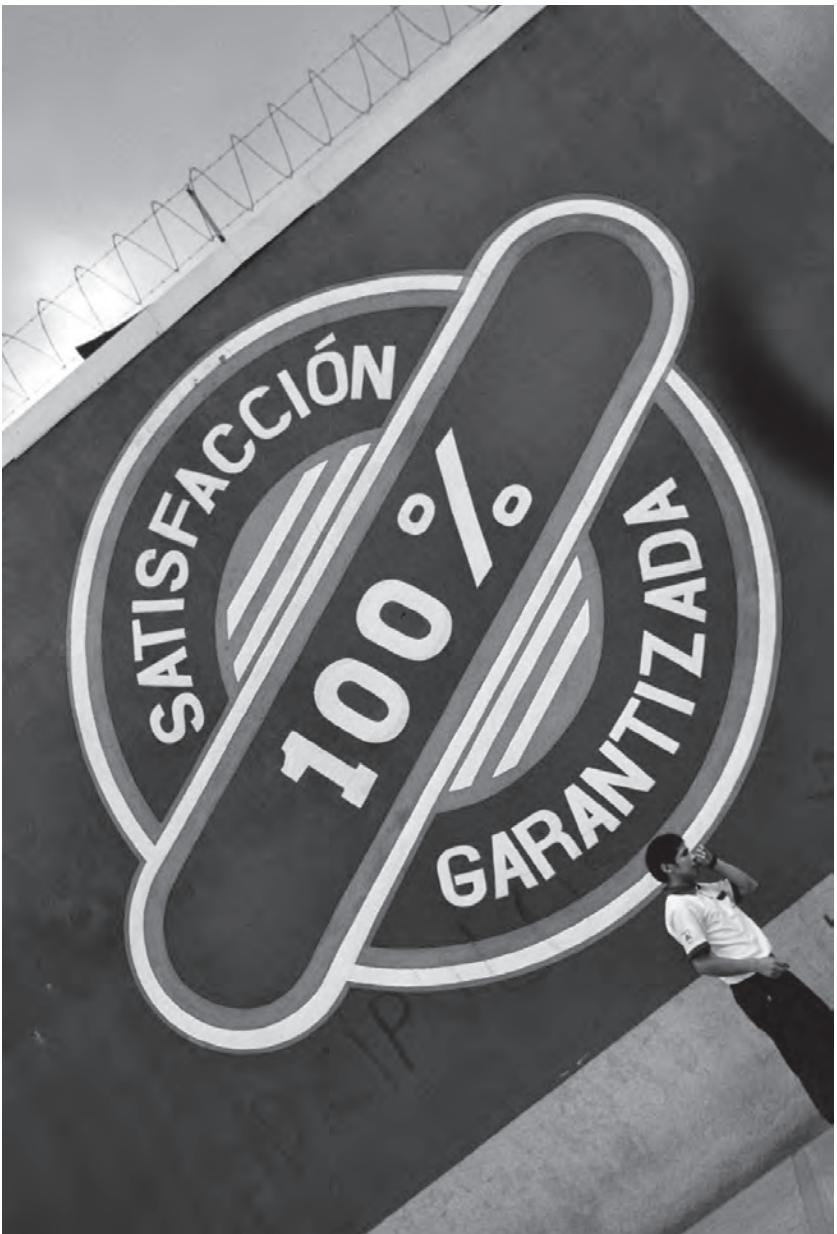
tumsraten, die Einkommen der begüterten Schichten stiegen kräftig an.

Die neoliberalen Politik führte aber auch zu breiter De-Industrialisierung und konnte keines der drängenden Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Kriminalität, Perspektivlosigkeit für die junge Generation, Altersarmut und Niedergang des Bildungs- und Gesundheitswesens lösen. Unterdessen veränderte sie die sozialen Verhältnisse nachhaltig. Feste Arbeitsverträge wurden seltener, prekäre Beschäftigung, Saisonarbeit oder informelle Tätigkeiten, etwa im Straßenhandel, die Regel.

Dies schwächte die Gewerkschaften, da Streiks als Kampfmittel schwerer anzuwenden und erfolgreich einzusetzen waren. In den Kämpfen gegen die neoliberalen Politik traten aber neue Akteure auf: Landlosenbewegungen, indigene Vereinigungen, bürgerliche und städtische Frauengruppen, Nachbarschaftsräte. Diese entwickelten alternative Aktionsformen wie Besetzungen, Straßenblockaden, Belagerungen öffentlicher Gebäude.

Von der Unzufriedenheit profitierten auch linke Wahlalternativen. Die Linke war in Lateinamerika lange in der Defensive gewesen. Die Repression in der Phase der Militärdiktaturen, der Zusammenbruch des realen Sozialismus und die zeitweilige Hegemonie politischer Konzepte, die Individualisierung und Entstaatlichung proklamierten, hatten soziale Politikansätze an den Rand gedrängt. Dazu kamen eigene Defizite, wie elitäre Avantgardeansprüche gegenüber den sozialen Bewegungen, fehlende Politikansätze, interne Demokratie und machistische Strukturen. Deshalb und weil der Überlebenskampf kaum noch Zeit für politische Aktivitäten ließ, ließen den etablierten linken Parteien viele Mitglieder weg. Die genannten Defizite sind indessen bis heute keineswegs überwunden und die linken Bündnisse verfügen nicht annähernd über die Massenbasis, wie sie etwa die chilenische *Unidad Popular* in den frühen 70er Jahren hatte.

Von den bei Wahlen antretenden Linksparteien – in der Regel waren es keine originär linken Alternativen, sondern breite Mitte-Links-Bündnisse – erwarteten die sozialen Bewegungen, aber auch große Teile der Bevölkerung eine Abkehr vom neoliberalen Modell: Seit 1999 kamen in acht Ländern Lateinamerikas linke Bündnisse an die Regierung: in Venezuela, Brasilien, Uruguay, Bolivien, Nicaragua, Ecuador, Paraguay, El Salvador. Dazu kommen noch Argentinien und Peru, deren Regierungen sich nicht



als sozialistisch oder sozialdemokratisch bezeichnen, aber das neoliberalen Modell ablehnen und die nationale Souveränität ihrer Länder betonen. Der erste Wahlsieg der Linken gelang im Februar 1999 Hugo Chávez in Venezuela. Das Land ist einer der wichtigsten Ölproduzenten weltweit, der staatliche Erdölkonzern PDVSA erwirtschaftet den größten Teil der Staatseinnahmen. Chávez lenkte diese Gelder, von denen bis dahin vor allem die Ober- und Mittelschichten profitiert hatten, teilweise in Sozial-, Gesundheits- und Bildungsprojekte für die arme Bevölkerung um. Seine Regierung verabschiedete ein Agrarreformgesetz, das es Landlosen ermöglicht, brachliegendes Land zu beanspruchen und dafür Eigentums-titel zu erhalten. Abgesehen von der Landreform und der Verstaatlichung einiger insolventer – teilweise von den Belegschaften besetzter – Betriebe, hat die Regierung Chávez nicht in die Eigentumsverhältnisse eingegriffen. Außenpolitisch fördert sie die lateinamerikanische Integration und greift die US-Politik an. Gleichzeitig bleibt Venezuela neben Mexiko wichtigster Öllieferant der USA und erfüllt alle diesbezüglichen Verträge gewissenhaft. Die Regierung Chávez bezeichnet ihre Politik als «bolivarianisch», bezugnehmend auf Simón Bolívar, den Führer der bürgerlich-antikolonialen Bewegung gegen die spanische Kolonialmacht Anfang des 19. Jahrhunderts. Bolívars Ziel war ein geeintes Südamerika, weil es sich nur vereint gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika behaupten könne.

Bedeuten die linken Regierungen nun tatsächlich eine Abkehr vom Neoliberalismus und eine neue Politik für Lateinamerika? Nach den bisherigen Erfahrungen sind Zweifel angebracht. In Brasilien, Paraguay, Uruguay und El Salvador gab es einige vorsichtige Reformen und ebenso wie in Nicaragua den Ausbau von Sozialprogrammen für die ärmsten Bevölkerungsschichten. In Ecuador, Venezuela und Bolivien geht der Veränderungsprozess etwas weiter, ist aber im wirtschaftspolitischen Bereich auch nicht sehr tiefgreifend.

Zwar hat keine der Mitte-Links-Regierungen die neoliberalen Politik ihrer Vorgängerinnen umstandslos fortgeführt. Es wurde nicht weiter privatisiert, in einigen Fällen wurden desaströse Privatisierungen (etwa die der Fluggesellschaft *Aerolineas Argentinas* oder die der argentinischen Rentenversicherung) rückgängig gemacht. Bei der Agrarreform in Venezuela wurde in bescheidenem Umfang brachliegendes Land von Großgrundbesitzern enteignet und an Landlose oder Kleinbauern und -bäuerinnen übergeben.

Aber weitergehendere Umverteilungen und Eingriffe in Eigentumsverhältnisse hat es nirgendwo gegeben und wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben. Selbst die Einführung einer progressiven Besteuerung, das heißt, dass für größere Einkommen höhere Steuersätze gelten als für kleinere, wie es in der Bundesrepublik und den meisten EU-Staaten die Regel ist und auch in den Programmen der meisten Linksparteien in Lateinamerika gefordert wird, wurde nur in wenigen Ländern durchgesetzt. Steuern werden weiterhin fast ausschließlich auf Konsum, d. h. über Mehrwertsteuern, und nicht auf Einkünfte erhoben.

Vor allem aber haben sich die Mitte-Links-Regierungen nicht vom erwähnten extraktivistischen Rohstoffexportmodell verabschiedet – Ausnahmen bilden Brasilien, das wegen seines hohen Industrialisierungsgrades eine relativ differenzierte Exportstruktur hat, und El Salvador, wo die in den so genannten *Maquiladoras* (Lohnveredelungsbetrieben) hergestellten Textilien zum wichtigsten Exportprodukt avanciert sind. Aber dort werden nur eingeführte Stoffe zu Niedrigstlöhnen verarbeitet und dann wieder ausgeführt, ein Technologietransfer findet nicht statt.

Die anderen Länder sind weiterhin vom Export weniger Agrarprodukte und Rohstoffe abhängig: Venezuela und Ecuador vom Erdöl, Bolivien vom Erdgas und Mineralien, Peru von Erzen und anderen Bergbauprodukten, Argentinien von Soja, Weizen, Wolle und Fleisch, Uruguay von Wolle, Fleisch, Reis und Zellulose, Nicaragua von Kaffee und Bananen, El Salvador neben den erwähnten Billigtextilien weiterhin vom Kaffee.

Die vor allem der Nachfrage aus China und anderen asiatischen Ökonomien geschuldeten hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe lassen auch die neuen Regierungen an dem Rohstoffexportmodell festhalten – trotz der oben erwähnten ökologischen Kosten. Man beginnt zwar in begrenztem Umfang, einige eigene industrielle Kapazitäten zu fördern, aber das Gros der Investitionen geht weiter in den Ausbau der Infrastruktur für die Rohstoffexporte.

Die Regierungen versuchen allerdings, den Ausverkauf ihrer natürlichen (Rohstoffe) und gesellschaftlichen (öffentliche Unternehmen) Reichstümer zu stoppen und höhere Erlöse für die Rohstoffe zu erzielen. Damit die Volkswirtschaften von den steigenden Weltmarktpreisen profitieren und die Regierungen zusätzliche Einnahmen für ihre sozialen und infrastrukturellen Projekte einsetzen können, müssen sie jedoch erst einmal daran partizipieren. Bislang strichen vor allem internationale Minenunter-

nehmen die zusätzlichen Gewinne ein. Die bolivianische Regierung unter Evo Morales hat 2006 vorgemacht, wie Konzerne zu besseren Konditionen für die Produzentenländer bewogen werden können. Sie hatte die Unternehmen vor die Wahl gestellt, entweder die Verträge über die Ausbeutung der Bodenschätze neu zu verhandeln oder die Nationalisierung der Unternehmen hinzunehmen. Es wurde neu verhandelt!

Die ökonomischen Handlungsspielräume der Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika sind sicherlich begrenzt. Sie können die langfristigen Verträge ihrer Vorgängerinnen mit internationalen Unternehmen und Banken nicht einfach rückgängig machen, weil sie dann vor internationalen Gerichten wie dem bei der Weltbank angesiedelten ICSID verklagt und regresspflichtig gemacht würden. Zudem ist die Schuldenkrise in den meisten Ländern Lateinamerikas keineswegs überwunden. Zwar ist die Lage nicht mehr so dramatisch wie in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Dennoch fließen weiterhin im großen Umfang Gelder, die dringend für Investitionen in die öffentliche und soziale Infrastruktur gebraucht würden, an die internationalen Banken – als Schuldendienst für Kredite, die die Banken in den siebziger Jahren illegitimen Militärdiktaturen bewilligt hatten.

Der Sturz der Regierung Salvador Allendes 1973 in Chile oder auch der Putschversuch gegen Hugo Chávez 2002 in Venezuela haben gezeigt, dass Lateinamerikas Eliten nicht bereit sind, politische Veränderungen hinzunehmen, die ihren Interessen zuwiderlaufen. Sie scheren sich dann nicht um demokratische Wahlen, sondern versuchen, solche Regierungen mit Gewalt zu stürzen – oft mit Unterstützung der jeweiligen US-Administrationen. In Chile hatten sie damit 1973 Erfolg, in Venezuela sind sie 2002 gescheitert. Um solche Polarisierungen zu verhindern, versuchen die Regierungen in Brasilien, Paraguay, Uruguay und El Salvador alles zu vermeiden, was die traditionellen Eliten verärgern könnte. So konnten zwar in allen Ländern, in denen Mitte-Links-Bündnisse in der Regierungsverantwortung stehen, soziale Verbesserungen für ärmere Bevölkerungssektoren und die Mittelschichten erreicht werden, von einem alternativen ökonomischen Modell jenseits des Neoliberalismus ist bisher aber nur sehr wenig zu erkennen.

Thomas Fatheuer

Recht auf Gutes Leben

Her mit dem Guten Leben? Zwei Länder dieser Welt scheinen es damit ernst zu meinen: Ecuador und Bolivien haben das «Recht auf Gutes Leben» in ihre Verfassungen geschrieben. Auf Spanisch klingt es noch schöner: *Buen Vivir*. Aber eigentlich berufen sich beide Länder auf die Tradition der indigenen Völker: *Sumak Kawsay* heißt das uralte Prinzip eines Lebens in Harmonie mit der Natur und der Gemeinschaft. Ist das nur eine der absurdnen Meldungen, wie jene über Kommunen, die per Gesetz das Sterben verbieten wollen? Ich denke, es ist doch mehr als das und dass es sich lohnt, einen Blick auf neue Konzepte aus dem Andenraum zu werfen.

Es ist kein Zufall, dass die Idee des *Buen Vivir* gerade in den Andenstaaten Bolivien und Ecuador an Einfluss gewonnen hat. In beiden Ländern stellen indigene Völker einen Großteil der Bevölkerung, in Bolivien sogar die Mehrheit. Die Wahl des Indigenenführers Evo Morales zum Präsidenten Boliviens hat weltweit Aufmerksamkeit erregt. Für viele Indigene war dies ein Zeichen, dass die Kolonialzeit nun endgültig überwunden ist. Beide Länder erarbeiteten eine Verfassung, die die Rechte indigener Völker stärkt, ihre Sprachen anerkennt, ja ihnen sogar eine Rechtssprechung

nach ihren Traditionen erlaubt, wenn diese nicht den Menschenrechten widersprechen. Die Verfassungen wurden durch Volksentscheide mit großen Mehrheiten angenommen.

Aber beide Regierungen verstehen sich auch als Teil des «progressiven Lagers» in Lateinamerika, was auch immer das heißen mag. Sie haben die staatliche Beteiligung an der Ausbeutung der Bodenschätze (Gas und Erdöl) ausgebaut und dadurch deutlich die Staatseinnahmen erhöht. Diese haben sie für Sozialprogramme genutzt, die den Ärmsten zugute kommen. Sowohl Evo Morales wie auch Rafael Correa in Ecuador sind inzwischen wiedergewählt worden, sie haben in ihren Ländern, im Vergleich zur jüngsten Geschichte, eine große politische Stabilität erreicht. Und sogar der IWF hat die Wirtschaftspolitik beider Staaten gelobt, weil sie ihre Sozialpolitik nicht durch Schuldenaufnahmen finanzieren.

Buen Vivir – Annäherungen

Buen Vivir – das gute Leben, das klingt vertraut. Aber gerade diese scheinbare Vertrautheit öffnet den Weg zu allzu leichten Missverständnissen. So ist für viele die Assoziation zum *Dolce Vita* naheliegend oder die Vermutung, dass es sich dabei nur um eine Neuauflage der Suche nach Lebensqualität handelt. *Buen Vivir* ist scharf abgegrenzt von der Idee des individuellen guten Lebens. Es ist nur im sozialen Zusammenhang denkbar, vermittelt durch die Gemeinschaft (*comunidad*), in der die Menschen leben.

Buen Vivir bezieht auch das menschliche Naturverhältnis ein, es strebt die Harmonie mit der Natur an und verurteilt die Überausbeutung der natürlichen Ressourcen. Die südamerikanische Debatte um das *Buen Vivir* können wir nur verstehen, wenn wir den konkreten Kontext, aus dem sie entstanden ist, nicht ignorieren. *Buen Vivir* ist zutiefst in den indigenen, andinen Traditionen verwurzelt. Das erschwert ein unmittelbares Verständnis des *Buen Vivir* für diejenigen, die diese Traditionen nicht teilen. Aber die verfassungsgebenden Prozesse in Bolivien und Ecuador können auch als Versuch der Kommunikation zwischen indigenen und okzidentalen Konzepten verstanden werden. Schließlich besteht ja der Anspruch, indigene Konzepte in einen Staatsentwurf einzuspeisen. Von grundlegender Bedeutung ist auch die Komplexität des Konzeptes. Wie jedes komplexe Konzept entzieht sich *Buen Vivir* einfachen Definitionen. Eduardo Gudynas weist zurecht darauf hin, dass *Buen Vivir* «ein Konzept

in Konstruktion ist», das in unterschiedlichsten Kontexten keimt und das gerade durch seine Pluralität gekennzeichnet ist (Gudynas 2011, S.1).

Um das *Buen Vivir* hat sich eine vielfältige und lebendige Debatte entfaltet, die in Europa kaum rezipiert wird. David Choquehuanca Céspedes, der Außenminister Bolivens, versucht die Idee des *Buen Vivir* folgendermaßen zu fassen:

«Die übertriebene und grenzenlose Industrialisierung durch die okzidentalen Akkumulationsmodelle bietet keine Lösung für die Menschheit.» (Cespedes 2010, S.8)

Buen Vivir ist eine Kultur des Lebens, die auf dem ancestralen Wissen der indigenen Völker beruht. Die indigenen Völker sind «eine Vorratskammer an ancestralem Wissen und wissenschaftlichen Kenntnissen über das Leben, um das Leben zu verteidigen.» (ebd. S.9)

Das *Buen Vivir* gewinnt seine Kraft besonders durch eine kritische Abgrenzung gegenüber dem okzidentalen Paradigma, das in eine Krise geraten ist. Für alle Vertreter des *Buen Vivir* ist es Teil eines Prozesses der De-Kolonialisierung und der Schaffung einer neuen Hegemonie, die auf der Diversität der Kulturen aufbaut.

«Es ist klar zu stellen, dass so etwas wie ein indigenes *Buen Vivir* nicht existiert. Denn schon die Kategorie indigen ist ein Kunstprodukt, das nur dazu dient, verschiedene Völker und Nationen darin zu homogenisieren, während doch jede von ihnen dazu neigt, ihr eigenes Konzept des *Buen Vivir* zu besitzen.» (Gudynas 2011, S. 12)

Die Anerkennung der Pluralität der indigenen Gemeinschaften ist fundamentaler Baustein des Konzeptes. *Buen Vivir* ist eine Absage an kulturellen und juristischen Monismus. Es beruft sich auf die viel längere Tradition des indigenen Denkens gegenüber der christlich – okzidentalen Tradition, die als egozentrisch und eurozentrisch abgelehnt wird. «Es existiert nicht nur ein Paradigma, dieses universale Paradigma, das okzidental ist. Das okzidentale Denken annuliert die Existenz anderer Systeme.» (Macas 2010, S. 15) Die Anerkennung des Anderen in der Konzeption der plurinationalen Staaten bezieht explizit auch nicht Indigene (afrodeszendente, mestizische) Bevölkerung ein.

Die Abgrenzung zur okzidentalen Tradition soll also nicht einen neuen Monismus kreieren, sondern Pluralität erst zulassen. Dieses so fundamentale Bekenntnis zu Pluralität zeigt, dass es nicht um eine einfache Rückkehr zu dem ancestralen Denken gehen kann und soll. Bolivianische



Intellektuelle wie Silvia Riveira Cusiqunqui (die sich selbst als Aymara und Europäerin definiert) und Javier Medina bringen das aymarische Konzept des *ch'ixi* ins Spiel. «Die Idee des *chi'xi* folgt wie viele andere (*allga Ayni*) der aymarischen Idee, dass etwas ist und zugleich nicht ist und also ein drittes einschließt.....» (Rivera Cusiquaqui 2010).

Konzepte und die schwierigen Realitäten

In den Verfassungstexten geht es nun wenig philosophisch zu. Die Abschnitte, die das *Buen Vivir* betreffen, erinnern stark an die sozialen Menschenrechte, die sich auch in Erklärungen der UNO finden: das Recht auf Nahrung und Wohnung und den Zugang zu Trinkwasser, das Recht auf Erziehung und eine Gesundheitsversorgung. Klar, die Erfüllung dieser Rechte wird nicht dadurch garantiert, dass sie in einem Verfassungstext stehen. Aber die Verfassung setzt Prioritäten und zwingt die Regierung, an diesen Zielen zu arbeiten. Und sie verschafft den Menschen bessere Positionen, um ihre Rechte einzufordern.

Damit kommunizieren die Ideen aus Südamerika durchaus mit hiesigen Debatten. Denn bei uns mehren sich die Zweifel, ob Glück und Wohlstand immer weiter durch Steigerung des Bruttonsozialprodukts gesteigert werden können. Das Unbehagen darüber, immer nur auf das Wirtschaftswachstum zu schauen, wächst. Der Bundestag hat inzwischen eine Enquete Kommission eingerichtet, die sich mit Alternativen zum Wirtschaftswachstum beschäftigt. Und Alberto Acosta (einer der geistigen Väter des *Buen Vivir* in Ecuador) ist sogar schon vom ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler eingeladen worden, um seine Vorstellungen vorzustellen.

Die Botschaft aus den Anden ist deutlich: Das Gute Leben hängt nicht primär vom Wachstum individueller Konsummöglichkeiten ab, sondern von einem erfüllten Leben in der Gemeinschaft. Aber die indigene Tradition betont noch etwas anderes: das harmonische Verhältnis mit der Natur, oder wie es in den Anden heißt, mit *Pachamama*, der Mutter Erde.

Und da ist nun die zweite Zumutung der Verfassungen von Ecuador und Bolivien: Sie erkennen die Natur als Rechtssubjekt an. Ein folgenreicher Perspektivwechsel: Natur ist mehr als die Bereitstellerin von Ressourcen für menschliche Entwicklung, sie verfügt über eigene Rechte. Wie soll das ausgerechnet in Ländern funktionieren, deren wirtschaftliche Entwicklung

stark an die Ausbeutung von Rohstoffen geknüpft ist? In Bolivien finden sich auch noch die weltweit größten Lithium-Reserven, ein wichtiger Rohstoff für Batterien. Wird jetzt zum Schutz von Pachamama das Lithium in der Salzwüste gelassen? Wohl kaum, aber Bolivien will den Abbau nicht ausländischen Konzernen überlassen und die Gewinne sollen der Armutsbekämpfung und nicht der Profitmaximierung dienen. Darüber hinaus soll die Naturzerstörung durch den Abbau mit Schutzmaßnahmen in anderen Gebieten kompensiert werden.

Ecuador hat durch die internationale Yasuní-Initiative Aufmerksamkeit erregt, die gut den Geist der neuen Verfassungen dokumentiert: Mitten im Regenwaldgebiet des Landes sind große Erdölvorkommen entdeckt worden. In der Initiative schlägt die Regierung vor, das Öl in der Erde zu lassen, wenn über einen international finanzierten Fonds die Hälfte des zu erwarteten Gewinns aus der Ölförderung in das Land fließt. Der Fonds soll soziale und ökologische Projekte fördern. Obwohl eine breite Mehrheit des deutschen Bundestages diese Initiative unterstützt hat, wird sie nun von der Bundesregierung und dem zuständigen Minister Niebel (FDP) abgelehnt.

Neue Verfassungen schaffen natürlich keine neuen irdischen Paradiese. Sie sind in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entstanden und beeinflussen diese. Alberto Acosta hat sie als *road maps*, als eine Art Orientierungshilfe für Umgestaltungen bezeichnet. Viele dieser Ideen aus den Andenstaaten sind auch bei uns nicht unbekannt (so die Kämpfe um eine soziale Infrastruktur, die Wiederaneignung öffentlicher Plätze, eine nicht an Wachstum orientierte Entwicklung, die Gemeingüter und andere Konzepte, wie sie in dieser Broschüre entwickelt werden). Die Tatsache, dass so ungewöhnliche Konzepte wie das Gute Leben und die Rechte der Natur den Weg in zwei durch Volksabstimmung legitimierte Verfassungen gefunden haben, sollte uns auf der Suche nach Alternativen zu einem Wachstumsmodell, dessen Grenzen immer sichtbarer werden, ermutigen.

Frank Braßel

Das gute Leben in Verfassung und Politik Interview mit Humberto Cholango

Humberto Cholango ist seit April Vorsitzender des ecuadorianischen Indígenadachverbandes CONAIE. Er gehört zum Volk der Kayambi, das im – heutigen – Zentrum der industriellen Blumenproduktion im Norden der Hauptstadt Quito lebt. Cholango ist einer der erfahrensten Indígena-Aktivisten Ecuadors. Von 2003 bis 2009 war er Vorsitzender der *Ecuarunari*, der größten Mitgliedsorganisation der CONAIE, zu der überdies die Vereinigungen der Indígenas aus dem Amazonastiefland und der Küstenregion gehören. Die CONAIE ist die stärkste soziale Bewegung Ecuadors und hat mit breiten Mobilisierungen während der vergangenen 20 Jahre wichtige Akzente in der politischen Debatte gesetzt, Präsidenten gestürzt, die bilinguale Erziehung institutionalisiert und neue Konzepte wie die Plurinationalität oder das *Sumak Kawsay* – der Kechua-Begriff, der mit *Buen Vivir* oder «das gute Leben» übersetzt wird – in der neuen ecuadorianischen Verfassung verankern können. Ihre Beziehung zur Regierung der «Bürgerrevolution» von Rafael Correa war von Anfang an gespannt, da der Präsident kaum andere Meinungen gelten lässt, im politischen Streit

auch vor rassistischen Klischees nicht Halt macht und seine Wirtschaftspolitik als ein Fundament die Ausbeutung natürlicher Ressourcen – ähnlich seiner neoliberalen Vorgängerregierung, wenn auch stärker statistisch ausgerichtet – fortsetzt. In dem folgenden Interview, das Frank Braßel Anfang August führte, erläutert Humberto Cholango die Kerninhalte des *Buen Vivir* und die darauf basierenden Konflikte mit einer der «linken» Regierungen Lateinamerikas.

Humberto Cholango, ist die Idee des Buen Vivir eine Erfindung des ehemaligen Vorsitzenden der Verfas sunggebenden Versammlung Alberto Acosta oder von Präsident Rafael Correa? Welche Ursprünge hat das Konzept des Sumak Kawsay in Ecuador?

Die Ursprünge gehen zurück auf das Leben der indigenen Völker und Nationalitäten. Wir sind eine kollektive Kultur und suchen nicht nur den *bienestar*, den Wohlstand, wie ihn die westliche Kultur anstrebt, sondern für uns geht das *Sumak Kawsay* oder *Buen Vivir* weit darüber hinaus. In den indigenen Gemeinden geht es darum, das Land gut zu führen, die Gemeinschaft zu stärken, die Familie. Dabei geht es nicht in erster Linie um die wirtschaftlichen Aspekte, Geld und Geschäft, sondern für uns ist das *Buen Vivir* die Frage nach einem guten Lebensstil in Harmonie mit der Natur und einem Leben in Respekt vor den Anderen, nicht nur den Menschen, sondern mit der Umwelt, den Tieren, die eine Einheit mit uns bilden.

Das Buen Vivir bezieht sich also in erster Linie auf soziale und kulturelle Aspekte, oder bezieht es auch Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung mit ein?

Für uns existiert keine Trennung nach Kategorien der Politik, Wirtschaft, Kultur oder des Sozialen. Das *Buen Vivir* soll uns zu einem einheitlichen erfüllten Leben führen, dabei geht es nicht in erster Linie um Geld, wir suchen die Ruhe, einen sauberen Fluss, gesunde Nahrung, frische Luft. Das Leben ist eine Einheit, orientiert sich weder an den oben genannten Kategorien noch an den Rechten, wie den sogenannten WSK Rechten, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten. Wir lehnen diese Klassifizierung ab, für uns hat die *chacra*, unser Stück Land, ebenso wirtschaftliche wie kulturelle oder soziale Bedeutung.

Wie bewertet die CONAIE die Einbeziehung des Konzeptes des Buen Vivir in der aktuellen Verfassung Ecuadors: als Erfolg der Bemühungen der Indigenabewegung oder als eine Instrumentalisierung des Konzepts durch die «Bürgerrevolution»?

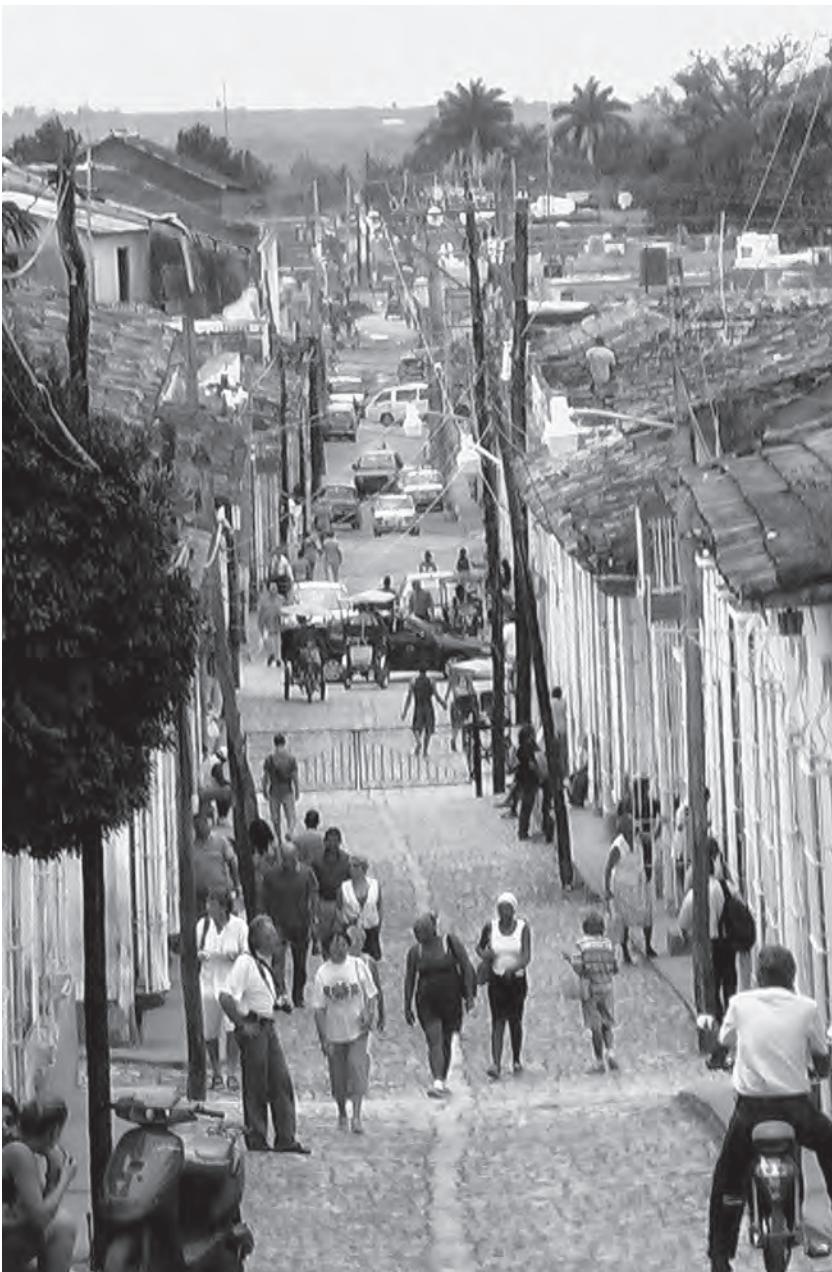
Das ist ein wichtiger Erfolg. Wir hatten uns zunächst auf das Thema der Plurinationalität in unserer Arbeit in der Verfassunggebenden Versammlung konzentriert, doch ergab sich eine unerwartet positive Konjunktur, sicher auch beeinflusst von den Debatten in Bolivien, für die Themen des *Buen Vivir* und der Rechte der Natur, und die CONAIE hat dies unterstützt. Dass die Regierung dieses Konzept nun instrumentalisieren und auf ihre Weise interpretieren will, das ist ein anderes Thema, ändert aber nichts am Erfolg der Indigenabewegung Ecuadors und der gesamten Andenregion.

Kann man die Politik der aktuellen Regierung mit ihren verstärkten Investitionen in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc. als einen Schritt in Richtung der Realisierung des Sumak Kawsay verstehen?

Nein, das ist eine Politik der Klientelisierung. Um das *Buen Vivir* zu konstruieren, müssen die Völker und Nationalitäten die Möglichkeit haben, über solche Maßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden. Derzeit basiert die Politik der Regierung auf Entscheidungen in Quito, das *Buen Vivir* lässt sich aber nicht von oben verordnen, es kann nur aus dem Dialog entstehen, in dem man sich zusammensetzt und entscheidet. Aber was hilft es, Medikamente in den Amazonas zu schicken, wo es doch eine ganze Reihe von Pflanzen und lokalen Mitteln zur Heilung spezifischer Krankheiten gibt?

Während der gesamten letzten Jahre hat es mehr Konfrontation als Kooperation zwischen einer der linken Regierungen des Kontinents und der CONAIE, einer der stärksten sozialen Bewegungen Lateinamerikas gegeben. Welches sind die Konfliktlinien im Rahmen der Realisierung des Buen Vivir?

Für uns ist die Konstruktion des *Buen Vivir* immer eine Infragestellung der Macht. Oft werden wir wegen der akuten Konflikte als Opposition zur Regierung von Rafael Correa gesehen, es geht der CONAIE aber um mehr. Wir kritisieren und hinterfragen die herrschenden Strukturen in Staat und



Gesellschaft. So drehen sich viele Debatten und Konflikte um das dominante Wirtschaftsmodell, das die aktuelle Regierung mit ihrer Politik des Extraktivismus offensichtlich fördert. Eine Ausdehnung des Bergbaus und der Ölproduktion geht aber auf Kosten der Natur und der indigenen Völker.

Offensichtlich mehren sich die Brüche innerhalb der Regierungsbewegung, die teils mit dem autoritären Stil des Präsidenten, teils aber auch mit seinem Entwicklungsmodell, das klassischen Vorlagen folgt und, wie du beschrieben hast, Kernelemente des Verfassungsgrundsatzes des Buen Vivir konterkariert. Die internen Friktionen haben zu einer Schwächung der Regierung und ihrer sozialen Basis geführt. Siehst du vor diesem Hintergrund eine Perspektive, die zu einer politischen und inhaltlichen Alternative jenseits der «Bürgerrevolution» führen kann?

Unzweifelhaft gibt es eine Ernüchterung bei vielen sozialen Bewegungen, die Rafael Correa wegen seiner radikalen Rhetorik von einem profunden Wandel gefolgt waren, aber nun erkennen, dass den Worten praktisch keine Taten gefolgt sind. So gibt es Frustration und Distanzierung nicht nur bei den sozialen Bewegungen, sondern auch unter vielen Intellektuellen und unterschiedlichen politischen Organisationen. Es kommt nun nicht darauf an, nur den Präsidenten zu kritisieren, sondern vielmehr Vorschläge und Alternativen zu präsentieren. So wird aktuell zwischen den Indígena- und Bauernorganisationen ein neues Gesetz zu Land und Territorien erarbeitet, das nicht nur Höchstgrenzen für den Landbesitz festlegen soll, sondern auch ein neuartiges Produktionsmodell, das die Orientierung auf die Agrarexporte überwinden muss. Hier geht es auch um eine Umverteilung des Reichtums.

Ähnliche Debatten gibt es unter den Arbeiter- und Studentenorganisationen. Das nährt die Hoffnung, mittel- und langfristig ein neues Entwicklungsmodell für Ecuador vorlegen zu können, das kohärent zu den Verfassungsgrundsätzen wie dem *Buen Vivir* und den Rechten der Natur ist.

Das Buen Vivir ist in aller Munde, eine neue Mode, in Deutschland gab es kürzlich einen großen Kongress dazu, an dem aus Ecuador Alberto Acosta teilnahm. Aber ist es wirklich ein Konzept für die Städte, wo inzwischen die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt, auch in Ecuador? Ist es tatsächlich möglich, das Konzept real jenseits der kollektiven, ländlichen Erfahrungen

der indigenen Gemeinden, welche auch dein Ausgangspunkt der Definition des Konzepts waren, weiterzuentwickeln und mit Leben zu füllen?

Aber natürlich. Die Eingangsfrage bezog sich auf den Ursprung des Konzeptes. Und der liegt weder bei Acosta noch bei Correa, sondern eben in den ländlichen indigenen Gemeinden. Aber für uns ist das *Buen Vivir* kein Konzept nur für die Indigenen, im Gegenteil, es muss für alle Menschen gelten. Wie das Konzept heute diskutiert wird, ist es ein neues Konzept, ein zivilisatorisches Konzept für eine neue Menschengeneration. Zu was hat das traditionelle Entwicklungsmodell genutzt? Es ist ein auf Konsum und Individualismus ausgerichtetes Modell, das die Welt an den Rand des Kollapses geführt hat. Demgegenüber ist das *Buen Vivir*, das ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Aspekten des Menschseins und der Harmonie mit der Natur anstrebt, ein Modell für alle Menschen auf allen Kontinenten.

Wie interpretiert die CONAIE die Tendenz des Regimes, ehemalige Führungspersönlichkeiten der Indígenabewegung (wie Ricardo Ulcuango als neuer Botschafter in Bolivien oder wichtige Verbündete wie Kintto Lucas als stellvertretender Außenminister) in Regierungsfunktionen zu berufen: Zielt es darauf ab, die CONAIE zu spalten und zu schwächen, oder darauf, relevante Inhalte der Bewegung, mit der die Regierung zerstritten ist, in die Regierungspolitik zu übernehmen?

Das ist ganz klar, es zielt auf die Schwächung. Denn wenn die Regierung ein Interesse hätte, zentrale Themen der Indígenabewegung wie das *Buen Vivir* oder die Plurinationalität in ihre Politik einzuführen, wäre das Mindeste ein Dialog und die Suche nach dem Konsens gewesen. Doch der Präsident attackiert frontal die Indígenabewegung, kriminalisiert ihre Führer, dehnt den Bergbau und die Ölförderung in unseren Territorien aus und hat zur gleichen Zeit einige ehemalige oder aktuelle Führungspersönlichkeiten für Positionen im Öffentlichen Dienst ausgewählt. Für uns stellt sich nicht die Frage, ob zwei, drei, vier oder sonst wie viele Indígenas in Regierungsposten sitzen, das ist zunächst einmal ihr gutes Recht. Für uns geht es darum, einen politischen Wandel zu erleben, und das tun wir nicht.

aus: ila 348, September 2011.

Michelle Wenderlich (gegenstromberlin)

Post-Wachstum und Klimagerechtigkeit gehören zusammen: Wege zu neuen Energiekämpfen

Die Diskussionen über Klimagerechtigkeit und Post-Wachstum sind eng miteinander verzahnt. Im Rahmen der Klimagerechtigkeit werden historische Verantwortlichkeiten für den Klimawandel untersucht und geprüft, wessen Lösungen in den gegenwärtigen Debatten gesehen und legitimiert werden. Klimagerechtigkeit kann Begründungen bieten, warum wir Post-Wachstum benötigen und gibt auch einige Wege zu diesem Ziel vor. Das liegt daran, dass die gegenwärtige ökonomische, soziale und ökologische Krise eine gemeinsame Wurzel in der kapitalistischen, extraktivistischen und neoliberalen Mentalität und im sozialen System haben. Es ist sehr wichtig, diese Krisen als eine zu sehen und zu erkennen, dass es unmöglich ist, einen Ausweg aus diesen Krisen zu finden, ohne einen paradigmatischen Wechsel im Denken und Handeln herbeizuführen.

David Harvey sagt dazu: «Alle ökologischen Projekte (und Argumente) sind gleichzeitig auch politisch-ökonomische Projekte (und Argumente) und umgekehrt. Ökologische Argumente sind niemals sozial neutral und ebenso wenig sind sozio-politische Argumente ökologisch neutral.»¹

Wir dürfen gedanklich nicht bei der Änderung des ökonomischen Systems stehen bleiben, sondern wir müssen unsere Beziehungen untereinander und zum Planeten ändern. Das ist um so wichtiger, als wir nicht nur einer Klimakrise gegenüber stehen, sondern einem Zusammentreffen verschiedener ökologischer und sozialer Krisen, wie dem Verlust an Biodiversität, Versteppung, Mangel an frischem Wasser, überfischte Gebiete, Entwaldung, Nahrungsmittelkrisen, einer Demokratie- und Legitimitätskrise und natürlich der Finanz- und Währungskrise.

Diese Ideen und wechselseitigen Abhängigkeiten haben eine Geschichte. Auf der ganzen Welt – aber speziell im Globalen Süden – war das zu erreichende Wirtschaftswachstum – vorgetragen als der Königsweg zur Armutsbekämpfung – immer die Rechtfertigung für Prestigeprojekte, um unsere Beziehungen zur Natur zu «modernisieren», die aber als Konsequenz immer furchterliche Folgen für die ärmeren Bevölkerung und die Natur hatten.

Wir denken z.B. an den Bau von Staudämmen, die zur Vertreibung von Millionen von Menschen führten oder die «Grüne Revolution», die mit modernen Pestiziden und Düngemitteln die Erträge verbessert, aber zur gleichen Zeit den Boden zerstört, von dem die Kleinbauer_innen abhängig sind. In der gleichen Tradition stehen die genetisch veränderten Organismen und die Patentierung von Samen und Genen, die eine Selbstversorgung immer schwieriger machen und kleine Bauern und Bäuerinnen in eine Verschuldungsspirale treiben.

Und nun wollen die Fürsprecher_innen des so genannten «Grünen Wachstums» oder «Grünen Kapitalismus» – im Namen des Kampfes gegen die Klimakrise – gerne weitermachen wie bisher. Sie möchten die Umweltkrise als neuen Wachstums- und Akkumulationsmotor nutzen, ohne die Prinzipien der Wirtschaft oder der gesellschaftlichen Beziehungen zu ändern. Dieses Programm wird, erstens die Klimakrise nicht verhindern, wenn es nicht das Wirtschaftswachstum in Frage stellt und zweitens sollte es sich durchsetzen, zu einer weit verbreiteten Repression führen, die soziale Ungleichheit wird zunehmen und es wird zu einer neuen Runde von Umweltkolonialismus zur Ausbeutung der Rohstoffquellen kommen.

Schon bei den derzeitigen politischen Maßnahmen, auf denen die Klimaverhandlungen beruhen, können wir Vorboten dieser Zukunft erkennen. Die Klimaverhandlungen haben bisher nicht zu einer Abnahme der Treibhausgase geführt. Tatsächlich waren die einzigen beiden Ereignisse in

der jüngsten Geschichte, die zu einer Reduzierung von Emissionen geführt haben, der Fall der Sowjetunion und die derzeitige ökonomische Krise.²

Das heißt nicht, dass diese Perioden wünschenswert wären, aber sie zeigen, dass es kaum möglich ist, unseren Energiekonsum und die Emissionen zu reduzieren, wenn nicht auch das Wirtschaftswachstum abnimmt. Man kann ein häufig zitiertes Szenario von Tim Jackson nehmen – wenn wir ein Wirtschaftssystem wollen, das in der Lage ist, im Jahr 2050 eine Zahl von 9 Mrd. Menschen auf dem Level des europäischen Lebensstiles mit 2 % Wachstum im Jahr zu versorgen, dann bräuchten wir eine jährliche Produktivitätssteigerung von 9 %³. Solch eine Abnahme der Kohlenstoffintensität gab es noch nie und würde bedeuten, dass in der Zukunft die Wirtschaft eine negative Kohlenstoffintensität hätte, welches zu der grotesken Vorstellung eines ökonomischen Modells führen würde, dessen Wachstum auf zunehmenden negativen Emissionen beruht. Eine Abkopplung des Wachstums vom Emissionsausstoß ist einfach nicht möglich.

Die Tagespolitik hat unglaublich viele blinde Flecken und spricht nur von isolierten Problemen, ohne das Gesamtbild zu sehen. Sie spricht von Kohlenstoffregulierungen statt von Produktionsweisen oder Lebensstilen. Es wird nur ganz allgemein die Reduzierung der Emissionen und nicht die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe oder der Wandel des Energie- oder Nahrungsmittelsystems diskutiert, ganz zu schweigen von einer Krise der sozialen Reproduktion.

Diese Herangehensweise an die Klimaverhandlungen hat den Diskurs soweit getrieben, dass nur noch der Markt als eine Lösung für die Klimakrise angesehen wird. Die Lösungswege, die von der UN Klimakonvention bevorzugt eingeschlagen werden, sind Marktmechanismen, wie der Handel mit Emissionen und der *Clean Development Mechanism*, die auf sehr effektive Weise die Luft privatisieren und einen neuen spekulativen Markt mit möglichen zerstörerischen sozialen und ökologischen Folgen schaffen. Und das alles, ohne dass es wirklich zu einer Reduzierung der realen Emissionen kommt, besonders da diese Prozesse sehr anfällig sind für Lobbyismus, Entlastungen und Ausnahmen zu Gunsten wirtschaftlicher Vorteile.⁴ Bedenken und Überlegungen, die nicht monetarisiert werden können, verschwinden völlig aus dem Blick.

Noch wichtiger aber ist es, zu erkennen, dass das System der internationalen Verhandlungen eine zentralisierte, monopolisierte und profitorientierte Kontrolle des Energiesystems cementiert. Das System wird



charakterisiert durch von der Industrie dominierte Mega-Projekte wie z.B. *Desertec* oder Offshore-Windenergieanlagen, unterirdische Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, oder sogar die Neugestaltung der Erde durch Geo-Engineering, welches der Inbegriff der Technikfixiertheit für die Probleme des Energiesystems ist. Solange diese Denkrichtungen nicht in Frage gestellt werden, werden nur technologische Lösungswege gesehen. Aber es müssen Fragen gestellt werden zu Macht und Eigentum: Wem gehört die Energie, wer produziert sie? Wie, warum und zu wessen Vorteil?

Das führt uns zurück zum Prinzip der Klimagerechtigkeit. Es bedeutet, dass die Hauptursache der Klimakrise – also die vom Kapitalismus geprägten Produktionssysteme sowie die sozialen Beziehungen – angegangen werden muss, um überhaupt Alternativen anbieten zu können. Eine andere Zukunft ist möglich, wenn wir bereit sind, herrschende globale Machtbeziehungen und sozialökonomische Strukturen einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Die Grundprinzipien von Klimagerechtigkeit beinhalten folgende Forderungen:

- Fossile Energieträger im Boden belassen!
- Die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen an die Menschen und die Gesellschaft zurückgeben und die Rechte der indigenen Bevölkerungen achten!
- Für eine lokale, nachhaltige Landwirtschaft!
- Die ökologische – und klimatische Schuld gegenüber den Menschen des Südens anerkennen und Ausgleichszahlungen tätigen!
- Keine falschen, marktbasierter Lösungen nutzen, sondern unsere Lebens- und Produktionsweise ändern!

Das bedeutet, Wirtschaftswachstum, Überproduktion und die kapitalistischen Beziehungen explizit in Frage zu stellen und stattdessen Ideen zu entwickeln, wie gesunde gesellschaftliche Naturverhältnisse gestaltet werden könnten. Wir kommen also zu der Frage zurück: Wie würde der Übergang zu post-fossilen Energiequellen aussehen? Zwei eng verknüpfte Herangehensweisen sind vielversprechend: *Commons* (Gemeingüter) und Vergesellschaftung. Beides würde bedeuten, dass man die Gesellschaften nach bedürfnisorientierter, gemeinschaftlicher, kollektiver, partizipativer und demokratischer Kontrolle, Entscheidung und Besitz organisieren würde. Der Begriff *Commons* bedeutet, dass die natürliche und gesellschaftliche Produktion allen gehört und daher kollektiv und demokratisch organisiert werden muss – und nicht auf der Basis privaten Eigentums und

Profits. Das kann verschiedene Formen annehmen, ob im Besitz der Arbeiter_innen, der Gemeinschaften, der Kooperativen oder des Staates, aber die Kernpunkte eines erfolgreichen Gemeingütersystems sind folgende:

- Es gibt eine gesellschaftliche Diskussion und einen Konsens über die Ziele des Systems.
- Es gibt eine bedeutsame Beteiligung und Machtteilung bei den Entscheidungen, bei Systemmonitoring und Konfliktlösung.
- Die Entscheidungen können das jeweilige System selbstständig treffen ohne Einmischung von außen, sei es politisch oder finanziell.
- Und am wichtigsten ist, dass es von denjenigen, die beteiligt sind, als etwas angesehen wird, das für und von der Gemeinschaft geschaffen wurde.

Diese Ideen könnten schon jetzt in der Transformation der Ressourcennutzung, in der öffentlichen Versorgung und der Staatsorganisation angewandt werden. Aber letztendlich wird in allen gesellschaftlichen Gebieten eine Form ökonomischer Demokratie, die auf kollektiven und dezentralisierten Entscheidungsprozessen basiert, notwendig. Diese Systeme müssen auf dem Bewusstsein ruhen, dass man mit der Erde und den Menschen auf dem gesamten Globus arbeitet, um uns langsam aus den Ausbeutungsmentalitäten zu befreien. Vielversprechende Herangehensweisen sind jene, die der Natur einen eigenen Rechtsstatus zugestehen und die Gesellschaften nach Prinzipien des «Guten Lebens» oder des *Post-Development* organisieren.

Energieproduktion und -verteilung sind der Sektor, in dem eine Reorganisation vordringlich und strategisch am wichtigsten ist. Es ist deshalb strategisch, weil das Energiesystem ohnehin geändert werden muss. Eine der größten sozialen Bewegungen in Deutschland ist die Anti-Atom-Bewegung. Das Thema Energie ist eine ideale Basis, um die Idee der Gemeinschaftsgüter, der sozialen Prioritäten und Kontrolle anzupacken. Gegenstromberlin hat eine Reihe von energiepolitischen Thesen entwickelt, die auf den Prinzipien der Energiedemokratie basieren.

Energiedemokratie bedeutet, dass wir über die Art des Energiesystems, das wir wollen, entscheiden können und dass dies auf der Basis von demokratischen und nicht profitorientierten Prinzipien organisiert wird.

Eine Grundlage für diese Thesen ist die Tatsache, dass ein effektives System erneuerbarer Energien dezentral organisiert werden muss. Das ist ein paradigmatischer Wechsel von einem System, in dem die Energiever-

sorgung von großen Anlagen in eine Richtung zu den Nutzer_innen fließt, die die Energie konsumieren. Von einem System, in dem Monopolstrukturen für Energielieferant_innen einen gewissen Sinn ergaben, zu einem System, das dann effektiv funktioniert, wenn die Konsument_innen selbst die Energieproduzent_innen werden durch die Nutzung von dezentraler Solar-, Wind- und Biomasseenergie oder kleinteiligen Blockheizkraftwerken.

In solch einem System machen Monopolstrukturen keinen Sinn mehr, und um ein Energiesystem sicher zu stellen, dass 100 % erneuerbare Energien liefert und sozial gerecht verteilt, ist es notwendig, das System selbst in die Hand zu nehmen.

Das bedeutet, dass die großen Energieunternehmen zerteilt und basierend auf demokratischen Prinzipien vergesellschaftet werden müssen. Das geschieht nur auf der Basis von Druck und direkter Aktion der sozialen Bewegungen, wie z.B. der Antiatombewegung und anderer, die Klima, Globalisierung und demokratische Kontrolle ihr Anliegen nennen. Dazu sind die deutschen Energieunternehmen – Vattenfall, RWE, e.on und EnBW (*Big 4*) – unpopulär und daher gute Ziele für Mobilisierungen.

Das Zentrum eines demokratisch organisierten Energiesektors in Deutschland wären die Stadtwerke und partizipativ organisierten Energiegenossenschaften. Diese sind in der Lage, den gesamten Energiesektor zu organisieren und können – im Gegensatz zu den Energieunternehmen – partizipativ organisiert sein. Das geschieht aber nur, wenn wir es selbst tun!

Und tatsächlich – es gibt schon Initiativen in Hamburg und Berlin für demokratisch organisierte Stadtwerke und dafür, die Energienetze zurückzukaufen sowie Genossenschaftsmodelle in ganz Deutschland. Dieser Kampf wird viele Leute ansprechen, die schon lange das Gefühl haben, dass wir in 40 Jahren Neoliberalismus jede Form demokratischer Kontrolle verloren haben. Und diese Herangehensweise hat noch andere Vorteile, man gewinnt die Möglichkeit, Erträge in soziale und ökologische Ziele zu investieren oder ein System sozialer Tarife anzubieten, um Energiearmut zu vermeiden. Das wäre das Ergebnis, wenn alle anerkennen würden, dass Energie ein gemeinschaftliches Gut ist und uns allen gehört.

Und weil es uns allen gehört, sind wir auch alle dafür verantwortlich. Energiedemokratie kann ein Fenster und ein Lernexperiment sein, um andere Bereiche oder Unternehmungen in partizipativer und sozial emanzipativer Art und Weise zu organisieren. Und es ist auch eine Schnittstelle für eine gesellschaftliche Diskussion über unseren Energiegebrauch und

darüber, Wege zu finden, wie man dem Zwang zu Wachstum und mehr Konsum entkommt.

Zusammengefasst heißt das, dass der Kampf für Energiedemokratie von einer breiten Energiebewegung unterstützt werden muss, und die Ziele dieser Bewegung müssen die Vergesellschaftung, Dezentralisierung und Demokratisierung des Energiebereichs auf einer ökologischen Basis sein. Diese Ziele zusammengenommen bilden eine schlüssige Alternative zum wachstumsbasierten, profitorientierten und Monopol innehabenden Energiesektor und führen zu einer anderen Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur. Denn das ist das Ziel, nach dem wir streben.

Aus dem Englischen übersetzt von Ulla Sparrer und Michelle Wenderlich.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 David Harvey, *Justice, nature and the geography of difference* (Oxford: Blackwell, 1996), S. 182.
- 2 Tadzio Mueller und Alexis Passidakis, *Green capitalism and the climate: It's economic growth, stupid!* In: *Contours of Climate Justice: Ideas for shaping new climate and energy politics* (Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation, 2009), S. 59.
- 3 Tim Jackson, *Prosperity Without Growth: Economics for a Finite Planet* (London: Earthscan, 2009), S. 80-82.
- 4 Mehr Informationen über Emissionshandel und Marktmechanismen in i.e.: *Contours of Climate Justice: Ideas for shaping new climate and energy politics* (Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation, 2009) oder <http://www.carbontradewatch.org>. Eine vollständige Analyse der Mängel der Kyoto-Marktmechanismen kann im Rahmen dieses Artikels nicht geleistet werden.
- 5 Climate Justice Now, mehr Informationen unter:
<http://www.lausitzcamp.info/hintergruende/klimagerechtigkeit/klimagerechtigkeit-ein-ueberblick/>
- 6 Auch Michelle Wenderlich, *Of Commons, Cooperatives, Community and Co-Production: A look at the Commons-state nexus and comparative alternatives to privatization with the example of the water sector* (Masters Thesis). Mehr Informationen: michellew101@yahoo.com
- 7 siehe: http://www.gegenstromberlin.net/wp-content/uploads/2011/05/Energiepolitische_Thesen-gsb_2011.pdf, wird bald überarbeitet.

Niko Paech

Vom Fremdversorgungssyndrom zur Postwachstumsökonomie

Nicht nur der deutschen Bundesregierung ist die Verzweiflung anzumerken, welche sich angesichts aktueller und demnächst zu erwartender Krisenlagen breit macht: Neben dem Klimawandel verschaffen sich eine als *Peak Oil* oder gar *Peak Everything* etikettierte Ressourcenverknappung und obendrein das Chaos der globalen Finanzwelt Aufmerksamkeit. Eine beinahe trotzig vorgetragene Wachstumsbeschleunigungs rhetorik oder das Bejubeln jedes weiteren Aufschwungs können indes nicht darüber hinweg täuschen, dass längst eine neue Wachstumsdebatte Platz greift. Sie firmiert unter Begriffen wie «Wirtschaft jenseits von Wachstum» (Daly 1999), «La decrescita felice» (2005), «Décroissance» (Latouche 2006), «Postwachstumsökonomie» (Paech 2008, 2009), «Degrowth» (Jackson 2009), «Vorwärts zur Mäßigung» (Binswanger 2009), «Exit» (Miegel 2010) oder «Postwachstumsgesellschaft» (Seidl/Zahrnt 2010). Allerdings bleibt abzuwarten, was der Umstand bewirkt, dass nun weite Teile der Nachhaltigkeitsszene eiligst auf den wachstumskritischen Zug aufspringen – zumindest dem Lippenbekenntnis nach. Wenn nämlich eine Postwachs-

tumsökonomie unter den Vorbehalt gestellt wird, Struktur und Umfang zeitgenössischer Wohlstandserwartungen auch nur prinzipiell konservieren zu können, wird die Wachstumsdebatte 2.0 genauso scheitern wie ihre Vorgängerin.

Als das Thema seinerzeit durch den ersten Bericht des Club of Rome «Die Grenzen des Wachstums» (1972) schon einmal auf die öffentliche Agenda katapultiert wurde, fand sich mit der Idee eines sog. «qualitativen Wachstums» schnell ein Blitzableiter. Über die nächsten drei Jahrzehnte hinweg hielt sich die kuschlige Fortschrittsideologie, dass nie versiegender moderner Wohlstand bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt möglich sei. Brisante Fragen nach bescheideneren Lebensstilen oder unbequemen Verhaltensänderungen schienen sich zu erübrigen. Politik, Wirtschaft und eine zunehmend konsumabhängige Gesellschaft fanden ein perfektes Alibi für das expansive Weiter-So. Hinter der Zauberformel des qualitativen, also ökologisch unschädlichen Wachstums, verbergen sich zwei Wirkungsprinzipien, auf die der Nachhaltigkeitsdiskurs seither fokussiert.

Entkopplung

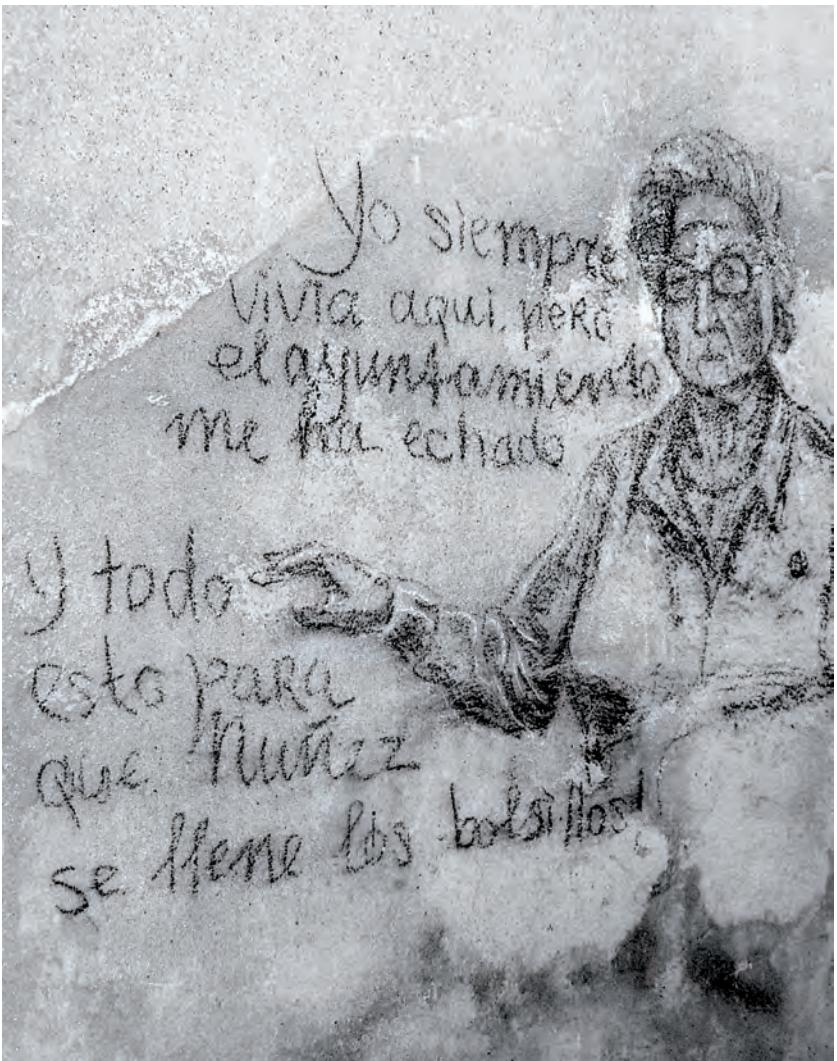
Zum einen zielt das Prinzip der ökologischen Effizienz auf eine Dematerialisierung der Wertschöpfung, indem der Einsatz an Material, Energie und anderen Umweltressourcen zur Erstellung eines bestimmten Outputs minimiert wird. Sparsamere Produkte, Motoren, Antriebe, Heizungen, Häuser, technische Verfahren können die Ressourcenproduktivität, also das Verhältnis zwischen materiellem Input und angestrebtem Nutzen, optimieren. Zum anderen beruht das als ökologische Konsistenz bezeichnete Prinzip darauf, die Wirtschaftsweise der Biosphäre auf Produktions- und Konsumaktivitäten zu übertragen. Angepeilt wird ein System vollkommen geschlossener Stoffkreisläufe. Abfälle oder Emissionen würden demnach nicht existieren, weil jedes physische Resultat, das am Ende eines Konsumaktes oder Leistungserstellungsprozesses anfällt, wieder vollständig als technischer oder biologischer «Nährstoff» in einen anderen Prozess einfließen könnte. Es wären möglichst Inputs zu verwenden, die von der Biosphäre vollständig assimiliert werden können (biologische Nährstoffe). Wo dies nicht möglich ist, können Produkte dergestalt konstruiert werden, dass sie oder die in ihnen enthaltenen Module und Materialien innerhalb eines technischen Kreislaufs verbleiben, also nie zu Abfall werden, son-

dern immer weiter verwendet werden können (technische Nährstoffe). Hinzu kommt die Nutzung ausschließlich regenerativer Energien, genau wie Mutter Natur es vormacht.

Würde dieser Rezeptur gefolgt, so die Hoffnung, könnte die Konsumparty unbeirrt weitergehen. An die Stelle eines kulturellen Wandels zur Mäßigung materieller Selbstverwirklichungsansprüche trate ein Fortschrittsplatzhalter in grünem Gewand. Seine Aufschrift lautet «Green New Deal», «Dritte oder vierte industrielle Revolution», «ökologische Entkopplung» oder «nachhaltiges Wachstum». Er allein – und nicht etwa wir – trägt die Verantwortung dafür, dass die beste aller Welten wahr wird. Folglich bildet er die Scharnierfunktion zwischen ökonomischer Expansion zwecks Steigerung moderner Zielgrößen – Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Gesundheit, Teilhabe, Komfort, Hygiene, konsumtive Selbstverwirklichung, Mobilität etc. – und ökologischer Begrenzung. Diese Anschauung manifestiert sich zuweilen als Schnittmengenlogik des sog. «Drei-Säulen-Modells»: Nachhaltig ist, was zugleich der Ökonomie, dem Sozialen und der Ökologie zuträglich ist.

Allerdings: Mit der vorgeblich gleichrangigen Integration sozialer, ökonomischer und ökologischer Belange wird der Nachhaltigkeitsdiskurs nicht nur zum wirkungslosen Gesprächsstoff, sondern zum Teil des eigentlichen Problems. Denn indem sich jede ökologische Entlastung unter den Vorbehalt eines ebenfalls zu erzielenden sozialen und ökonomischen Nutzens oder der Wahrung beliebiger Besitzstände stellen lässt, wird die Säulen-Logik zum Grundstein einer unerbittlichen Wachstumsdoktrin. Diese Schlussfolgerung gilt nicht voraussetzungslos, ließe sich doch argumentieren, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klimawandels nichts sozialer und ökonomisch zukunftsfähiger sein könnte als zuvorderst die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Dass stattdessen der althergebrachte Zielkonflikt gepflegt wird – nur unter dieser Voraussetzung bedarf es überhaupt einer Integrationsanstrengung, so wie sie vom Drei-Säulen-Modell symbolisiert wird –, ist einer dogmatischen Restriktion geschuldet, die jede unvoreingenommene Diskussion möglicher sozialer und ökonomischer Zukünfte verhindert. Sie besteht in der Zementierung und globalen Ausweitung eines den Güterwohlstand steigernden Versorgungssystems. Seinen Kern bilden zwei einander symbiotisch bedingende Spezialisierungsvorgänge: Die räumlich und funktional ausdifferenzierte Arbeitsteilung auf der Angebotsseite



ist perfekt mit einer geldbasierten, sich auf alle Lebensbereiche erstreckenden Fremdversorgung auf Seiten der Haushalte verzahnt. Diese für unvermeidlich oder erstrebenswert gehaltene Lebensform ist durch die allmähliche Aufgabe jeglicher «Daseinsmächtigkeit» (Gronemeyer 1988) zugunsten von Konsumabhängigkeit gekennzeichnet.

Fremdversorgung

Wenn Bedürfnisse, denen vormals manuelle Tätigkeiten, Eigenarbeit, Imagination oder einfach Entzugsgegenüber standen, Zug um Zug durch Produkte, Dienstleistungen und Komfort generierende Automatisierung/Mechanisierung abgedeckt und in Konsumbedarfe verwandelt werden, ist die Existenzsicherung schicksalhaft dem Vorhandensein eines hinreichenden Geldeinkommens ausgeliefert. Insoweit dann jedes Handeln oder bloßes Strukturieren von Zeit einem Konsumakt gleichkommt, muss das Soziale komplett im Ökonomischen aufgehen. Zielgrößen des modernen Lebens wie etwa Freiheit, Sicherheit und gerechte Teilhabe werden so vollends zum Objekt entweder marktwirtschaftlich vermittelter oder staatlich zugeteilter Produktion. Die Beschreibung und Analyse dieses umfassenden Fremdversorgungssystems entzieht sich kategorial dem Kapitalismusbegriff. Denn die Bedingungen einer perfekten Fremdversorgung, unter denen sich alles, was mit sozialem Fortschritt assoziiert wird, als ökonomische Expansion artikulieren muss, lassen sich nicht nur ebenso innerhalb sozialistischer Planwirtschaften realisieren, sondern waren und sind nicht minder deren Leitbild. Eine lückenlos in dieses Versorgungssystem integrierte Daseinsform ist dadurch identifizierbar, dass die solchermaßen assimilierten Subjekte sofort aussterben würden, wenn alle Supermärkte der Welt vier Wochen lang geschlossen wären.

Folgerichtig wird jeder Nachhaltigkeitsfortschritt an seiner Kompatibilität mit diesem Syndrom gemessen. So werden Innovationen, die mittels ökologischer Konsistenz und Effizienz eine Entkopplung des Wachstums bewirken sollen, zugleich als Treiber des Letzteren instrumentalisiert. Bevor in den Institutionen, deren Daseinberechtigung an der Steigerung des modernen Wohlstandsmodells gemessen wird, die Inspirationen für weitere Expansionen versiegen, wird selbst die Kritik am Konsum in neue Konsumptionen umgewandelt (vgl. Heath/Potter 2005). Selbst jene, die sich immerhin für eine Blickwende zum nachhaltigen Konsum stark

machen, ebnen diesen Weg: Gefordert wird eine «Einkaufsrevolution» (Busse 2006) – Hauptsache einkaufen, denn «Shopping hilft die Welt verbessern» (Grimm 2006). «König Kunde» (Pötter 2007) möge doch sein Land nicht mehr ruinieren, indem er bitte nur 3-Liter-Autos kauft – Hauptsache Auto. Die Vielfalt an nachhaltigen Konsumangeboten explodiert. Überall werden kaufkräftige und -willige Anhänger der sog. «LOHAS»-Bewegung geortet. Die «Moralisierung der Märkte» (Stehr 2007) beschert ungeahnte Verkaufsschlager. Ein pfiffiger Dienstleister namens «atmosfair» wirbt mit «klimabewusst fliegen»... Könnte es sein, dass die Sustainability-Vermarktung gerade eine Konsumgesellschaft nährt, der andernfalls die Eingebungen für neue Wachstumstreiber ausgegangen wären?

Dieser als nachhaltig etikettierte Strukturkonservatismus zielt augenscheinlich darauf, das konsumierende Lebewesen innerhalb unveränderter Versorgungsmuster vorsichtig und bequem in einen neuerdings mit nachhaltigen Objekten ausgestatteten Kontext umzubetten. Aber damit ist der Lösungsraum verengt auf technischen Wandel und bestenfalls Dienstleistungsinnovationen. Die Umweltentlastung ist damit auf Gedeih und Verderb von der ökologischen Entkopplung eines ansonsten unangestasteten Wachstumspfades abhängig. Aber dessen Scheitern ist nicht nur vorprogrammiert, sondern mausert sich zum empirisch unumstößlichen Befund. Auswege lassen sich nur finden, wenn die Funktionsweise des Fremdversorgungssystems in zweierlei Hinsicht rekonstruiert wird, nämlich als struktureller Wachstumstreiber und als Mechanismus, der – wenn gleich modernen Ursprungs – paradoxe Weise die Schicksalsabhängigkeit menschlicher Existenz ins Unermessliche steigert.

Bezogen auf Wachstumszwänge stellt sich zunächst eine simple Frage: Was ist nötig, um sowohl die quantitativen als auch qualitativen Steigerungspotenziale einer arbeitsteiligen Industrie- und Informationsgesellschaft zu entfesseln und in Zuwächse an Güterversorgung zu transformieren? Wenn Leistungserstellung, die vormals an einen Produktionsstandort gebunden war, in möglichst viele isolierte Fertigungsstufen zerlegt wird, erlaubt dies deren flexible und ortsungebundene Verlagerung nach Maßgabe des Abschöpfens auch nur minimaler Kosten- oder Qualitätsunterschiede. Spezialisierungsgewinne führen zu sinkenden Stückkosten, implizieren also Größenvorteile. Sie sind aber folglich untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, vor Beginn der Produktion in die benötigten Inputfaktoren zu investieren. Zur Vorfinanzierung ist die Beschaffung von

Kapital nötig. Fremdkapital kostet Zinsen; Eigenkapital verlangt nach einer hinreichenden Rendite. Beides erhöht den mindestens zu erwirtschaftenden Überschuss an monetärer Wertschöpfung. Hinzu kommt der darüber hinaus mindestens erwartete Gewinn. Das zur Stabilisierung von arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen mindestens erforderliche Wachstum steigt also mit der Anzahl eigenständig wirtschaftender Betriebe entlang der Wertschöpfungskette und mit deren durchschnittlicher Höhe an nötigen Überschüssen.

Postwachstumsökonomie

Daraus lassen sich drei erste angebotsseitige Bedingungen für eine Postwachstumsökonomie ableiten. Eine Verkürzung der Distanz zwischen Verbrauch und Produktion – gemessen an der Anzahl eigenständig wirtschaftender Betriebe entlang der Wertschöpfungskette – reduziert zwar die ökonomische Effizienz im Sinne einer Maximierung der Güterversorgung, aber gleichsam das mindestens notwendige Wachstum. Denn jede zusätzliche Spezialisierungsstufe, die sich in die Kette drängt, erhöht mit den von ihr zu leistenden Zinszahlungen und dem von ihr zu erzielenden Gewinn das mindestens nötige Wertschöpfungswachstum, um den gesamten Prozess zu stabilisieren. Zusätzlich können bescheidenere Gewinnerwartungen und Zinsforderungen den Wachstumzwang mildern. Letzteres harmoniert mit der erstgenannten Bedingung, nämlich einem geringeren Spezialisierungsgrad. Kurze Wertschöpfungsketten, etwa im Sinne einer Lokal- oder Regionalwirtschaft erzeugen jene Nähe und damit das Vertrauen, welches eine weniger zinsträchtige Kapitalbeschaffung ermöglicht. Das beispielsweise durch die GLS-Bank (und vormals auch durch die Ökobank) verkörperte Prinzip der Genossenschaftsbank beruht auf hoher Transparenz und Unmittelbarkeit der Beziehung zwischen Kapitalgeber und -nehmer. Dies senkt das durch hohe Zinsen abzudeckende Anlagerisiko. Verglichen damit sind lange, d.h. tief untergliederte und global diffuse, Wertschöpfungsketten durch Anonymität, Intransparenz und entsprechenden Kontrollverlust gekennzeichnet. Ein zweiter Effekt kleinräumiger und damit sozial interaktiverer Ökonomien besteht darin, dass Anleger stärkeren Einfluss auf die Verwendung ihres Kapitals nehmen können. Wer sein Geld einem Unternehmen überlässt, dessen Zweck – etwa Klimaschutz, ökologischer Landbau oder besonderes

soziales Engagement – er/sie unterstützt, wird tendenziell geringere Zinsen fordern, denn genau dies dient dem Zweck. Es entspräche im Übrigen keinem Zinsverzicht, sondern dem Gegenwert für eine höhere ethische Qualität der Anlage.

Einen darüber hinaus reichenden Ansatz verkörpern regionale Komplementärwährungen wie der bekannte «Chiemgauer». Derartige «Regios» verkürzen die Wertschöpfungskette, weil sie lediglich innerhalb eines bestimmten geographischen Radius gültig sind. Zudem mindern sie den Wachstumszwang, weil sie mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen sind. Die kürzeste Wertschöpfungskette entspräche indes dem Prinzip der Subsistenz. Wer sich beispielsweise gemeinsam mit anderen durch einen urbanen Gemeinschaftsgarten – davon finden sich in ausgerechnet New York mittlerweile 700 bis 800 – versorgt, trägt zu einem Versorgungsmuster bei, das kein Geld, keinen Gewinn, keinen Zins und folglich keinen Wachstumszwang kennt.

Ein zweites im Sinne einer Postwachstumsökonomie zu überwindendes Strukturmerkmal moderner Fremdversorgungssysteme besteht in einer problematischen Verknüpfung von Schicksal und Wachstum. Das vollständig fremd versorgte Individuum benötigt den Zugriff auf nie versiegende Geldquellen, die durch Erwerbsarbeit im Industrie- und Dienstleistungssektor, Unternehmensgewinne oder externe Transferleistungen gespeist werden. Die Geldabhängigkeit verstärkt sich mit zunehmenden – kulturell induzierten – Ansprüchen an materielle Selbstverwirklichungsoptionen und damit einhergehend einer stetigen Anhebung des monetären Versorgungsminimums, also dessen, was als «Armutsgrenze» deklariert wird. Die Kombination aus Konsum und spezialisierter Erwerbsarbeit, die tendenziell eine Verkümmерung aller Fähigkeiten zur (geldlosen) Existenzsicherung impliziert, wird mit einer beträchtlichen «sozialen Fallhöhe» erkauft. Deshalb ist Fremdversorgung nicht nur Folge und Ursache für geteilte Zukunftserwartungen, also mithin Kultur prägend, sondern auch Quelle für geteilte Zukunftsängste. Genauso wie ein Heroinabhängiger wider besseres Wissen den Dealer schützt, steigt beim Geldabhängigen mit zunehmendem Konsumniveau die panische Angst davor, dass die Geld speiende Wachstumsmaschine auch nur ins Stocken geraten könnte. Dieser Sachzwang beherrscht und marginalisiert den Manövrierspielraum einer nachhaltigen Entwicklung. «Sachzwänge beanspruchen, was vormals nur Gott zukam: Sie verlangen Gehorsam ohne Einsicht, ohne dass die-

ser Gehorsam 'Gehorsam' genannt werden dürfte» (Gronemeyer 2008). Dabei bestand der fiktive Fluchtpunkt moderner Fortschrittsvisionen in nichts anderem als einem souveränen, von allen denkbaren Zwängen, Restriktionen und Schicksalsabhängigkeiten befreiten Subjekt.

Gegen die ökonomischen und kulturellen Wachstumstreiber helfen zwei sich ergänzende Strategien, auf denen die Postwachstumsökonomie beruht. Zunächst geht es um den Eintritt in ein Zeitalter der Entrümpelung und Entschleunigung. Welche Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken, die geldabhängig und hilflos machen, können als Ballast abgeworfen werden? Wer sich in einer reizüberfluteten Konsumosphäre verzettelt, verliert zusehends die knappste Ressource, nämlich Aufmerksamkeit. Wer sich aus der einschnürenden Wohlstandslawine befreit, kann sich stressfrei auf das Wesentliche konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehends orientierungslos zu werden.

Die zweite Strategie besteht darin, einen individuellen Kompromiss zwischen Fremd- und Selbstversorgung zu finden. Wer lediglich 20 Stunden dem Gelderwerb nachgeht, kann die andere Hälfte seiner Kreativität dem Handwerk, der Kindererziehung, der Nachbarschaftshilfe, der Mitwirkung im Community Garden, der Pflege und Reparatur von Konsumgütern, dem Gemeinwesen etc. widmen. Urbane Subsistenz heißt, sich souverän der schicksalhaften Abhängigkeit von globaler Fremdversorgung zu entziehen.

Infolge beider Strategien bräuchte der geldbasierte und globalisierte Industriekomplex nur noch halb so groß sein. Zudem wäre er so umzgestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen, etwa durch Renovation, Konversion, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. Wenn dann noch Elemente einer Geld- und Bodenreform sowie die Orientierung an individuellen CO₂-Bilanzen hinzukämen, wäre die Postwachstumsökonomie eine realistische Perspektive.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

Binswanger, H. C. (2009): Vorwärts zur Mäßigung: Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg.

Busse, T. (2006): Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht, München.

Daly, H. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum, Salzburg/München.

Grimm, F. (2006): Shopping hilft die Welt verbessern, München.

Gronemeyer, M. (1988): Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek.

Gronemeyer, M. (2008): Genug ist genug. Über die Kunst des Aufhörens, Darmstadt.

Heath, J./Potter, A. (2005): Konsumrebellen – Der Mythos der Gegenkultur, Berlin.

Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth, London.

Kirig, A./Wenzel, E. (2009): Lohas. Bewusst grün – alles über die neuen Lebenswelten, München.

Latouche, S. (2006): Le pari de la décroissance, Paris.

Miegel, M. (2010): Exit – Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.

Paech, N. (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg.

Paech, N. (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 45/158-159, 10-19.

Paech, N. (2009): Wachstum light? Qualitatives Wachstum ist eine Utopie, in: Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13, 84-93.

Paech, N. (2011): Adios Konsumwohlstand: Vom Desaster der Nachhaltigkeitskommunikation und den Möglichkeiten der Suffizienz, in: Heidbrink, L./Schmidt, I./Ahaus, B. (Hrsg.); Die Verantwortung des Konsumenten, Frankfurt/New York, 285-304.

Pallante, M. (2005): La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL, Roma.

Pötter, B. (2006): König Kunde ruiniert sein Land. oekom Verlag, München.

Raupach, M. R./Marland, G./Ciais, P./Quere, C. L./Canadell, G. C./Klepper, G./Field, C. B. (2007): Global and Regional Drivers of Accelerating CO₂ Emissions, in: Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, 104/24, S. 10288-10293.

Seidl, I./Zahrnt, A. (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.

Stehr, N. (2007): Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie, Frankfurt am Main.

Christa Müller

Guerilla Gardening und andere Strategien der Aneignung des städtischen Raums

«Wenn dir Land zum Gärtnern fehlt, denk immer daran, dass dir das Land fehlt, während andere mehr als genug besitzen. Es macht also Sinn, Gelände zu bewirtschaften, die anderen gehören... Aus Mangel an eigenem Land zum Guerilla-Gärtner zu werden, ist die natürlichste Sache der Welt.» (Reynolds 2009: 50)

Dieses Zitat des 29jährigen Briten Richard Reynolds, Autor von «Guerilla Gardening. Ein botanisches Manifest» – Grundlagenwerk und unverzichtbares Handbuch für jede AktivistIn – verdeutlicht die politische Selbstverortung der *Guerilla Gardening*-Szene, einer Unterströmung innerhalb der neuen urbanen Gartenbewegung (vgl. Müller 2011). Neben der unverblümten Kritik an den Eigentumsverhältnissen klingt hier der Sex Appeal des selbstbemächtigten *Urban Underground* an: die Aura der Überschreitung des Erlaubten und die ganz und gar unorthodoxe Gestaltung des eigenen Umfelds – Ingredienzien, die das *Guerilla Gardening* in der medialen Aufmerksamkeitsskala für urbanes Gärtnern nach ganz oben geschoben haben.

Nicht, dass das Phänomen als solches neu wäre. Schon in den siebziger Jahren eroberten sich türkische EinwanderInnen die Brachflächen der Innenstädte, um Bohnen und anderes Gemüse anzubauen. Ebenfalls ohne zu fragen. Ihre Motivation war dabei nicht der Protest, sondern vielmehr eine naheliegende Subsistenzstrategie. Im Vergleich zu dieser handfesten Versorgungsabsicht wirkt es verspielt oder auch, um einen Begriff aus der Mottenkiste des 68erVokabulars zu bemühen, fast ein wenig «reformistisch», wenn verkehrsumtoste Inseln mit Saatbomben von Vergissmeinnicht «beworfen» und dadurch nicht etwa lahmgelagt, sondern lediglich «verschönert» werden.

Dennoch: Die *Guerilla Gardener* deklarieren ihre Aktionen entschieden als politisch. Für sie ist das temporäre Anlegen von Blumenbeeten oder Kartoffelackern in ausgedienten Autoreifen am Straßenrand eine symbolträchtige Intervention im öffentlichen Raum, der zurückerobern werden soll von der einseitigen Belagerung durch Kommerz, Beton und motorisierten Verkehr. Dabei sensibilisieren *Guerilla Gardener* den Blick für fehlende Lebensqualität in den unwirtlichen Räumen der Städte und verweisen zugleich auf Planungsdefizite und verfehlte Stadtpolitik. Sie tun dies jedoch explizit nicht im Duktus der politischen der Vorgängergenerationen, sondern bedienen sich doppeldeutiger Kommunikationsformen und Wendungen wie etwa dem ironischen Slogan «Keine Pflanze ist illegal!» oder schließen sich einem weiteren von Reynolds formulierten straßenkämpferischen Motto an:

«*Guerilla Gardening* ist eine Schlacht um die Ressourcen, ein Kampf gegen Landmangel, gegen ökologischen Raubbau und verpasste Möglichkeiten. (...) *Guerilla Gardening* ist eine Schlacht, in der die Blumen die Munition sind» (Reynolds 2009: 12).

Die neue urbane Gartenbewegung

Zuweilen verstetigt sich das nomadische *Guerilla Gardening*. Wie im Fall von Rosa Rose, dem vielleicht bekanntesten Nachbarschaftsgarten in Deutschland (www.rosarose-garten.net). Er entstand aus einer spontanen Brachflächenbesetzung im dicht bebauten Berliner Bezirk Friedrichshain. In der Kinzigstraße blieben jahrelang mehrere Grundstücke ungenutzt und verwahrlosten zunehmend. Im Mai 2004 ergriffen einige BewohnerInnen die Initiative und riefen zur «Aktion Nachbarschaftsgarten» auf.

Es kamen unterschiedliche Menschen zusammen, entmüllten die Fläche und bauten einen Gemeinschaftsgarten auf, der offen für alle und für die verschiedensten Arten der Nutzung war. Schnell etablierten sich neben Gemüsebeeten und Kräuterspiralen kleinkulturelle Veranstaltungen und Workshops, ein selbstgebautes und -bespieltes Open Air Kino oder eine Location für Nachbarschaftsfeste, Kindergeburtstage und Freiluftkonzerte. Rosa Rose ist Teil der seit Beginn des 21. Jahrhunderts in westlichen Großstädten boomenden urbanen Gartenbewegung. Die Bewegung ist jung, bunt und, was die soziale Situierung ihrer Akteure betrifft, heterogen. In Berlin bauen «biodeutsche» GroßstadtbewohnerInnen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen am Kreuzberger Moritzplatz Gemüse in Bäckerkisten, aufgeschlitzten Tetrapaks und ausgedienten Reissäcken an (<http://prinzessinnengarten.net>), die ersten Parks werden von Anwohnerinnen und Anwohnern in Eigenregie und in bunter Couleur betrieben (Gemüsebeete inklusive). Auch die Formen changieren: Selbsterntegärten und Bauerngärten siedeln sich an, die Initiative mundraub.org taggt Fundstellen von lokalen Obstsorten via Web 2.0 (www.mundraub.org), die Bewegung der Interkulturellen Gärten wächst weiter (www.stiftung-interkultur.de), Nachbarschaftsgärten, Kiezgärten, Gemeinschaftsdachgärten entstehen und vernetzen sich untereinander (vgl. Müller 2011 zum facettenreichen Phänomen des neuen urbanen Gärtnerns).

Die Bezugnahme auf Guerilla-Taktiken war womöglich eine der wirksamsten Strategien, das Themenfeld Gärtner und Subsistenz, Jahrzehntelang befrachtet mit Knappheitsdiskursen und dichotomen Modernisierungsvorstellungen, zu befreien und neu zu kommunizieren. Aufwind gibt zusätzlich die Entstehung eines neuen Selbstverständnisses von Stadt und Urbanität, das ein neues Verhältnis von Kultur und Natur einschließt. Dass die Kultivierung der städtischen Natur mit neuen Formen der Kollektivität verbunden ist, springt unmittelbar ins Auge: Urbanes Gärtner ist in aller Regel soziales Gärtner, es ist partizipativ und gemeinschaftsorientiert; der Garten wird als Lern- und Begegnungsort inszeniert und die Nachbarschaft in die Gestaltung des Outdoor-Sozialraums einbezogen. Die so entstehenden Hybride zwischen Stadt und Natur ziehen auch kreative Milieus in den Garten, denn er bietet in seinen neuen Formen vor allem eins: Freiraum im materiellen wie im geistig-künstlerischen Sinne.

Urbanes Gärtner dient der Selbstversorgung mit frischen, lokalen und gesunden Lebensmitteln, zugleich ist es aber auch Medium und Aus-



gangspunkt symbolischer Politik. Als der Investor den Rosa Rose-Garten im grünarmen Friedrichshain bebauen will, wird der Nachbarschaftsgarten im Juli 2009 polizeilich geräumt. In Form einer Umzugsparade, die zugleich als Demonstration für eine nachhaltige Stadtentwicklung von unten fungiert, werden die Pflanzen zum Überwintern auf «Asylbeete» der vernetzten Berliner Gartenszene gebracht. Der Gartenumzug von Rosa Rose, bei dem blumengeschmückte junge Leute Gemüsepflanzen, Büsche und Obstbäume auf Lastenfahrrädern durch Berlin transportierten, war kein unspektakulärer Rückzug, ein Nachgeben gegenüber den Eigentumsverhältnissen; vielmehr wurde der Pflanzentransport positiv gewendet zur Inszenierung, zum großen Auftritt, wie Karin Werner beschreibt: «Der Exodus kam als öffentliches Spektakel zur Aufführung. Langsam und relativ leise bewegte sich die mit Pflanzen beladene Fahrradkarawane durch die Straßen und gab dabei das Bild eines nie zuvor gesehenen Hybridwesens ab, das auf den ersten Blick schwer zu lesen war. Das Kompositum aus Fahrrädern, Menschen und Pflanzen war visuell weit mehr als die Summe seiner Teile. Es bot ein Vexierbild, es gab Rätsel auf, es bleibt beim Publikum unvergessen. ... Der Garten wurde durch die spektakuläre Aktion zu einer singulär markanten visuellen Ikone. Das Gravitätisch-Komische des Auszugs, das Drama der Enterdung und das Groteske und Schmerhaft-Seltsame der Dislozierung teilten sich auch ohne viele Worte dem Straßenpublikum mit. Der Gartenexodus war eine ästhetische Intervention mit großer Wirkmacht und ist Teil der kollektiven Erinnerung der Berliner Gartenszene.» (Werner 2011, S. 65)

Politik und Raum

Dem neuen Politikverständnis, das u.a. in dem beschriebenen Gartenumzug zum Ausdruck kommt, entspricht auch ein neues Raumverständnis. Die avancierte Raumtheorie geht davon aus, dass Stadträume keine leeren Container sind, die Planer lediglich mit Straßen oder Shopping Malls zu füllen haben. Städte werden vielmehr als netzwerkartige soziale Räume beschrieben, die erst durch Handlungen (kognitiv) erzeugt werden (vgl. Löw 2008, S. 37). Wenn das zutrifft, dann irritiert ein innerstädtischer Gemüsegarten oder eine urbane Landwirtschaft den Blick und fordert zu einer neuen Lesart von Stadt auf. Gärtnern in der Stadt ist damit auch eine engagierte Einmischung im öffentlichen Raum, dessen zunehmende

Ökonomisierung skandalisiert wird. Der neue Typus des urbanen Gemeinschaftsgartens unterscheidet sich an diesem Punkt fundamental vom traditionellen Schrebergarten: Er begreift sich selbst nicht als Refugium jenseits des Städtischen, sondern will in einen Dialog mit der Stadt treten und auf ihre Gestaltung Einfluss nehmen. Urbane GärtnerInnen sind häufig Menschen, die sich der Stadtverwaltung als kompetentes Gegenüber präsentieren, die die Nachbarschaft in ihre Aktivitäten einbeziehen und die ein klares Bild von einer grünen, partizipativen Stadtgestaltung von unten haben, in der die Lebensqualität aller im Vordergrund steht.

Postmaterielle Wohlstandsmodelle

Zugleich stellen Teile der urbanen Gartenbewegung die gängigen Wohlstandsvorstellungen in Frage. Sie kontrastieren die Mythen der Moderne mit eigenwilligen sozialen Praxen und postmateriellen Wohlstandsmodellen. Damit ist der Gemeinschaftsgarten als ein Ort des Säens und Erntens zugleich auch Ausgangspunkt politischen Handelns für die, die den ungehinderten und ungenierten Zugriff auf die Ressourcen der Welt beanstanden. Sie gärtnern, um praktisch zu zeigen, wie es besser laufen könnte mit der Lebensmittelproduktion. Sie ziehen Saatgut, tauschen es untereinander, statt Hybridsorten im Baumarkt zu kaufen. Sie kultivieren alte Sorten, bevorzugen lokales Gemüse, bereiten es im Idealfall gleich vor Ort zu und verspeisen es – klimaneutral und in bester Qualität – gemeinsam mit anderen GartennutzerInnen.

Obwohl sich die AkteurInnen nicht explizit als Teil einer «Gegenkultur» verorten, kann man die urbanen Gartenaktivitäten als Orte des Widerstands gegen die zunehmende Durchdringung eigentlich nicht-ökonomischer Sphären wie dem Sozialen, der Bildung oder der Gestaltung des öffentlichen Raums durch globale Marketingstrategien lesen. So attestiert Karin Werner sowohl dem Vertrauen in Gemeinschaft wie auch dem Zusammensein mit Pflanzen und den damit verbundenen Praxen der Fürsorge ein widerständiges Potenzial gegen die herrschende neoliberalen Regimes (vgl. Werner 2011).

Die neuen Subsistenzpraxen sind Entgegnungen auf die Zweckrationalität des entfesselten Marktes, der Humankapital ohne Verwertungs-

perspektive aussortiert und an den Rändern der Gesellschaft ablegt und damit historisch neue Konstellationen von Exklusion schafft. Jeremy Rifkin prognostizierte schon zur Jahrtausendwende, dass die Entwicklung des Kapitalismus, der mit der Vermarktung von Raum und Materie begann, mit der Vermarktung der Zeit und der Lebensdauer von Menschen ende (vgl. Rifkin 2000). Die Frage ist, ob die Sphäre des Sozialen geeignete Mittel findet, dieser mit der fortschreitenden Technikentwicklung sich optimierenden Verwertungsdynamik zu begegnen. Denn die Ökonomisierung zunehmend aller Lebensbereiche stellt nicht nur immer mehr Menschen mit dem Rücken zur Wand, sie bedroht auch das kreative Potenzial einer Gesellschaft, indem sie nahezu jede schöpferische Tat einer/s Einzelnen, einer sozialen Bewegung oder einer kulturellen Minderheit ansaugt und kurze Zeit später als vermarktbare Produkt ausstößt. Diese spezifische Form der «Enteignung» eines Gemeinguts wie der kollektiven sozialen Phantasie verschärft die sich verändernden Positionierungen von «Drinnen» und «Draußen» zusätzlich.

Zeitgenössische Formen von Subsistenz

Nun ist es ein Signum der Moderne, dass viele Entwicklungen parallel und durchaus widersprüchlich verlaufen. Richtet man den Fokus auf die Leitgröße der Einbettung des Individuums in verlässliche, räumlich und zeitlich überschaubare Lebenszyklen, so steht das Barometer eher auf Tief. Gleichzeitig entstehen jedoch allerorten, wie in den urbanen Gärten, neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements und vielfältige Entwürfe selbstbestimmter und sinnbehafteter Lebensbiographien. Die jüngeren Formen des Miteinanders sind häufig gekoppelt an alltagsweltliche Subsistenz, und nicht, wie man das in einer hegemonialen Marktordnung vermuten könnte, in erster Linie an Lohnarbeit und Konsum, obwohl auch hier neue Typen der Vermischung entstehen. Die hegemonialen Marktlogiken produzieren zugleich Gegenkodierungen, und das auf verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen (vgl. Baier/Müller/Werner 2007).

Eine dieser Gegenkodierungen ist die Wiederentdeckung des Nahraums und die Tendenz zum Regionalen und Lokalen. Beides ist unmittelbar geknüpft an einen weiteren Trend: Selbermachen oder *Crafting*. Sich auf die eigenen Fähigkeiten zu besinnen und die Dinge dort, wo es geht, wieder selbst in die Hand zu nehmen, macht derzeit als eine markante

Gegenströmung zum «totalen Konsum» Eurore (vgl. Fribe/Holm 2008). Eigenarbeit, Subsistenz, Selbermachen erleben eine Renaissance, die nicht wenige FeuilletonistInnen und ZeitdiagnostikerInnen staunen lässt.

Selbermachen ist hier der Versuch, das Eigene trotz tendenziell ver-einnahmender und kolonisierender Dominanz des Marktes, der primär vorgefertigte Waren liefert, neu zu entdecken und zu kultivieren. Die Trendforschung spricht in diesem Zusammenhang von *Re-Grounding* und sieht dafür gleich mehrere Gründe. Einer liegt klar im wachsenden Ver-trauensverlust in die HerstellerInnen aufgrund von Praktiken des Green-washing und mangelnder Transparenz. Silke Borgstedt, Direktorin Sozialforschung beim Sinus-Institut kommentiert: «... was liegt da näher, als gleich selbst zum Hersteller, zum Gärtner zu werden» (Borgstedt 2011, S. 121). Sie hält die Konzentration auf das Nahumfeld und die damit einhergehende Gestaltung desselben nach eigenen Vorstellungen nicht für einen Rückzug, sondern für eine konsequente, «selbstbestimmte Reduktion von (fremdbestimmter) Komplexität, um sich auf das Wesentliche besinnen zu können. Re-Grounding ist eine Strategie, sich in den dauerhaft unsicheren Verhältnissen einzurichten» (ebd.).

Postwachstumsgesellschaft

Konsumismus war die Leitkultur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf ihr fußten Biographien, Sozialsysteme, ja komplette Gesellschaften. Diese Leitkultur gerät nun zunehmend unter Beschuss: Unendliches Wachstum ist eine Illusion und ohne das Schmiermittel Öl nicht möglich – und das wiederum wird knapp. Könnte es also sein, dass die wachsende Einsicht in die illusionäre Grundlage des westlichen Lebensstils die allerorten neu entstehenden Formen der Subsistenz hervorruft? Interessant ist zumindest die Beobachtung, dass sich das Gärtnern in der Stadt keineswegs nur auf alternative Milieus beschränkt und in den Gärten nachhaltige Lebensstilelemente entwickelt werden, die vielversprechend für den vor uns liegenden Transformationsprozess von einer Industriegesellschaft hin zu einer postfossilen Gesellschaft sein könnten.

Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Wachstum und Nachhaltigkeit gerade im globalen Maßstab nicht miteinander zu vereinbaren sind, auch wenn das politische Personal noch mehrheitlich am Paradigma festhält, dass Wachstum und *Surplus* unverzichtbar sind, um auch in

Zukunft eine Umverteilungsgesellschaft zu realisieren. Der Oldenburger Ökonom Niko Paech erteilt den regelmäßigen Neuaflagen der Konzepte von qualitativem, entkoppeltem oder dematerialisiertem Wachstum eine deutliche Absage: Am Beispiel des zusätzlichen Energieverbrauchs virtueller Medien wie YouTube, MySpace, Second Life, eBay oder Google macht er deutlich, dass qualitatives Wachstum nie materiellos sein kann und zudem «...ersetzt es das bisherige quantitative Wachstum nicht, sondern verleiht ihm buchstäblich Flügel. Es sind gerade die Wissens- und Kreativitätsschübe, welche der material- und energieintensiven Wertschöpfungs-maschinerie neue Spielräume zur Expansion eröffnen. Qualitatives und quantitatives Wachstum sind keine Alternativen, sondern untrennbare, einander verstärkende Triebkräfte» (Paech 2010a, S. 16).

Für Paech kann nachhaltige Entwicklung nur die Kunst der Reduktion sein, ähnlich wie Mitte der neunziger Jahre die Autoren der ersten Wuppertal Studie «Zukunftsfähiges Deutschland» bereits von einer Suffizienzrevolution sprachen, die die heute in aller Munde befindliche Effizienzrevolution notwendig flankieren müsse. Deshalb zielt eine Postwachstumsökonomie darauf, Expansionszwänge zu überwinden. Solange Bedürfnisse, die einst durch Handwerk, lokale Versorgung und soziale Netzwerke befriedigt wurden, nur mehr durch käufliche Produkte, Dienstleistungen sowie eine komfortable Automatisierung und Mechanisierung erfüllt werden, durch eine fortschreitende Ökonomisierung aller Lebensbereiche also, kann eine zukunftsfähige Entwicklung nicht stattfinden, meint Paech.

Deshalb setzt er klar auf Subsistenz, nämlich auf eine «Reaktivierung nichtkommerzieller Versorgung: Eigenarbeit, handwerkliche Fähigkeiten, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, gemeinschaftliche Nutzung von Geräten sowie regionale Kreisläufe auf Basis zinslos umlaufgesicherter Komplementärwährungen würden zu einer graduellen Deglobalisierung verhelfen» (Paech 2010b). Würden diese Strategien mit einer Halbierung der durchschnittlichen Erwerbsarbeit kombiniert, bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex nur noch halb so groß sein.

Noch klingt ein Begriff wie «urbane Subsistenz» (Dahm/Scherhorn 2008) in vielen Ohren wie ein Widerspruch in sich. Bedeutet doch Subsistenz im lateinischen Wortsinn so etwas wie einhalten, innehalten, aus sich selbst heraus bestehen. Die Assoziation zum Rückschritt ist schnell her-

gestellt. Modernisierungstheorien marxistischer wie auch sogenannter bürgerlicher Provenienz haben das Ihre dazu beigetragen. Der eigentlich wertschöpfende Prozess ist für sie das «Zusammenspiel von Industrie und die Lohnarbeit» – alles andere wie einfache Warenproduktion, Kleinhandel, Versorgungsarbeit oder kleinbäuerliche Produktion gelten dagegen als vernachlässigbare Werte, eben «informelle» und damit «inexistente» Faktoren der Produktion, die im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung nach und nach überall auf der Welt der (modernen, industrialisierten) Warenproduktion weichen werden. Setzt man aber die Theoriebrille des linearen Modernisierungsblicks ab, entdeckt man an immer mehr Orten «die Gleichzeitigkeit des Ungleichen», die Ernst Bloch schon im frühen 20. Jahrhundert als Kennzeichen der Moderne identifizierte.

Die neuen Gärten gehören zu den Orten, an denen die Gleichzeitigkeit des Ungleichen derzeit zu besichtigen ist; ihre ProtagonistInnen sind StädterInnen des 21. Jahrhunderts, verortet im Hier und Jetzt, ausgestattet mit Laptops und Handy, und dennoch skeptisch, was die Fortschrittsversprechen angeht, müde und überdrüssig, was die Vereinnahmung und Enteignung durch die Warenwelt betrifft und voller Neugier und Einfallsreichtum, wie die kommenden Herausforderungen wie *Peak Oil* und *Peak Soil* zu bewältigen sein können. Produktive Orte eben, in einem umfassenden Sinne.

Dieser Artikel ist erschienen in: Bergmann, Malte/ Lange, Bastian (Hrsg.): Eigensinnige Geographien. Städtische Raumeignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe, S. 281-288, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2011.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

Baier, Andrea/ Müller, Christa/ Werner, Karin (2007): Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes. München: oekom

Borgstedt Silke (2011): Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung. In: Müller (2011): 118-127

Dahm, Daniel/ Scherhorn, Gerhard (2008): Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands. München: oekom

Friebe, Holm/ Ramge, Thomas (2008): Marke Eigenbau. Der Aufstand der Massen gegen den Massenkonsument. Frankfurt/New York: Campus

Löw, Martina (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Müller, Christa (Hg.) (2011): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München: oekom

Paech, Niko (2010a): Unabhängig leben: Strategien gegen Wachstumstreiber. In: BUND magazin 02/2010. S. 16-17

Paech, Niko (2010b): Die Legende vom nachhaltigen Wachstum. Ein Plädoyer für den Verzicht. In: Le Monde Diplomatique vom 10.09.2010

Reynolds, Richard (2009). Guerilla Gardening. Ein botanisches Manifest. Freiburg: orange press

Rifkin, Jeremy (2000): Access. Das Verschwinden des Eigentums. Campus: Frankfurt/New York

Werner, Karin (2011): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstandes gegen die neoliberalen Ordnungen. In: Müller (2011): 22-53

Dirk Gebhardt/Andrej Holm

**Ein Anspruch an die Bewegungen selbst –
Zur Theorie und Praxis der internationalen Kämpfe
um das Recht auf Stadt**

Unter dem Motto Recht auf die Stadt konstituieren sich weltweit neue städtische Protestbewegungen, die gegen die neoliberalen Hegemonie eigene Ansprüche an den städtischen Entwicklungen einfordern. Die Aktivitäten und Forderungen, die sich auf den Slogan beziehen, sind dabei sehr vielfältig: In New Orleans fordern die MieterInnen der Sozialwohnungssiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten Wohnungen und in Hamburg besetzten KünstlerInnen die letzten historischen Gebäude im Gängeviertel. Kaum ein Stadtprotest der letzten Jahre, kaum eine städtische soziale Bewegung, die nicht auf die Parole Recht auf die Stadt zurückgriff. Dirk Gebhardt und Andrej Holm gehen den politischen und theoretischen Dimensionen der Forderung nach.

Die Forderung nach einem Recht auf die Stadt geht auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurück, der dieses in seinem Text «Le droit à la ville» von 1968 als ein Recht auf Nichtausschluss von den Qualitäten

der urbanisierten Gesellschaft beschrieb. Dies geschah vor dem Hintergrund der Erfahrungen des fordistischen Klassenkompromisses, der in den funktionalen, modernen Stadtplanungen unbefriedigende Lösungen hervorbrachte, die viele Bedürfnisse unbefriedigt ließen. So wurde etwa das Recht auf Wohnung in den Projekten des Massenwohnungsbaus nur unter dem Verlust anderer Qualitäten bedient. Insbesondere die Stadt als offener Raum des kulturellen Austausches und der Kommunikation war hier nicht zu finden – so die Argumentation von Lefebvre.

Weit über eine bloße Veränderung der Stadt hinaus versteht Lefebvre das Recht auf die Stadt als kollektive Wiederaneignung des städtischen Raumes. Diese soll zu einem veränderten, erneuerten städtischen Leben führen, das am Gebrauchswert der Stadt orientiert ist, wo «der Austausch nicht über den Tauschwert, Handel oder Gewinn vermittelt ist». Das Recht auf die Stadt umfasst das Recht auf Zentralität, also den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens. Es umfasst auch das Recht auf Differenz, das für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung steht. Das Recht auf Stadt bezieht sich also gleichzeitig auf die Stadt als physische Form und auf die mit ihr in Wechselwirkung stehenden sozialen Verhältnisse und Praktiken. Es beschränkt sich nicht auf die konkrete Benutzung städtischer Räume, sondern umfasst ebenso den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über die künftigen Entwicklungspfade. Das Recht auf die Stadt orientiert sich an den utopischen Versprechungen des Städtischen und reklamiert ein Recht auf die schöpferischen Überschüsse des Urbanen.

In seiner Kritik der Verhältnisse in der fordistisch-kapitalistischen Stadt geht es Lefebvre nicht um die Situation der Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten, die, wie Lefebvre sagt, «nicht mehr wohnen», sondern ständig unterwegs sind und den Alltag transzendentieren. Es geht um jene, die einem verordneten Alltag in der Stadt ausgesetzt sind: um die Jugendlichen, die Studierenden und Intellektuellen, die «Armeen von ArbeiterInnen mit oder ohne weißen Kragen», die ProvinzlerInnen, die Kolonisierten und Semi-Kolonisierten aller Art, die im Elend der Banlieue, der «Wohngottos», der heruntergekommenen Altstädte und des suburbanen Abseits leben – die buchstäblich an den Rand gedrängten Gruppen der fordistischen Stadt.

Die Rezeption des Rechts auf Stadt seit den 1990er Jahren trägt den Begriff von der soeben beschriebenen französischen Situation in sehr

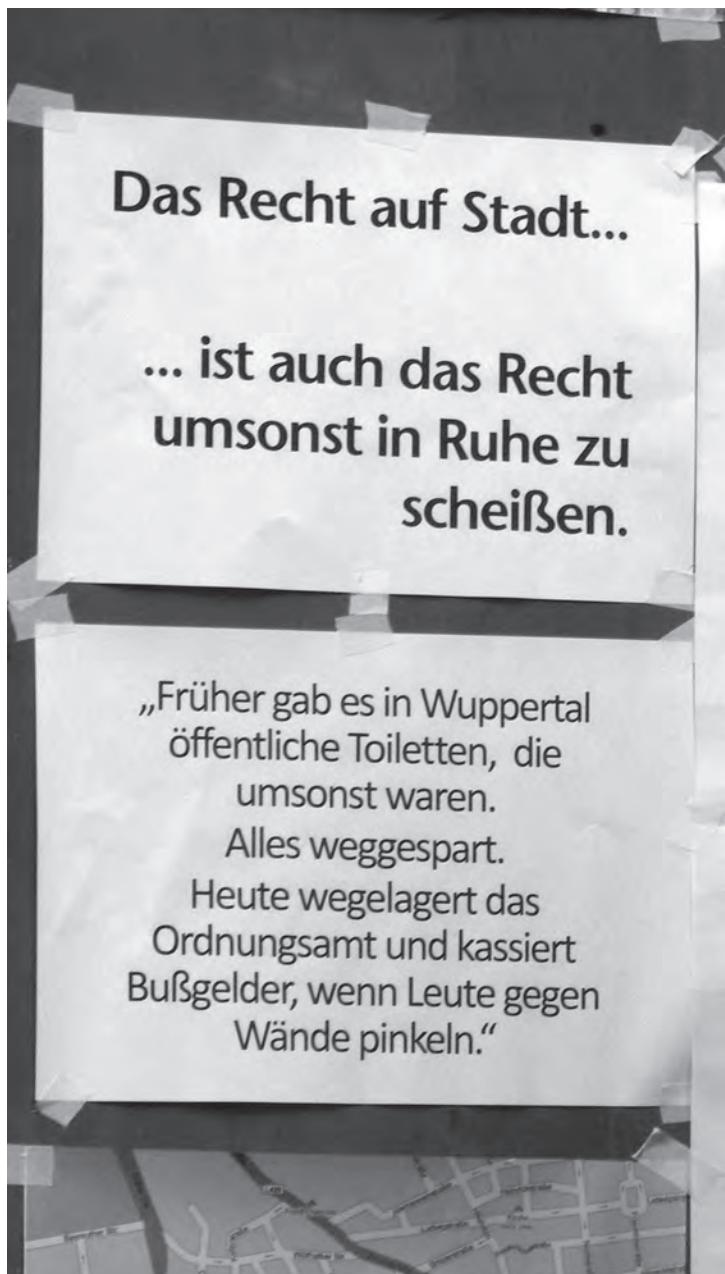
unterschiedliche Situationen in Lateinamerika, Südafrika, Nordamerika und Europa. Diesen verschiedenen Kontexten ist jedoch die Diagnose gemein, dass sich die Ausschlüsse unter neoliberalen Verhältnissen überall vermehrt und intensiviert haben. In Lateinamerika, noch stärker in Südasien und Afrika hat sich die Verstädterung oft in rasantem Tempo und zum größten Teil in Form informeller Siedlungen fortgesetzt. Grund sind Bevölkerungswachstum, Globalisierung und die u.a. von Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) herbeigeführte Verschlechterung wirtschaftlicher Bedingungen auf dem Land. Mittlerweile leben eine Milliarde Menschen in Slums. Die europäische Stadt erscheint so als die Ausnahme, und der «Planet der Slums» (Mike Davis) mit seinen extremen Ausschlüssen ist zur Regel geworden.

Das Grundproblem der Kommodifizierung des städtischen Raums, die Unterordnung des Gebrauchswertes der Stadt unter ihren Tauschwert und der ungleiche Zugang zur Stadtgesellschaft und ihrer Ressourcen stellt sich heute also noch deutlicher als vor mehr als 40 Jahren für Lefebvre in Paris – auch wenn es für die dauerhaft ökonomisch ausgeschlossenen SlumbewohnerInnen eine noch größere Dringlichkeit besitzt als für die BewohnerInnen der westeuropäischen Städte.

Mit der stetig steigenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Städte setzt sich die neoliberale Neustrukturierung der Gesellschaft verstärkt in den Städten um und wird dort sichtbar. Gesellschaftliche Utopien und Alternativen sind daher in immer stärkerem Maß auch Alternativen für die Organisation des Städtischen. Mit dem Einfordern eines Rechts auf die Stadt verbindet sich die Hoffnung auf soziale Mobilisierungen und neue Bündnisse und auf eine Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt.

Die Rezeption des Rechts auf die Stadt ist unmittelbar mit sozialen Bewegungen und politischen Institutionalisierungsversuchen des Rechts auf Stadt verbunden. Zentral ist hier das 2001 begonnene Projekt der *Habitat International Coalition* (HIC), eines Zusammenschlusses von Nichtregierungsorganisationen im Umfeld des Weltsozialforums, einer Welt-Charta des Rechts auf die Stadt. Die von lateinamerikanischen Initiativen initiierte Arbeit an der Charta und der damit verbundene Austausch zwischen sozialen Bewegungen werden als Instrument gegen den Neoliberalismus und dessen Auswirkungen auf die StadtbewohnerInnen verstanden.

Die Welt-Charta definiert das Recht auf die Stadt als «gleiches Nutzungsrecht von Städten innerhalb der Prinzipien der Nachhaltigkeit, Demo-



kratie, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit», als «kollektives Recht der BewohnerInnen, insbesondere der benachteiligten und marginalisierten Gruppen». Die Charta kodifiziert eine Vielzahl von sozialen, Menschen- und Freiheitsrechten, Rechte der politischen Teilhabe und Rechte des Zugangs zu Infrastruktur. Dabei ist das Recht auf die Stadt nicht als Zusatz auf einer Liste von Rechten, sondern eher als kollektiver Hebel zu deren Umsetzung gedacht.

Zeitgleich mit dem Beginn der Arbeit der HIC an der Welt-Charta wird mit den Stadt-Statuten in Brasilien (2001) versucht, das Recht auf die Stadt zu kodifizieren. Auf lokaler Ebene ist beispielsweise Mexico City 2010 mit einem Katalog von Rechten nachgezogen. Bereits im Jahr 2007 entstand die US-amerikanische *Right to the City Coalition*, in der sich soziale Bewegungen aus verschiedenen Großstädten zusammenschlossen, um für günstigeren Wohnraum, soziale Rechte und gegen Gentrifizierung zu kämpfen.

In Deutschland markieren wohl die Berliner Konferenz «The Right to the City» 2008 und die vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt Stadt/Raum und der Rosa Luxemburg Stiftung im gleichen Jahr durchgeführte Veranstaltung «Right to the City – soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt» den Ausgangspunkt eines stärkeren Bezugs auf das «Recht auf die Stadt». Dieser wird im Folgenden in vielen Städten, insbesondere von sozialen Bewegungen weiter getragen, unter anderem in Hamburg, wo die bislang wohl größte Mobilisierung unter diesem Schlagwort stattfand. Dabei ist auffällig, dass es auch in Deutschland zwischen den eher akademischen und eher aktivistischen Aktivitäten große Bezüge und Überschneidungen der TeilnehmerInnenkreise gibt – und oft dieselben Personen in beiden Welten zugegen sind.

An wen wendet sich also, und für wen gilt das Recht auf die Stadt heute? Die Antwort der Stadtforschung als auch der sozialen Bewegungen lautet: die am stärksten Marginalisierten. Wie in Lefebvres Interpretation geht es um die BewohnerInnen, deren Anwesenheit nicht durch Staatsbürgerschaft, Visum, Besitz- oder Rechtstitel legitimiert ist, sondern um die, deren Anwesenheit prekär ist. Es geht um die ökonomisch Marginalisierten, um die, die nicht über das nötige Bildungskapital oder die Zeit verfügen, um ihre Interessen selbst in einer partizipativ angelegten Stadtentwicklung durchzusetzen. Es geht um die, die aufgrund einer gegerten, heterosexuellen oder moralischen Ordnung informell oder formell aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen und von Gewalt oder von

Vertreibung bedroht sind und die von der hegemonialen Raumordnung als störende Elemente im Raum identifiziert werden – um all die, denen das Recht auf die Stadt verweigert wird.

Peter Marcuse macht anhand von Lefebvres Charakterisierung des Rechts auf die Stadt als «Aufruf» und «Forderung» die Unterscheidung zwischen zwei Gruppen: Die «Forderung» kommt von denen, deren elementarste materielle Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Der «Aufruf» von den oberflächlich integrierten Entfremdeten. Das gemeinsame Handeln der ihrer fundamentalen Rechte Beraubten mit den Unzufriedenen und Entfremdeten bietet für Marcuse die größte Chance für die Durchsetzung des Rechts auf die Stadt. Somit lässt es sich nicht auf einzelne Projekte, Forderungen und Kontexte beschränken, sondern das Recht steht vielmehr für den Anspruch auf eine (Re)Politisierung der Stadtpolitik, verstanden als eine öffentliche Verhandlung über Dinge, von denen alle betroffen sind.

Das Recht auf die Stadt wird vor allem für marginalisierte städtische Gruppen gefordert – die Debatten um den Begriff werden von sich kritisch verstehenden AkademikerInnen geführt. Sowohl in der akademischen Welt als auch in den Bewegungsansätzen scheint das Recht auf die Stadt seine Attraktivität gerade aus den flexiblen Interpretationsmöglichkeiten zu ziehen. Seminare zur historischen Einordnung der Werksgeschichte von Henri Lefebvre können unter dem Label «Recht auf die Stadt» ebenso firmieren, wie Demonstrationen gegen steigende Mieten oder gesetzliche Verordnungen zur Erfüllung von UN-Beschlüssen. Tatsächlich wird der Begriff in unterschiedlichen Kontexten mit sehr verschiedenen Inhalten verbunden.

Doch hinter der scheinbaren Beliebigkeit lassen sich verschiedene Grundperspektiven erkennen, die in fast allen Bezügen zum Recht auf die Stadt aufgegriffen oder zumindest anerkannt werden. Das Recht auf die Stadt ist erstens eine Chiffre für eine an Lefebvre orientierte Perspektive auf die Stadt, es bietet zweitens Projektionsmöglichkeiten für gegenhegemoniale Visionen der Stadtentwicklung, wird drittens als Sammelbegriff für realpolitische Forderungskataloge verstanden und steht viertens für einen spezifischen, eher horizontalen Organisationsansatz sozialer Bewegungen.

Ganzheitliche Perspektive

Das Recht auf die Stadt ist eine spezifische analytische Perspektive. Der vielfach aufgegriffene Recht-auf-die-Stadt-Essay von Henri Lefebvre kann

nicht als geschlossene Theorie beschrieben werden, sondern lässt sich vor allem als Einladung zu einer spezifischen Perspektive auf Stadt und städtische Entwicklungen verstehen.

Das Städtische wird in dieser Perspektive aus seinem allzu engen Raumkorsett befreit und als zentraler Ausgangspunkt für die Produktion, Verteilung und Konsumption von Waren angesehen. Städte sind in diesem Verständnis nicht mehr nur die Arenen der politischen Macht oder Container der kapitalistischen Verwertungskreisläufe, sondern haben sich selbst zu Motoren und Gegenständen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft entwickelt. In Anlehnung an Lefebvre wird die Stadt dabei als Œuvre, als Gesamtkunstwerk materieller, symbolischer und sozialer Prozesse verstanden, der eindimensionale materielle, ökonomische oder kulturelle Analyse nicht gerecht werden.

Das Recht auf die Stadt, so kann diese theoretische Perspektive zusammengefasst werden, beschränkt sich nicht auf die materiellen Veränderungen und Umverteilungen, sondern schließt Formen der symbolischen Repräsentation mit ein. Dies gilt nicht nur für den akademischen Blick auf die Stadt, sondern auch für die Mobilisierungsansätze von Protestbewegungen. Repräsentationen der Marginalisierten werden dabei nicht nur in den alltäglichen und politischen Auseinandersetzungen in umkämpften Räumen ständig neu ausgehandelt, sondern auch innerhalb der Recht-auf-die-Stadt-Bewegungen selbst. Insbesondere in breiteren Bündnissen ist die Frage, wer für ein solches Bündnis als SprecherIn wahrgenommen wird und wie einzelne Positionen in kollektiven Prozessen aufgenommen werden eine alltägliche Herausforderung.

Utopische Vision

Ein zweiter Bezug auf das Recht auf die Stadt lässt sich als utopische Vision der Stadtentwicklung zusammenfassen. Auch wenn sich die Forderungen nach einem Recht auf die Stadt zumeist in konkreten Auseinandersetzungen in umkämpften Räumen artikulieren, weisen sie doch regelmäßig über das aktuelle Konfliktfeld hinaus und sind als Metapher für eine grundsätzlich andere Stadt, ja eine andere Gesellschaft zu verstehen. Gerade weil Lefebvre mit seinen Thesen zur vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft der Stadt ihr räumliches Korsett genommen hat, sind Veränderungen in den Städten gar nicht anders denkbar als im Rahmen von grund-

sätzlichen gesellschaftlichen Verschiebungen des Kräftefeldes. Die Stadt als Arena polit-ökonomischer Verhältnisse zu verstehen, schließt baulich-technisch und stadtplanerisch begrenzte Lösungen der Ausgrenzung und Marginalisierung aus und verknüpft Perspektiven der Veränderungen mit Fragen der Macht, des Eigentums und der Verwertung.

Das Recht auf die Stadt steht dabei für eine Vision des Wandels, der die Umverteilung materieller, sozialer, politischer, kultureller und symbolischer Ressourcen umfasst und auf den Prinzipien der Demokratie, Gleichheit, Anerkennung von Differenz und Einbeziehung basiert. Auch Henri Lefebvre verstand das Recht auf die Stadt vor allem auch als Recht auf Mitgestaltung auf allen städtischen Ebenen im Sinne einer «urbanen Demokratie». Was klingt wie ein Allgemeinplatz aus den Handbüchern der partizipativen Stadtplanung, ist aber im Verständnis vieler städtischer sozialer Bewegungen eine gegenhegemoniale Herausforderung für die neoliberalen Marktlogiken und die gängigen Muster der Legitimierung staatlichen Handelns.

In der Praxis sozialer Bewegungen wird das Recht auf die Stadt als Brückenkonzept zwischen den Forderungen sozialer und demokratischer Reformen innerhalb des existierenden Systems und Orientierungen an einer radikalen Transformation des Städtischen und der grundsätzlichen Infragestellung der bestehenden Machtverhältnisse genutzt. Das Recht auf die Stadt als utopische Vision und gegenhegemoniales Projekt kann in der Unübersichtlichkeit von kurz- und langfristigen Forderungen, Reformorientierungen und Revolutionsfantasien als Orientierungspunkt für strategische Ausrichtungen und Maßstab für die Erfolge verstanden werden.

Reformpolitischer Forderungskatalog

In einer dritten Interpretationsmöglichkeit wird das Recht auf die Stadt von internationalen Organisationen, linken Stadtregierungen aber auch Bewegungen als Sammelbegriff für eine Reihe von reformpolitischen Forderungen und Vorschlägen verstanden. Aus Lefebvres Text werden dabei das Recht auf Zentralität, das Recht auf Differenz und das Recht auf Mitbestimmung hervorgehoben und unter den jeweiligen historischen und lokalen Voraussetzungen für die eigenen Auseinandersetzungen übersetzt. Verstanden wird das Recht auf die Stadt in diesem Kontext vor allem

als Recht auf den Nichtausschluss von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft und somit als Forderung nach einer Umverteilung von materiellen Ressourcen und politischer Macht.

Das Recht auf die Stadt nimmt dabei die Gestalt eines abstrakten Prinzips und Anspruchs auf Beteiligung an der Gestaltung, Verwaltung und Nutzung konkreter Plätze, Gebäude und Nachbarschaften an. Die vielfachen Mobilisierungen für ein Recht auf Wohnen, das Recht auf den Zugang zu öffentlichen Räumen, das Bleiberecht und die Bewegungsfreiheit für MigrantInnen oder auch für die Akzeptanz der eigenen Lebensentwürfe stehen für ein solches Verständnis.

Zentraler Adressat der Forderungen sind vielfach die Stadtregierungen. Vor allem Kampagnen und Mobilisierungen, in deren Zentrum die Formalisierung und Anerkennung informeller und illegalisierter Formen der Alltagsorganisation, des Arbeitens und Wohnens stehen, richten sich notwendigerweise auch an die Strukturen der jeweiligen politisch-administrativen Systeme. Der oftmals als radikale Subjektivität vorgetragene Anti-Etatismus von Protestbewegungen in Westeuropa und Nordamerika erscheint im Kontext städtischer Konflikte im globalen Süden teilweise als Privileg von Mittelschichtmilieus, die sich trotz ihrer Verweigerungshaltung auf die weitgehende Gültigkeit von rechtsstaatlichen Prinzipien und grundlegende öffentliche Versorgungsleistungen verlassen können.

Mobilisierungen, die stärker von ökonomisch, kulturell und über die Staatsbürgerschaft politisch Ausgegrenzten getragen werden, sind in ihrer Haltung zum Lokalstaat oftmals von Pragmatismus geprägt. Das Beispiel der *Tenants and Workers United* (TWU) in Virginia zeigt, wie ein solcher reformpolitischer Radikalismus aussehen kann.* Auf der einen Seite werden Organisationsstrukturen und Programme entwickelt, die eine systemüberwindende und gegenhegemoniale Politik ermöglichen, zugleich verfolgt die Initiative mit dem Programm des munizipalen, d.h. kommunalen Sozialismus eine Reihe von realpolitischen und umsetzbaren Forderungen. Der scheinbare Widerspruch zwischen der Radikalität der Ziele und der praktischen Beschränkung auf das reformpolitisch Mögliche wird in dem pragmatischen Verständnis eines Rechts auf die Stadt insofern aufgehoben, als dass die lokalpolitischen Forderungen sich tatsächlich auf das lokalpolitisch Durchsetzbare beschränken, aber in einem größeren Kontext sozialer Auseinandersetzungen die Kräfteverhältnisse verschieben und Mobilisierungsspielräume erweitern.

Organisationsansatz

In einer vierten Perspektive kann das Recht auf die Stadt als ein spezifischer Organisationsansatz von städtischen sozialen Bewegungen angesehen werden, der insbesondere das gemeinsame Agieren verschiedener, ansonsten marginalisierter Mobilisierungen betont. Das von Lefebvre formulierte Recht auf Differenz im Sinne von Anerkennung unterschiedlicher Perspektiven, Lebensentwürfen und Ausgrenzungen wird dabei zum Ausgangspunkt für die kollektive Artikulation verschiedener Forderungen und Bedürfnisse und einen gemeinsamen Diskussionsrahmen sehr unterschiedlicher Initiativen. Doch diese Anerkennung der Differenz folgt keiner sozialen Beliebigkeit.

Die in den USA entstandene *Right to the City Alliance* beispielsweise wird von AktivistInnen als Ansatz eines *New Working Class Organizing* angesehen. Gemeint sind damit all jene, die in den Produktionsprozessen der globalisierten Weltwirtschaft ausgebettet werden. Im Vergleich zur traditionellen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse beschreiben Jon Liss und David Staples diese neue Klasse als weiblicher, migrantischer, flexibler und in sich differenzierter.* Veränderte Produktionsabläufe, globale Wanderungsbewegungen und die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates haben prekäre und zum Teil informelle Arbeitsverhältnisse in den Bereichen der Fertigung, der sozialen Reproduktionsdienstleistungen und der Wissensökonomie (Cyber-Proletariat) hervorgebracht, deren Interessen von den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen nicht oder nur unzureichend vertreten werden.

Die mit dem Recht auf die Stadt assoziierten Bündnisorientierungen wurden auch hierzulande aufgegriffen, um spektrenübergreifende Mobilisierungen zu stadtbezogenen Themen zu initiieren. In Städten wie Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf und Freiburg wurden in den letzten Jahren lokale Bündnisse und Vernetzungsstrukturen entwickelt, die mit und ohne Bezug auf das Recht auf die Stadt den Anspruch verfolgen, verschiedenen Initiativen, Themenschwerpunkten und Aktionsformen einen gemeinsamen Mobilisierungsrahmen zu geben.

Das 2009 entstandene Recht-auf-Stadt-Netzwerk in Hamburg hat mit seiner öffentlichen Präsenz, der relativen Kontinuität und einem breiten Spektrum von Aktionen zu verschiedenen Feldern der Stadtpolitik mittlerweile eine Vorbildfunktion für stadtpolitische Organisierungsversuche in anderen Städten erlangt. AktivistInnen aus Hamburg werden bundesweit

zu Veranstaltungen eingeladen und sollen über das Hamburger Erfolgsmodell berichten. Mit dem im Juni 2011 in Hamburg stattfindenden Recht-auf-Stadt-Kongress ist ein zusätzlicher Schub für Nachahmungsbewegungen zu erwarten.

Wie das Recht-auf-Stadt-Netzwerk aus Hamburg zeigt, handelt es sich im Gegensatz zu vielen anderen sozialen Bewegungen hier nicht um eine Jugendbewegung. Der Großteil der Aktiven ist zwischen 30 und 60 Jahren alt. Neben der Orientierung auf konkrete Nachbarschaftskonflikte gelang es dem Netzwerk immer wieder, auch gesamtstädtische Fragen auf die Tagesordnung der öffentlichen Debatte zu setzen und meinungsbildende Medien gezielt für die eigenen Ziele zu nutzen.

Im internationalen Vergleich werden jedoch Unterschiede hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung des Protestspektrums deutlich. Trotz der Heterogenität der Bewegung ist ihre überwiegende Herkunft aus einem linksalternativen Mittelklassemilieu, das sich in den Szenestadtteilen von Hamburg konzentriert, nicht zu übersehen. Ob das mit dem Recht auf die Stadt verbundene Potenzial neuer stadtpolitischer Bündnisse der Marginalisierten und Ausgegrenzten freigesetzt werden kann, wird sich nicht nur in Hamburg erst in der Praxis der Bewegung zeigen.

Im globalen Kontext sind die Recht-auf-die-Stadt-Bewegungen eine Reaktion auf die Gewalt, die von städtischen Entwicklungen heute auf marginalisierte BewohnerInnen und NutzerInnen der Städte weltweit ausgeht. Die weltweiten Protestmobilisierungen spiegeln die wachsende politische, wirtschaftliche und demographische Bedeutung der Städte und zeigen, dass die andauernde Krise des Neoliberalismus auch eine Chance für eine Neuerfindung und Wiederaneignung der Stadt beinhaltet kann.

Eine Gemeinsamkeit dieser Bewegungen ist, dass sie neue städtische Orte herstellen, die sich nahe am Alltag der StadtbewohnerInnen befinden und der neoliberalen Verwertungslogik der Stadt zum Teil entzogen sind. Solche Orte der Wiederaneignung sind sozial weniger selektiv als die autonomen Räume der 1980er Jahre und geben auch den Teilen der Bündnisse und Koalitionen die Möglichkeit zur Formulierung eigener Gegenentwürfe, die es nicht gewohnt sind, sich in politischen Debatten zu artikulieren. Wie beispielsweise die Kämpfe von SexarbeiterInnen in Madrid oder von Illegalisierten in europäischen Städten gegen die Marginalisierung zeigen, werden Solidarität und Bündnisse gegen die Ausgrenzung von Momenten der Integration und der Anerkennung von Differenzen getragen und brin-

gen sie hervor. Das Recht auf die Stadt ist keine abstrakte Utopie, sondern vor allem ein Anspruch an die Bewegungen selbst.

Übergreifende Bündnisse, die verschiedene Teile der von der neoliberalen Stadt Betroffene zusammenbringen, sind ein zentraler Erfolgsfaktor für die Forderung nach dem Recht auf die Stadt. Doch solche Koalitionen basieren auf der Empathie der oberflächlich Integrierten mit denen, die ihrer elementarsten Rechte beraubt sind. Es braucht Bündnisse zwischen denen, die die Welt wissenschaftlich oder künstlerisch repräsentieren auf der einen Seite, mit den sowohl kulturell als auch materiell Ausgeschlossenen und ihrer eigenen Repräsentation beraubten Menschen auf der anderen Seite. Ein solcher Austausch stärkt die sozialen Bewegungen und verhindert die Ausbeutung der einen durch die anderen. Es bedarf auch der Hinterfragung, wessen legitime Forderung nach dem Recht auf die Stadt nicht vertreten ist.

Diese Frage der Empathie und der Breite der Bündnisse stellt sich auch im Hinblick auf die Beziehungen der sozialen Bewegungen in den Städten des globalen Nordens mit denen des Südens. Das Recht auf die Stadt trägt dabei das Potenzial eines neuen Internationalismus, in dem die sozialen Bewegungen des Nordens von denen des Südens – etwa von den Aktionsformen der Obdachlosenbewegung MTST in Brasilien – lernen können. Die Stärke dieser Bewegungen basiert auf einer räumlichen und sozialen Unmittelbarkeit, die in den Nachbarschaftsorganisierungen ebenso zum Ausdruck kommt wie in der sozialen Notwendigkeit der Auseinandersetzung. Das Recht auf die Stadt ist dort kein angesagter Modebegriff, sondern der Kampf von denen, die es nicht haben. Auch in dieser Hinsicht stehen die städtischen Protestbewegungen, die sich hierzulande das Recht auf die Stadt auf ihre Fahnen geschrieben haben, vor großen Herausforderungen.

Der Beitrag (zuvor erschienen in: ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 561 / 20.5.2011) ist die gekürzte und redigierte Einleitung des von den Autoren herausgegebenen Sammelbandes: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. VSA Verlag, Hamburg 2011.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

* Siehe hierzu den entsprechenden Beitrag in: Dirk Gebhardt/Andrey Holm: Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg 2011

Dorothee Rodenhäuser

Jenseits des BIP – Alternative Kriterien zur Messung von gesellschaftlicher Entwicklung

BIP – (k)ein gutes Maß gesellschaftlicher Entwicklung?

Allenthalben bricht Jubel aus, wenn das Wirtschaftswachstum hoch ist, im Gegenzug aber Panik, wenn die Wachstumsraten fallen oder sogar negativ werden. Die aktuelle Bundesregierung hat Wachstum als Ziel ganz vorne im Koalitionsvertrag verankert und mit ihrem «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» mit (fast) allen Mitteln herbeizuführen versucht. Woher kommt dieser Stellenwert des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seiner Zuwachsrate in Politik und Gesellschaft? Das BIP drückt ja eigentlich «nur» den Wert der in einem Land produzierten und am Markt getauschten Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Zeitraum aus. Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker weisen daher die Interpretation dieser makroökonomischen Kenngröße als Wohlfahrtsmaß in der Regel auch zurück. An der faktischen Orientierung am BIP hat dies bisher jedoch nur wenig geändert.

Dass Wachstum und gesellschaftliche Wohlfahrt untrennbar verbunden scheinen, geht vor allem auf die Erfahrungen der Nachkriegsahr-

zehnte zurück. Wirtschaftswachstum führte in den Industrieländern zu erheblichen Wohlstandssteigerungen für breite Bevölkerungsschichten. Gesellschaftliche Probleme ließen sich mithilfe des wachsenden Gesamtwohlstands lösen oder – wie etwa die Verteilungsfrage – zumindest umgehen. Und so werden das BIP und seine Wachstumsraten heute nicht nur zur Bemessung der Wirtschaftsleistung, sondern sehr viel allgemeiner zur Bewertung des Wohlergehens der Gesellschaft und ihrer Entwicklung herangezogen. Allerdings sind Politik und Wirtschaft angesichts des heutigen Reichtums möglicherweise damit überfordert, weiterhin gleich bleibend hohe Wachstumsraten zu erzeugen. Im Bemühen, diese Herausforderung dennoch zu bewältigen, gehen sie oft Wege, die aus Perspektive der Nachhaltigkeit wenig zielführend erscheinen, wie etwa die viel zitierte Abwrackprämie zeigt.

Ein Grund dafür ist im falschen «Wegweiser» zu suchen, der dem Ausblenden negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen unserer Wirtschaftsweise Vorschub leistet: Der Indikator BIP vernachlässigt viele Dimensionen gesellschaftlicher Wohlfahrt oder berücksichtigt sie auf die falsche Weise. Zu seinen eklatanten Defiziten gehört die Vernachlässigung des Ressourcenabbaus. Abschreibungen auf Naturkapital, die dessen Verbrauch erkennbar machen würden, fehlen in der Bilanzierung. Auch die Kosten der Umweltzerstörung werden nicht korrekt berücksichtigt. Führen sie zu Ausgaben für den Schutz der Umwelt oder die Reparatur von Umweltschäden, schlagen diese sogar positiv zu Buche. Obwohl solche «defensiven Ausgaben» nur dazu dienen, ein einmal erreichtes Wohlfahrtniveau zu sichern, steigern sie das BIP. Defensive Ausgaben entstehen aber auch in anderen Bereichen. Gern zitiert wird etwa der Autounfall, der zum BIP beiträgt, indem er Krankenhauskosten verursacht und zum Kauf eines neuen Autos führt. Die Kosten nicht behobener Schäden bleiben dagegen im BIP unberücksichtigt. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt die Verteilung von Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft. Weder BIP noch BIP pro Kopf sagen etwas darüber aus, wie viele Menschen tatsächlich am Wohlstand partizipieren. Es gibt aber auch «wohlfahrtsstiftende» Aktivitäten, wie Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliches Engagement, die sich nicht im BIP wieder finden. Dies trägt vermutlich zu der geringeren gesellschaftlichen Wertschätzung nicht-marktgängiger Tätigkeiten bei.

Wie problematisch es sein kann, Entwicklungen jenseits des BIP zu ignorieren, zeigt nicht zuletzt die aktuelle Finanzkrise: So kann Wohlstand

sich schnell als illusionär erweisen, wenn er auf massiver Verschuldung beruht. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Mängel des BIP als Wohlfahrtsmaß erscheint eine Ergänzung also dringend notwendig.

Alternative Wohlfahrtsmaße

Die wissenschaftliche Diskussion um alternative Kriterien zur Messung gesellschaftlicher Entwicklung und um die geeigneten Messinstrumente wird seit den 1970er Jahren mit wechselnder Intensität geführt. Heute gibt es zahlreiche Vorschläge, die mit unterschiedlichen Herangehensweisen versuchen, die Dimensionen von Wohlfahrt und nachhaltiger Entwicklung abzubilden – und dafür auch politische Aufmerksamkeit zu bekommen.

So gibt es z. B. Indikatorensysteme, die eine Anzahl von Indikatoren ungewichtet nebeneinander stellen. Je mehr Indikatoren ein solches System umfasst, desto größer ist die Informationstiefe – aber auch die Unübersichtlichkeit. Versuche, die Komplexität dennoch zu reduzieren, stellen beispielsweise die «21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert» der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung¹ und das «Wohlstandsquartett» des Denkwerks Zukunft² dar. Letzteres umfasst nur vier, teilweise allerdings hochkomplexe Indikatoren – das BIP pro Kopf, die 80/20-Relation der Einkommensverteilung, eine gesellschaftliche Ausgrenzungsquote und den ökologischen Fußabdruck –, die gleichberechtigt nebeneinander stehen sollen.

Eine andere Vorgehensweise besteht darin, verschiedene Indikatoren, die oft in ganz unterschiedlichen Einheiten vorliegen, zu einem Gesamtindex zusammenzufassen (sog. *Composite Indicators*). Ein Beispiel hierfür ist der *Human Development Index* (zusammengesetzt aus Pro Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildungsgrad) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen.³ Die Zusammenfassung in einem Gesamtindex erfordert allerdings Gewichtungsentscheidungen, die notwendigerweise normativ sind – etwa, ob Lebenserwartung und Bildungsgrad in gleichem Umfang in dem Index berücksichtigt werden.

Dies vermeiden sog. *Accounting*-Ansätze, die ebenfalls aus unterschiedlichen Komponenten eine Gesamtkenngröße errechnen. Die einzelnen Komponenten liegen dabei jedoch in einer gemeinsamen Einheit, in der Regel als monetäre Größen, vor. Das Problem der Bewertung wird hier auf die Monetarisierung bzw. das Finden einer gemeinsamen Einheit ver-

Einzelindikatoren	Positiver (+) oder negativer (-) Einfluss
Index der Einkommensverteilung	
Gewichtete Konsumausgaben	+
Wert der Hausarbeit	+
Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
Dauerhafte Konsumgüter Kosten / Nutzen	+ / -
Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	-
Kosten von Verkehrsunfällen	-
Kosten von Kriminalität	-
Kosten des Alkohol- und Drogenmissbrauchs	-
Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
Schäden durch Wasserverschmutzung	-
Schäden im Zuge von Bodenbelastungen	-
Schäden durch Luftverschmutzung	-
Schäden durch Lärm	-
Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung der Fläche von Feuchtgebieten	+ / -
Schäden durch Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche	-
Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen	-
Schäden durch CO ₂ -Emissionen	-

lagert, was häufig ebenfalls nicht unproblematisch ist. Zu den *Accounting-Ansätzen* gehört unter anderem der ökologische Fußabdruck: Er gibt in der Einheit «globale Hektar» an, wie viel Fläche eine Bevölkerung für die Produktion der Güter und Dienstleistungen, die sie konsumiert, und die

Aufnahme der dabei erzeugten Emissionen benötigt. Eine andere Form sind monetäre «Korrekturrechnungen» zum BIP wie der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI), der auf Vorläufer wie den *Index for Sustainable Economic Welfare* zurückblicken kann.

3. Der Nationale Wohlfahrtsindex

Der Nationale Wohlfahrtsindex für Deutschland wurde erstmals 2009 als Ergebnis eines Forschungsprojekts von Hans Diefenbacher (FEST Heidelberg) und Roland Zieschank (Forschungszentrum für Umweltpolitik der FU Berlin) vorgelegt. Anlass des von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten Projekts war der Einbezug des BIP an zentraler Stelle in die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Bei der Konzipierung des NWI spielte daher die Frage der *Nachhaltigkeit* gesellschaftlicher Wohlfahrt eine große Rolle: Es sollen auch Auswirkungen heutigen Wirtschaftens auf künftige Generationen berücksichtigt werden.

Der NWI enthält Variablen aus den Themenfeldern soziale Gerechtigkeit, unbezahlte gesellschaftliche Arbeit, Umweltschäden und Inanspruchnahme von Ressourcen sowie soziale Kosten. Insgesamt gehen in die aktuelle Fassung 19 Komponenten ein (siehe nebenstehende Tabelle). Sie müssen als Stromgröße pro Jahr und monetarisiert, d.h. in Euro, vorliegen. In der Praxis sind die Datengrundlagen für die einzelnen Indikatoren allerdings noch sehr unterschiedlich. Gerade Kosten für Umweltbelastungen gehen noch nicht in vollem Umfang in die Berechnung ein. Die veranschlagten Werte müssen dann eher als Untergrenze des verursachten Schadens betrachtet werden. Bei anderen Komponenten kann dagegen auf weitgehend robuste Angaben aus der amtlichen Statistik zurückgegriffen werden.

Ausgangsgröße der Rechnung ist der private Verbrauch, d.h. die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland. Dies beruht auf der Annahme, dass der Konsum von Gütern und Dienstleistungen den Menschen einen positiven Nutzen stiftet und damit zur Wohlfahrt beiträgt. Dabei wird nicht zwischen «gutem» und «schlechtem» Konsum unterschieden, obwohl mit Recht diskutiert werden kann, ob unter den Bedingungen der heutigen Konsumgesellschaft aller Verbrauch als wohlfahrtssteigernd angesehen werden sollte. Wo Suchtverhalten eine Rolle spielt oder Güter ohne Nutzung weggeworfen werden, sind Zweifel

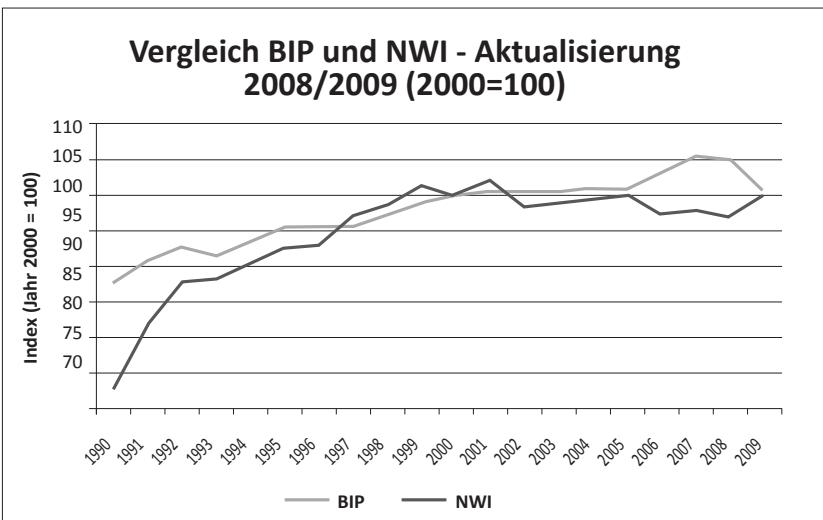


fraglos berechtigt. Auch stellt sich die Frage, ob nicht in manchen Bereichen längst Sättigungsgrenzen erreicht sind, jenseits derer Steigerungen des Konsums nicht mehr zur Wohlfahrt beitragen. Dies zu beurteilen ist jedoch ein kompliziertes Unterfangen: Wer entscheidet, welcher Konsum «zu viel» oder «schlecht» ist? Mit dem NWI wird daher ein anderer Weg beschritten und privater Konsum positiv gewertet.

Die Basisgröße Konsum wird aber mit der Einkommensverteilung gewichtet. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass ein zusätzlicher Euro einem ärmeren Menschen mehr zusätzlichen Nutzen stiftet als einem reicherem Menschen. Darüber hinaus zeigen beispielsweise die Autoren Wilkinson und Pickett in ihrem Buch «Gleichheit ist Glück»⁴, dass Ungleichheit in einer Gesellschaft empirisch mit hohen sozialen Kosten einhergeht. Ein hoher privater Verbrauch der Gesamtgesellschaft bedeutet bei sehr ungleicher Verteilung also noch keine hohe gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt. Für Deutschland zeigt sich, dass die Einkommensschere (gemessen anhand des sog. Gini-Index) ab dem Jahr 2000 deutlich auseinander gegangen ist. Im NWI wird dies berücksichtigt, indem Verschlechterungen des Gini-Index gegenüber dem Jahr 2000 zu einer Verringerung der gewichteten Konsumausgaben führen. Eine «gleichhere» Verteilung dagegen führt zu einer Steigerung.

Zum gewichteten privaten Verbrauch werden anschließend wohlfahrtsstiftende Komponenten hinzugerechnet, die im BIP nicht berücksichtigt werden, nämlich der Wert der Hausarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeiten. Auch ein Teil der öffentlichen Ausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich wird als wohlfahrtsstiftend einbezogen. Darüber hinaus wird eine Korrektur vorgenommen für das zeitliche Auseinanderfallen von Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter, denn ein langlebiges Gut, wie etwa ein Fahrrad, führt zwar im Jahr der Anschaffung zu Kosten, der Nutzen verteilt sich jedoch über mehrere Folgejahre.

Nachdem die positiven Variablen einbezogen wurden, werden die wohlfahrtsmindernden Komponenten abgezogen. Diese fallen zum einen in soziale Bereiche, zum andern betreffen sie die Umwelt. So werden defensive Ausgaben für die Reparatur von Umweltschäden ebenso zum Abzug gebracht wie Schadenskosten für verschiedene Umweltbelastungen wie Boden-, Wasser- und Luftverschmutzung. Beispielhaft seien hier die Schadenskosten für den Ausstoß von Treibhausgasen erläutert, die ein erhebliches Gewicht in der Berechnung des NWI haben: Aus dem nationa-



len Treibhausgasinventar für Deutschland werden die jährlichen Emissionen entnommen und mit einem Schadenskostensatz von 70 € pro Tonne multipliziert.⁵

Eine weitere einflussreiche Variable aus dem Umweltbereich sind die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen. Bei Ersatzkosten handelt es sich um den Gegenwert der Kosten, die zukünftige Generationen aufbringen müssen, um vergleichbare Energieerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Quellen zu generieren. Eigentlich müssten hier alle nicht-erneuerbaren Ressourcen einbezogen werden, dies ist aber bisher aufgrund der Datenlage nicht möglich. Stattdessen wird als Maß für den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen der Primärenergieverbrauch aus fossilen und nuklearen Energieträgern herangezogen und mit einem Kostensatz pro Barrel Öläquivalent multipliziert. Die so errechneten Ersatzkosten werden abgezogen.

Nach der ersten Vorlage von Ergebnissen 2009 wurde 2011 eine Aktualisierung veröffentlicht sowie das Konzept auf ein Bundesland übertragen. Obwohl der NWI weiter ein *work in progress* ist, liegen somit mittlerweile aussagekräftige Ergebnisse für die Bundesrepublik und in Form des Regionalen Wohlfahrtsindex für Schleswig-Holstein⁶ auf dem Stand des besten derzeit verfügbaren Wissens vor. Die Ergebnisse sind beson-

ders im direkten Vergleich mit dem BIP spannend und aufschlussreich, wie die nebenstehende Grafik zeigt.

Dargestellt ist die Entwicklung von NWI und BIP für Deutschland von 1990 bis 2009. Beide Kurven wurden für das Jahr 2000 auf 100 normiert, um ihren Verlauf einfacher vergleichen zu können. Die Grafik zeigt, dass bis 2008 das BIP weitgehend kontinuierlich gestiegen ist – dann führt die Wirtschaftskrise in die Rezession. Anders dagegen die Entwicklung des NWI: Sie war ab 2001 im Trend negativ. In der Wirtschaftskrise dagegen verhält sich der NWI umgekehrt, es kommt zu einer Steigerung. Wirtschafts- und Wohlfahrtsentwicklung laufen damit in unterschiedliche Richtungen. Hauptfaktoren dafür waren die sich seit 2000 verschlechternde Einkommensverteilung und negative Auswirkungen im Umweltbereich, vor allem die Schadenskosten durch CO₂-Emissionen und die Ersatzkosten für den Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen. Sie führten zwischen 2001 und 2008 zu einer Verschlechterung der mit dem NWI gemessenen Wohlfahrt im Land. Aber auch die Verbesserung 2009 ist maßgeblich auf die CO₂-Emissionen und die Ersatzkosten zurückzuführen, die in der Wirtschaftskrise deutlich rückläufig waren.

Nicht nur in Gesamtdeutschland ist eine Auseinanderentwicklung von Wirtschaft und Wohlfahrt zu beobachten, auch in Schleswig-Holstein ist dies der Fall. Die Entwicklung verläuft jedoch zunächst anders. Im Untersuchungszeitraum von 1999 bis 2008 stagnierte das BIP des Bundeslandes weitgehend. Der Regionale Wohlfahrtsindex dagegen begann ab dem Jahr 2006 deutlich anzusteigen. Die wichtigsten Faktoren dafür sind den gesamtdeutschen sehr ähnlich, vor allem Einkommensverteilung, CO₂-Emissionen und Ersatzkosten spielen eine Rolle. In Schleswig-Holstein entwickelten sich die Einkommen nicht so stark auseinander wie im Bundestrend. Es kam im Gegenteil zwischenzeitlich sogar zu einer leichten Verbesserung. Ab 2007 gingen dann besonders die Ersatzkosten deutlich zurück.

Alternative Wohlfahrtsmessung mit dem NWI macht also deutlich, dass es Wirtschaftswachstum ohne eine Steigerung der Wohlfahrt geben kann – aber auch Wohlfahrtszuwächse ohne Wachstum.

Eine Diskussion über Deutschland hinaus

Der NWI eignet sich insofern gut als Ausgangspunkt weiterer kritischer Diskussionen über gesellschaftliche Ziele und den Zusammenhang von

Wachstum und Wohlfahrt. Diese Diskussion findet in vielen Ländern und internationalen Organisationen statt und ist zum Teil deutlich früher als in Deutschland auf die politische Agenda vorgedrungen. Zunehmend werden auch Beiträge aus Ländern wahrgenommen, die vor der Frage stehen, ob sie dem wirtschaftlichen Entwicklungspfad der Industrieländer folgen sollen. Sie bringen eigene Perspektiven auf nachhaltige Wohlfahrtsentwicklung ein, die bisher aber nur selten mit spezifischen Messkonzepten unterlegt sind. Eine Ausnahme bildet das Konzept der *Gross National Happiness* in Bhutan, in dessen Rahmen ein eigener Ansatz zur Erfassung der gesellschaftlichen Entwicklung entwickelt wurde.⁷

In den Industrieländern leitete 2007 die EU den sog. *Beyond GDP*-Prozess ein, um auszuloten, welche Kriterien und Ansätze jenseits der BIP-Orientierung sinnvoll sind. Auch die OECD sucht in ihrem Programm «Measuring the Progress of Societies» nach neuen Maßzahlen und bereitet diese auch für ein breiteres Publikum auf. So stellte sie 2011 den *Better Life Index* vor, bei dem die NutzerInnen online und mit eigener Gewichtung Lebensqualität und materiellen Wohlstand der OECD-Mitgliedstaaten vergleichen können.⁸ Im Index wie auch im Gesamtprogramm wird das Thema ökologische Nachhaltigkeit allerdings im Vergleich zu anderen Bereichen bisher zu wenig aufgenommen.

Wer von dem Engagement auf OECD- und EU-Ebene rasche und tiefgreifende Veränderungen in den politischen Entscheidungsabläufen erwartet hat, mag bisher enttäuscht sein. Die Operationalisierung politischer Ziele in Form konkreter Kennzahlen jenseits des BIP ist oft kontrovers und scheitert teilweise an Widerständen. Dies sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass aufgrund der internationalen Prozesse in statistischen Ämtern und politischen Gremien nun an Fragestellungen gearbeitet wird, die dort lange keine Rolle spielten – die großen Veränderungen können durchaus noch kommen.

Impulse wurden auch auf nationaler Ebene gesetzt, insbesondere durch die prominent besetzte Expertenkommission zur «Messung der wirtschaftlichen Leistung und des gesellschaftlichen Fortschritts» in Frankreich, die sog. Stiglitz-Kommission. In ihrem 2009 veröffentlichten Endbericht legte die Kommission Empfehlungen vor, deren Umsetzung zu sehr weit reichenden Änderungen der Gesamtrechnungssysteme führen würde. Sie kam dabei in einiger Hinsicht zu ähnlichen Schlüssen wie die dem NWI zugrunde liegenden, das Themenspektrum reicht aber darüber hinaus.⁹

Mit ihrem Bericht trug sie dazu bei, das Thema auf der politischen Agenda stärker ins Zentrum zu rücken. So äußerte sich unter anderem Kanzlerin Merkel im Anschluss, auch in Deutschland müsse es Überlegungen zu alternativen Wohlfahrtsmaßen geben.

Hierzulande nahm sich Ende 2010 der Bundestag des Themas an und setzte die Enquête-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft» ein, die sich aus ParlamentarierInnen und Sachverständigen zusammensetzt. Ihr Auftrag ist es, den Stellenwert von Wachstum in der Gesellschaft zu untersuchen, einen ganzheitlichen Wohlstandsindikator vorzuschlagen, der die vom BIP vernachlässigten Dimensionen erfasst, und den Zusammenhang von Wachstum und Resourcenverbrauch sowie den Einfluss von Konsum und Lebensstilen auf eine nachhaltige Entwicklung zu prüfen.¹⁰ In diesem Rahmen wurde 2011 auch der NWI vorgestellt. Die Kommission arbeitet noch bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode, Ergebnis sollen politische Handlungsempfehlungen sein. Wie weit sie dabei über das BIP und die Fixierung auf quantitatives Wirtschaftswachstum wirklich hinausgehen wird, ist fraglich. Die kritische öffentliche Begleitung des Prozesses ist in jedem Fall sinnvoll.

Ausblick: Wohlfahrt jenseits des BIP

Wie geht es weiter mit dem NWI? Und was nutzen neue Wohlfahrtsmaße? In jedem Fall sollte der Index auch künftig regelmäßig vorgelegt werden, um die Diskussion um BIP, Wachstum und Wohlfahrtsentwicklung weiterzuführen. Voraussichtlich im Frühjahr 2012 werden FEST Heidelberg und FFU Berlin eine überarbeitete und erweiterte Fassung des NWI vorstellen. Der Index muss sich zudem in Vergleichsrechnungen bewähren, sowohl innerstaatlich im Bundesländervergleich als auch und vor allem international. Bei einer Reihe von Indikatoren wäre eine Verbesserung der Datengrundlage sehr wünschenswert. Beispielsweise erfordert der Einbezug von Hausarbeit und ehrenamtlichen Tätigkeiten Daten zur Zeitverwendung, die aktuell in Deutschland nur alle zehn Jahre erhoben werden. Hilfreich sowohl für eine Verbesserung der Datenlage als auch zur Steigerung der politischen Aufmerksamkeit wäre die Aufnahme des NWI in den Indikatorensatz der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dieser wird

in regelmäßigen Abständen durch das Statistische Bundesamt aktualisiert und Politik und Öffentlichkeit vorgelegt.

Wie gesellschaftliche und ökonomische Prozesse in Kennziffern übersetzt werden und in welcher Weise man eine «positive Entwicklung» definiert, hat bewusstseinsbildende Folgen. Ein neues, vielseitigeres Maß trägt dazu bei, Aspekte jenseits einer einseitigen Wachstumsorientierung bewusst zu machen. Es rückt gesellschaftliche Wohlfahrt als zentrales Ziel in den Mittelpunkt, macht ihre Entwicklung sicht- und messbar und vergrößert damit die Chance, dass sich Politik an Werten «jenseits des Wachstums» orientiert. Vorteil eines aggregierten Index ist dabei seine erhöhte Sichtbarkeit, die zu einer kreativen und öffentlich wahrgenommenen Debatte beiträgt. Dafür sorgt gerade auch der Vergleich mit dem BIP. Der NWI leistet so einen Beitrag zur Problematisierung des bisherigen Wachstumsparadigmas, wobei er verhältnismäßig «anschlussfähig» an gewohnte Denkmuster ist, indem er etwa die Ausgangsgröße Konsum nicht grundsätzlich beschränkt. Sofern negative soziale und ökologische Auswirkungen nicht überhand nehmen, steht er dessen Wachstum positiv gegenüber.

Neben dem Gesamtindex lassen aber auch die enthaltenen Teilkomponenten zentrale Faktoren und «Stellschrauben» einer Wohlfahrtsentwicklung erkennen. In den Veröffentlichungen zum NWI werden die Komponenten daher auch einzeln ausführlich dargestellt. Der Einbezug anderer Quellen von Wohlfahrt kann zudem zur größeren Wertschätzung nicht-marktgängiger Aktivitäten beitragen. Die Sichtbarkeit solcher anderen, stetigeren Quellen relativiert dabei auch die einseitige Orientierung am Auf und Ab ökonomischer Wachstumsraten.

Das heißt nicht, dass ein Maß wie der NWI allein ausreicht, um gesellschaftliches Wohlergehen zu erfassen und die notwendigen Informationen für ein politisches Umsteuern zu liefern. Sehr viel detailliertere Kenntnisse ökologischer, sozialer und ökonomischer Belange sind notwendig, um informierte Entscheidungen zu treffen. Zudem zeigt der NWI zwar Entwicklungsrichtungen an, ob die tatsächliche Entwicklung ausreicht, um die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit einzuhalten, ist damit aber noch nicht gesagt (insbesondere so lange Umweltbelastungen nur begrenzt monetär erfasst werden können).

Die Frage nach der «realen» Wohlfahrt eines Landes ist vermutlich ohnehin nie «objektiv» zu beantworten. Ein Wohlfahrtsmaß, aber auch ein Indikatorenensemble wird nicht in der Lage sein, alle Aspekte zu berück-

sichtigen – zumal manche wichtigen Dinge sich nicht quantifizieren lassen. Doch sollte man sich davon keinesfalls aufhalten lassen. Andere Messinstrumente erweitern den Blick und liefern wichtige Informationen zur politischen Steuerung. Dabei ist neben dem Bewusstsein, dass auch ein umfassenderes Maß nicht alles sagt, eines wichtig: Eine breite öffentliche Diskussion dessen, was in ein Berichtssystem gesellschaftlicher Wohlfahrt einbezogen werden kann und soll.

Das «richtige» Messen reicht aber natürlich nicht aus, sondern ist nur ein kleiner Baustein in der «Großen Transformation»¹¹ der Gesellschaft. Wir müssen über Strategien zur Erreichung zukunftsfähiger Wohlfahrt jenseits des BIP und möglicherweise jenseits von Wirtschaftswachstum nachdenken – und sie in Angriff nehmen. Dafür müssen wir national wie global einen Interessenausgleich suchen. Ein solcher Ausgleich kann aber nur innerhalb von Rahmenbedingungen stattfinden, die nicht von der Ökonomie vorgegeben sind. Weder ökologische, ökonomische noch soziale Ziele können in diesem Rahmen maximiert werden; es geht vielmehr immer um ein «rechtes Maß»¹². Ob dieses Umsteuern – insbesondere hin zu einer ökologisch tragfähigen Wirtschaftsweise – in weiterem BIP-Wachstum resultieren würde, wissen wir heute noch nicht. Es wäre dann aber auch nicht mehr so wichtig.

Der vorliegende Text gibt in gekürzter Form den am 24.11.2011 von der Verfasserin in Wuppertal gehaltenen Vortrag wieder. Er beruht in weiten Teilen auf der ersten Veröffentlichung des Nationalen Wohlfahrtsindex, vgl. Diefenbacher/Zieschank (2009): Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Dessau: Umweltbundesamt, und dessen Aktualisierung, vgl. Diefenbacher/Held/Rodenhäuser/Zieschank (2011): Der Nationale Wohlfahrtsindex – neue Werte für 2008/2009, Heidelberg/Berlin.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

1 Siehe «Indikatorenberichte des Statistischen Bundesamtes» unter <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Berichte/Berichte.html>

2 <http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Wohlstandsquartett>

3 <http://hdr.undp.org/en/statistics/hdi/> (auf Englisch)

- 4 Vgl. Wilkinson/Pickett (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt Verlag.
- 5 Der Schadenskostensatz ist der Methodenkonvention des Umweltbundesamtes entnommen, vgl. UBA (Hrsg. 2007): Ökonomische Bewertung von Umweltschäden. Methodenkonvention zur Schätzung externer Umweltkosten. Dessau: Umweltbundesamt.
- 6 Vgl. Diefenbacher et al. (2011): Grüne Wirtschaftspolitik und regionaler Wohlfahrtsindex für Schleswig-Holstein. Thesen und Empfehlungen. Heidelberg/Berlin: FEST/IÖW/FFU.
- 7 Siehe <http://www.grossnationalhappiness.com/>
- 8 <http://www.oecdbetterlifeindex.org/>
- 9 Vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Online unter <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/>.
- 10 Vgl. Antrag zur Einsetzung der Enquête-Kommission vom 23.11.2010, Bundestags Drucksache 17/3853
- 11 Vgl. dazu auch Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.
- 12 Für Vorschläge, welche Politikinstrumente und gesellschaftlichen Veränderungen denkbar sind, siehe bspw. Diefenbacher et al. (2011): Richtung Nachhaltigkeit. Indikatoren, Ziele und Empfehlungen für Deutschland. Heidelberg: Reihe FEST für die Praxis, Band 8.

Friederike Habermann

Commons & soziale Infrastruktur

Unter *Commons* wird gemeinhin zweierlei verstanden: zum einen die natürlichen *Commons*, das heißt Luft oder Wasser (die in der Regel von allen genutzt werden können), aber auch Boden oder Wälder (heutzutage meist privatisiert) beziehungsweise Ressourcen überhaupt (meist kommerziell ausgebaut); zum anderen digitale *Commons*, also ohne Profit oder Hierarchien produzierte Produkte (dies wird auch *peer production* genannt) im virtuellen Raum, wie Linux oder Wikipedia.

Was *Commons* sind, ist aber letztlich eine Frage dessen, was wir normal finden. Das gilt für die natürlichen *Commons*: Noch finden wir es in Deutschland weitgehend normal, in Gewässern baden zu können – den Brandenburger Seen beispielsweise aber droht die Privatisierung; beim Wandlitzsee ist es schon geschehen. Die Folge: Anleger_innen kann mit einem Zaun der Zugang zum Wasser versperrt werden, Stegbesitzer_innen müssen plötzlich hohe Pachtgebühren aufbringen, eine Gemeinde muss für eine Badestelle mit Rutsche sogar 50.000 Euro im Jahr an den Eigentümer bezahlen. Und es gilt für die virtuellen *Commons*: «Wer kennt Tim Berners-Lee?», fragt die *Commons*-Expertin Silke Helfrich gerne. In

der Regel niemand. «Wer kennt Bill Gates?» In der Regel alle. Der Unterschied? Bill Gates privatisierte die (bei weitem nicht nur) von ihm entwickelte Software *Microsoft*; Tim Berners-Lee aber stellte seine Erfindung als *Open Source* allen zur Verfügung. Ist sein Name auch unbekannt, seine Erfindung und dessen Kürzel kennen alle: Sie heißen *html*, oder auch einfach *www*. Wie aber sähe die Welt heute aus, wenn 1991 Berners-Lee das *World Wide Web* nicht kostenlos allen zur Verfügung gestellt hätte?

Commons zeichnen sich also nicht durch Eigenschaften im Gut selbst aus, sondern durch die Art und Weise der gemeinschaftlichen Nutzung. Dies wird auch als *commoning* bezeichnet. Doch während im virtuellen Bereich das kommerzielle Lexikon Brockhaus ökonomisch inzwischen gegen die *peer production* bei Wikipedia unterliegt, bestehe bei materieller Produktion keine Konkurrenzfähigkeit der *peer production* – so wird die Beschränkung der *peer production* auf digitale *Commons* begründet. Das stimmt innerhalb der gegebenen Infrastruktur. Bereits meine Forschungen zu alternativem Wirtschaften in Argentinien nach dem dortigen Finanzcrash von 2001 zeigten: Der Arbeitsgang vom Vorprodukt zum Endprodukt konnte im Rahmen solidarischer Ökonomie gegen die Ausnutzung von Billigstlöhnen in den Weltmarktfabriken, darüber hinaus verbunden mit Massenproduktion, nicht konkurrieren. Dies muss aber nicht bedeuten, dass *Commons* nicht auch materielle Produkte umfassen «können» – im Rahmen einer anderen sozialen Infrastruktur.

In den Wirtschaftswissenschaften galt bis vor kurzem unangefochten das, was Garrett Hardin 1968 in seinem gleichnamigen Essay mit „The Tragedy of the Commons“ bezeichnete. Demnach führe die allgemeine Nutzung rivaler Güter¹ wie der dörflichen Allmende notwendigerweise zu deren Übernutzung und damit Zerstörung. Erst im Jahr 2009 erhielt die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom den Nobelpreis für Wirtschaft dafür, dass sie in ihren Arbeiten über *common pool resources* die Tatsache berücksichtigt, dass die daran beteiligten Menschen miteinander kommunizieren können – und damit auch kooperieren. Zu der *Tragedy of the Commons*, wie es Garrett Hardin beschrieben hat, kommt es darüber hinaus aber nur, wenn eine Privatwirtschaft existiert, die erlaubt, die über den eigenen Bedarf angeeigneten Ressourcen in Geld zu verwandeln und

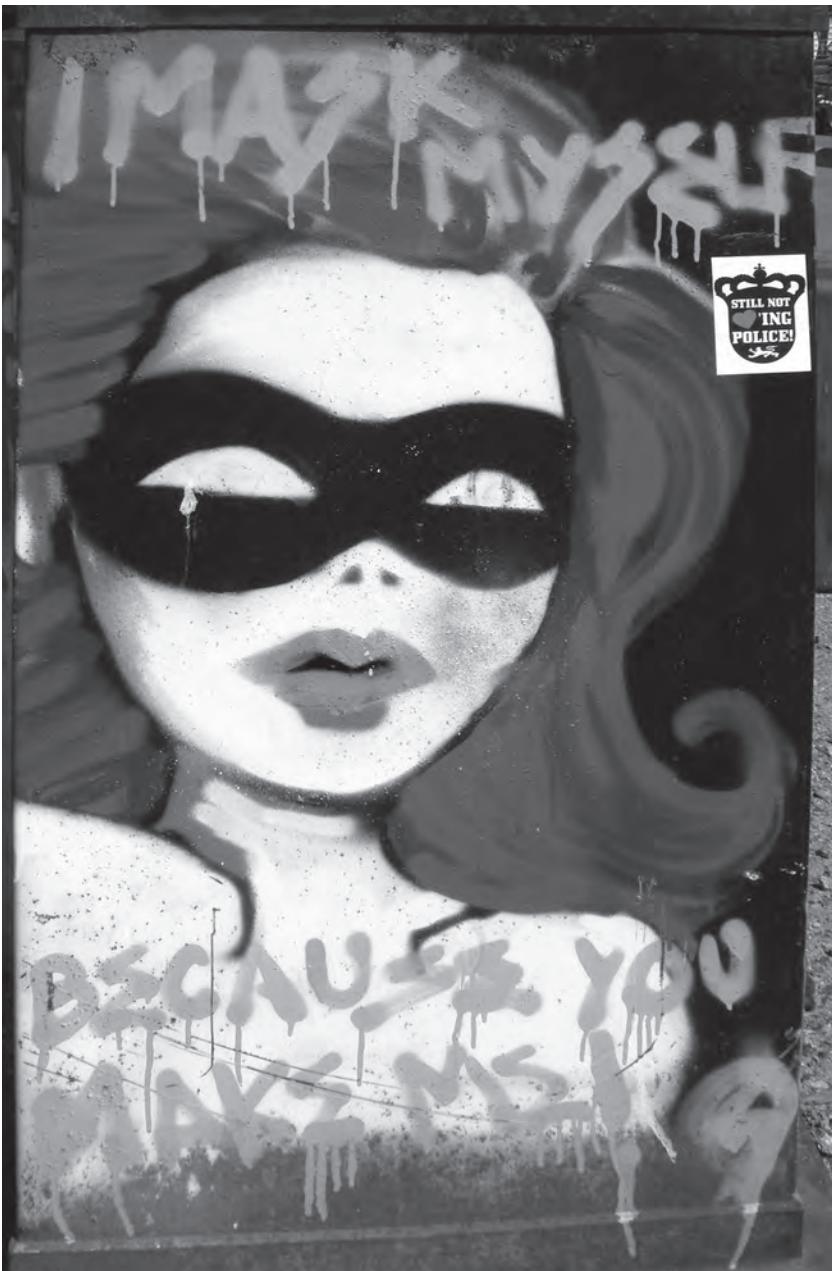
als solches anzuhäufen. Ohne diese Möglichkeit hätte niemand daran Interesse, große Herden von Schafen oder Kühen auf die Weiden zu treiben – wozu die ganze Arbeit, wenn die Milch doch nur schlecht wird? Es sei denn natürlich, die Milch wird im großen Stil weiterverarbeitet; aber wenn dies ohne Marktwirtschaft geschieht, dann in einer Form verabredeten Wirtschaftens und nicht in Konkurrenz zu anderen Viehbesitzenden. Deshalb käme es auch zu keiner Übernutzung.

Tatsächlich ist der Eigentumsbegriff unserer Zeit, der den Ausschluss der Nutzung durch andere in der Regel einschließt, erst im Zuge des Kapitalismus zur Normalität geworden. Weltweit überwogen auch in anderen Kulturen Besitz- oder Nutzungsverhältnisse, die dem Begriff des *Commons* wesentlich näher kommen. Eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von *Commons* aufwiesen, da weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte impliziert waren. *Commons* sind damit auch unsere Vergangenheit. Dies gilt es mitzudenken, wenn es um die (weiter unten vorgestellten) auf *Commons* basierenden Prinzipien als Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften in der Zukunft geht – es sind keine von «linken Spinner_innen» an Schreibtischen oder auf Landschollen entwickelten Ideen, sondern wahrscheinlich das Prinzip, worauf alles in allem das Leben und damit die Reproduktion, das Wirtschaften der Menschheit größtenteils beruht (hat).

In gewissem Sinne sind *Commons* sogar das wesentliche Prinzip der Gegenwart: Ein Hamburger, wie er in einem Schnellrestaurant für einen Euro verkauft wird, würde 200 US-Dollar kosten, wenn alle externalisierten Folgen darin einberechnet wären. Diese entstehen neben beispielsweise öffentlichen Lohnzuzahlungen an die Beschäftigten überwiegend durch die Vernutzung von *Commons*: durch den Klimawandel, durch Fast-Food-bedingte Krankheiten, durch Luft- und Wasserverschmutzung oder durch Bodenschäden im Verlauf des Produktionsprozesses. Ray Anderson, Chef der weltweit größten Produktionsfirma für Teppichböden, beschreibt in dem Film *The Corporation* (2003), wie entsetzt er war, als er verstand, «just how much stuff the earth has to produce to our extraction process to produce a dollar of revenue for our company».

Auch die Patentierung von Biodiversität fällt unter die Aneignung von *Commons* – und damit verbundene «Bestrafungen» für das Verwenden traditioneller Reis- oder Kartoffelsorten sowie Heilpflanzen bezie-

¹ Sogenannte rivale Güter zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Nutzung nicht unbegrenzt möglich ist.



hungsweise fällige Gebühren beim Singen vieler Weihnachtslieder oder Geburtstagsständchen in deutschen Kindergärten oder gar auf *youtube*. Die Liste ließe sich nur allzu leicht verlängern. Die private Inbesitznahme von *Commons* ist auch heute Alltag – jedoch weniger durch Individuen denn durch Konzerne.

Commons sind also unsere Gegenwart: Das zeigt das Beispiel der externalisierten Kosten des Hamburgers. *Commons* sind auch unsere Vergangenheit, denn eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von *Commons* aufwiesen. Und *Commons* können und sollten unsere Zukunft sein: Sie bilden die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften.

Das übliche Argument gegen eine solche auf Solidarität aufbauende Wirtschaft lautet: Es scheitert an den Menschen – diese seien egoistisch und materiell eingestellt. Doch sind das wirklich dem Menschen innenwohnende Eigenschaften? Feministinnen diskutieren seit über zwei Jahrzehnten einen poststrukturalistischen Ansatz, der das Verwobensein von Menschen mit dem gesellschaftlichen Kontext – sprich: der sozialen Infrastruktur – ebenso theoretisch zu fassen versucht wie die Tatsache, dass Menschen diesen Kontext selbst immer wieder herstellen und ihn dabei verändern. Dies lässt uns verstehen, wie unsere Körper und (Mit-)Gefühle nur zusammen denkbar sind mit all dem, was uns prägt, aber dennoch mehr sind als ein leeres Blatt, welches rein passiv vom gesellschaftlichen Diskurs beschrieben wird. Sicher sind wir keine autonom denkenden und empfindenden Individuen, sondern mit unserem ganzen Sein Teil unserer Gesellschaft. Woher aber sollte Mitgefühl kommen, wenn nicht aus uns selbst?

Diese Theorie wird inzwischen zunehmend von naturwissenschaftlicher Seite gestützt, denn Erkenntnisse der Epigenetik zeigen, wie unsere Biologie, einschließlich unserer Gene, gar nicht gedacht werden kann ohne jeweilige Umwelteinflüsse. So spricht der US-amerikanische Professor für Biologie und Neurologie, Robert Maurice Sapolsky davon, unterschiedliche Gesellschaften – individualistische oder kollektivistische – brächten ganz unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Gehirnen und unterschiedlichen Denkweisen hervor.

In diesem Sinne gebrauche ich den Ausdruck «Halbinseln» als Räume, in denen Menschen sich ein Stück weit eine andere Wirklichkeit erschaffen und ausprobieren, wohin es gehen könnte – und damit als soziale

Kontexte, die es Menschen durch die darin gelebten anderen Selbstverständlichkeiten erlauben, sich anders zu entwickeln, als dies außerhalb solcher Halbinseln möglich ist. Denn neue Denk- und Handlungshorizonte entstehen nur im Zusammenspiel von verändertem materiell-ökonomischen Alltag und sich verändernden Identitäten; beides bedingt und ermöglicht sich gegenseitig.

Dabei – dies ergab sich im Nachklang meines Buches «Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften» (2009) über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Raum – zeichnen sich derzeit die im Folgenden kurz angerissenen Prinzipien ab, die ich als *Economy* bezeichne wegen der Bedeutung von *Commons* bzw. Gemeingütern darin.

Dies spiegelt sich im ersten Prinzip: Besitz statt Eigentum. Nicht abstraktes Eigentum zählt, sondern wer welche Dinge tatsächlich braucht und gebraucht. Wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch. «Besitz statt Eigentum» kann sich aber auch auf Transportmittel, Werkzeuge, Bücher und letztlich alles beziehen. Die rund 60 Umsonstläden allein in Deutschland sind so als Orte zu verstehen, an denen die Dinge nicht von Privateigentum in Privateigentum übergehen, sondern wo sie abgegeben werden, weil sie aus dem Besitz jener gefallen sind, die sie nicht mehr benutzen – und von anderen wieder in Besitz und Gebrauch genommen werden können. Und wenn all dies gemeinschaftlich genutzt wird – warum dann nicht auch Produktionsmittel?

Dies geht über in das zweite Prinzip: Teile, was du kannst. Neben Dingen können dies auch Fähigkeiten sein (beispielsweise Initiativen, die *skill sharing* betreiben, das heißt Bildung und Wissen miteinander teilen) sowie jede Form von Dienstleistungen oder produktiver Tätigkeit. Das Prinzip wird unter anderem in Nutzungsgemeinschaften praktiziert, sozusagen Tauschringen ohne Aufrechnung.

Dies wiederum geht über in das dritte Prinzip: Beitreten statt Tauschen. Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wird aus einem Bedürfnis heraus aktiv miteinander gehandelt. Beispiele sind neben der hierfür besonders berühmt gewordenen freien Software nichtkommerzielle Produktion überhaupt: Bäuer_innen, die ihre Ernte ohne Geld und Tauschlogik abgeben, ebenso wie Heilpraktiker_innen, die allen Naturheilmedizin zukommen lassen wollen. Nur so kann auch dem Dilemma entronnen werden, Versorgungsarbeiten wie Kinderbetreuung

etc. nicht entweder privatisieren oder aber der Tauschlogik und damit Entfremdung und Rationalisierungsdruck unterwerfen zu müssen.

Dies geht über in das letzte Prinzip: Freiwilligkeit und Offenheit – hier schließt sich der Kreis zu dem offenen Zugang der Ressourcen, der am Anfang stand. Doch dass weder auf der gebenden noch auf der nehmenden Seite Zwang herrscht, bedeutet natürlich nicht, dass es nicht Gegenseitigkeit bräuchte, damit eine solche *Economy* als soziale Infrastruktur funktionieren kann.

Thomas Seibert

Für eine Politik öffentlicher Güter Erste Annäherungen

Die folgenden ersten Anmerkungen zu einer Politik öffentlicher Güter beziehen sich auf den Rahmen, in dem wir uns bewegen, wenn wir sagen, dass Gesundheit ein Recht und ein öffentliches Gut ist, auf das alle den gleichen Anspruch haben.¹ Dabei ist der Begriff «öffentliches Gut» durchaus nicht neu, sondern wird schon sehr lange und in nahezu allen politischen Lagern gebraucht. Dass er von links seit einiger Zeit mit einer zuvor nicht gekannten Emphase gebraucht wird, hat mit der ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus zu tun, der die bereits institutionalisierten öffentlichen Güter systematisch privatisieren will.

Es hat aber auch damit zu tun, dass die Namen, mit denen viele von uns ihren politischen Einsatz benannt haben – allen voran der Sozialismus – wenigstens in einer Krise sind, dass unklar geworden ist, was mit ihnen heute noch aufgerufen werden kann und soll. Für diese Verlegenheit steht auch die vor allem in der Bewegung der Sozialforen gebräuchliche Formel

«Eine andere Welt ist möglich», die zwar prinzipiell richtig, doch ziemlich unbestimmt und von geradezu erschreckender Allgemeinheit ist.

Öffentliche Güter verteidigen und erweitern

Öffentliche Güter verteidigen, sogar vermehren, erweitern und allen – wirklich allen! – den Zugang zu öffentlichen Gütern sichern zu wollen, stellt da sicherlich eine Konkretion dar: Will der Neoliberalismus den gesellschaftlichen Reichtum privatisieren und kommerzialisieren, wollen wir, dass die wichtigsten Dinge des Lebens öffentliche Güter sind, die allen in gleicher Weise zustehen. Insofern kann die Politik, die wir in Bewegung zu setzen suchen, als eine Politik öffentlicher Güter bezeichnet werden. Mit einer solchen Politik den Neoliberalismus aufhalten und zuletzt auch überwinden zu wollen, verlangt aber, von einer bloß defensiven zu einer offensiven Kritik überzugehen. Auch das ist mit einer Politik öffentlicher Güter benannt, weil wir damit nicht bloß sagen, was wir nicht wollen, sondern programmaticisch nennen, wo wir hinwollen.

Offensiv zu werden, verlangt allerdings noch etwas mehr als die – im Effekt nicht zu unterschätzende – Etablierung eines neuen Namens des Politischen. Tatsächlich verdankt sich der Erfolg der neoliberalen Politik der Privatisierung öffentlicher Güter strukturellen Veränderungen unserer Gesellschaften, auf die auch wir Antworten geben müssen. Wenn wir eine Politik öffentlicher Güter durchsetzen wollen, dürfen wir mit diesen Antworten nicht hinter den Neoliberalismus zurück, sondern müssen über ihn hinausgehen. Im Folgenden möchte ich in ein paar Thesen umreißen, was zu einer solchen Überschreitung des Neoliberalismus gehört. Ich beziehe mich dabei auf Diskussionen der sozialen Bewegungen und der politischen Linken in Deutschland, versuche also lediglich zusammenzubringen, was anderswo schon artikuliert worden ist.²

Der an das Ende der Systemkonkurrenz gebundene Begriff des «Epochenbruchs» markiert heute eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im globalen Maßstab. Mit der Systemkonkurrenz fiel auch die Weltordnung, in der sie ausgetragen wurde. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der tendenziell weltweiten Durchsetzung großindustrieller Massenproduktion geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form. Auf dem Wege «nachholender Entwicklung» sollte dabei zwischen Nord und Süd

derselbe soziale Ausgleich verwirklicht werden, den die Industriestaaten durch ihre Ausgestaltung zum Sozialstaat erreicht hatten. Heute scheint dieses Projekt unwiderruflich gescheitert zu sein:

1. Die von den Industriestaaten betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die Internationalisierung der Arbeitsteilung haben die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten so weit entfesselt, dass sie von Sozial- zu «nationalen Wettbewerbsstaaten» (J. Hirsch) werden mussten. Um den Preis des Rück- und Abbaus sozialstaatlicher Funktionen geht es diesen nur noch um die Durchsetzung bestmöglichster Verwertungsbedingungen für ein transnational freigesetztes Kapital.
2. Die Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer strukturellen Massenerwerbslosigkeit geführt, mit der die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden «Vollbeschäftigung» – hinfällig geworden ist.
3. In den Staaten des globalen Südens führte dies zum Scheitern ihrer «nachholenden Entwicklung». Die mit dem Anschluss an den Weltmarkt erfolgte Zerstörung traditioneller Subsistenz verschärft die Krise in einer Verelendungsdynamik katastrophischen Ausmaßes.
4. Im Norden wie im Süden kommt es zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Weltweit müssen Millionen in informellen Schattenökonomien überleben. Wiederum für Millionen kann selbst dies nur durch Arbeitsmigration erreicht werden. Dabei wächst die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs- und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Ohne jeden Rechtsanspruch können diese Menschen nur noch auf die Unterstützungsleistungen humanitärer Organisationen zählen.
5. Die Schattenökonomien gehen fließend in gewaltdurchherrschte Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Kriegs über, die in immer mehr Gesellschaften zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion werden und zu einer vollständigen Zerstörung des Sozialen tendieren.



Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung kann die selbst in den entwickelten Industriegesellschaften nie wirklich verallgemeinerte Lohnarbeit folglich nicht mehr der zentrale Zugang zu den Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung sein. Zugleich ist eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen allein weder zu verteilen noch gar auszubauen – es sei denn, man akzeptiere die strukturelle Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Arbeit und soziale Sicherung müssen entkoppelt werden

Soll soziale Sicherung und gleiche Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum zum Medium und Ziel von Politik zugleich werden, darf unter den gegebenen Umständen Lohnarbeit nicht mehr die Grundlage sein. Sozialpolitik hat dann nicht mehr die Reproduktion von Arbeitskraft und auch nicht mehr die Umverteilung zwischen Gewinnen und Löhnen zum Ziel, sondern den von zuvor erbrachter Arbeitsleistung unabhängigen gleichen Zugang aller zu den öffentlichen Gütern – unabhängig davon also, ob jemand in einem formellen Arbeitsverhältnis steht oder nicht. Das heißt, Arbeit, Einkommen und soziale Sicherung, bisher intrinsisch miteinander verbunden, müssen entkoppelt werden. Grundlage meines Zugangs zu den öffentlichen Gütern ist dann nicht mehr, dass ich ein auf Lohnarbeit basierendes Einkommen erwirtschafte, sondern nichts als der Umstand, BürgerIn meiner Gesellschaft zu sein. Tatsächlich ergibt sich dies logisch aus dem vollen Begriff öffentlicher Güter, bei denen es sich um kollektive Güter handelt, von deren Gebrauch und Besitz niemand ausgeschlossen werden darf und die alle gleichzeitig nützen können. Während dies als Beispiel für Autos offensichtlich nicht gelten kann, gilt es zwingend, um ein anderes Beispiel zu nennen, für den Zugang zu einer gesunden Umwelt. Zu einer solchen wiederum gehören weitere, ebenfalls allein öffentlich, d.h. egalitär zu gebrauchende Güter: Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Gesundheit. Sollen diese tatsächlich allen zugänglich sein, braucht es bestimmte öffentliche Güter wie etwa eine die freie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichte Bildung, zureichenden Wohnraum, wirklichen Zugang zu den gesellschaftlichen Tätigkeiten und zum gesellschaftlichen Leben, kurz: zu allem, was man nach der Bestimmung des Projekts www.links-netz.de «Infrastruktur

der Gesellschaft» oder «soziale Infrastruktur» nennen kann. In nuce: Zum öffentlichen Gut muss alles das werden, was allen in gleicher Weise unentgeltlich zur Verfügung stehen muss, sollen die von den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten umrissenen basalen öffentlichen Güter tatsächlich garantiert sein.

Zweifellos ist eine solche Grundkonzeption von Sozialpolitik nicht wirklich neu: bringt sie doch nur auf den Punkt, was im Begriff des öffentlichen Guts immer schon angelegt war. Neu ist lediglich die materielle Bestimmung des Zugangs: Basierte dieser Zugang bisher auf Arbeit und Arbeitseinkommen, folglich auf Systemen der vom Arbeitslohn abhängigen Versicherung und einer Umverteilung zwischen Gewinnen und Einkommen, muss er künftig in Abhängigkeit von der Leistungskraft steuerfinanziert werden. Unter den Bedingungen struktureller Massenerwerbslosigkeit gehört dazu allerdings auch, Steuern nicht mehr von Personen, sondern von Betrieben und Haushalten zu erheben, und dort nicht von der Position, die «Einkommen», sondern von der, die «Gewinn» genannt werden kann. Dabei gilt, und auch dies ist alles andere als eine neue Regelung: Hohe Steuern zahlt, wer hohe Gewinne, niedrige oder gar keine Steuern zahlt, wer niedrige oder gar keine Gewinne erwirtschaftet. Hinzuzurechnen wären dann Abgaben auf sämtliche Güter, die eben keine öffentlichen, sondern nach wie vor private Güter wären: Abgaben, die immer dann besonders hoch sein können, wenn solche privaten Güter in ihrer Herstellung, ihrer Verteilung und ihrem Gebrauch öffentliche Güter – beispielsweise das öffentliche Gut Gesundheit – einschränken oder gefährden.

Grundeinkommen und entgrenzte Bürgerschaft

Eine solche Politik ist ganz offensichtlich weder utopisch – sie ist nicht einmal antikapitalistisch und jedenfalls in den «entwickelten» Staaten im Prinzip umstandslos umzusetzen. Genauer besehen sind dabei allerdings stets die folgenden drei Radikalisierungen mit zu denken:

1. Ist der Zugang zu öffentlichen Gütern nicht mehr an Lohnarbeit, sondern an Bürgerschaft gebunden, brauchen wir einen entgrenzten Begriff der Bürgerschaft. Zur Entkopplung von Arbeit, Einkommen und sozialer Sicherung gehört derart die Entkopplung von Bürgerschaft und Nationalität. BürgerIn der Republik ist dann, wer auf ihrem Territorium lebt.

2. Ist der Zugang zu öffentlichen Gütern schon deshalb nicht mehr an eine zuvor erbrachte Arbeitsleistung zu binden, weil immer weniger Menschen formelle Arbeit finden, muss die unentgeltlich bereit gestellte soziale Infrastruktur durch eine individuelle Grundsicherung ergänzt werden, die selbst ein öffentliches Gut sein und deshalb jeder Bürgerin und jedem Bürger am Ort der Niederlassung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern muss. Da allerdings auch ein bedingungslos zugeteiltes Grundeinkommen nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen garantiert und seine konkrete Höhe deshalb notwendig ein strategischer Einsatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein wird, wären solche Auseinandersetzungen mit Politiken zu verbinden, deren strategisches Ziel die Demokratisierung der weltgesellschaftlichen Arbeitsteilung auf dem Weg struktureller Arbeitszeitverkürzungen ist.

3. Soll die soziale Infrastruktur öffentlicher Güter staatlich garantiert werden, darf diese Garantie auch in dem Sinn nicht mehr national beschränkt sein: Auch wenn eine Politik öffentlicher Güter bis auf Weiteres auf nationale Staaten angewiesen ist, treibt sie in der Tendenz über nationalstaatliche Politik hinaus. Insofern liegt die einzige angemessene Antwort auf die neoliberalen Globalisierung in der Globalisierung von Politiken öffentlicher Güter. Ein Ziel, für das zu streiten sich lohnt.

Dieser Beitrag erschien in ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 507 / 16.6.2006.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 Eröffnungsvortrag zum Seminar «Gesundheit, Medikamente und Forschung als öffentliches Gut» auf dem Europäischen Sozialforum in Athen, veranstaltet in Kooperation des People's Health Movements und des European Network for the Right to Health mit medico international, der BUKO-Pharmakampagne und der Rosa Luxemburg-Stiftung am 5.5.06
- 2 Vgl. dazu die fortlaufenden Publikationen des Internetprojekts www.links-netz.de. Teile des Vortrags sind dem Thesenpapier Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität von medico international entnommen, vgl. www.medico-international.de/hintergrund/almata/Soz.Sicherung.pdf.

Autor_innen

Frank Braßel

Historiker und Autor, war von 2005 bis 2011 als Fachkraft für den deutschen Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) im unabhängigen Agrarforschungszentrum SIPAE in Quito/Ecuador und ist zudem bei Oxfam aktiv.

Gert Eisenbürger

geb. 1960, ist Redakteur der Zeitschrift »ila« in Bonn. Seine inhaltlichen Schwerpunkte sind die politischen Entwicklungen in Lateinamerika, die Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika und das Exil von EuropäerInnen in Lateinamerika (1933-45) sowie von LateinamerikanerInnen in Europa (1973-1990). Zahlreiche Veröffentlichungen zu Lateinamerika in Büchern und Zeitschriften, zuletzt gab er zusammen mit Britt Weyde, Stefan Thimmel und Theo Bruns das Buch «Uruguay – Ein Land in Bewegung» (Berlin/Hamburg 2010) heraus.

Thomas Fathauer

hat Sozialwissenschaften und klassische Philologie in Münster studiert. Von 1992 bis 2010 lebte er in Brasilien, wo er von 2003 bis Juli 2010 das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung leitete. Vorher arbeitete er in Projekten zum Waldschutz im Amazonasgebiet. Zur Zeit lebt er als Autor und Berater in Berlin. Die Teilnahme an den Debatten des Weltsozialforums 2006 in Belém und dem alternativen Klimagipfel 2010 in Cochabamba motivierten ihn, sich mehr mit dem Konzept des *Buen Vivir* zu beschäftigen.

Dirk Gebhardt

ist Referent für Soziales bei Eurocities, dem Netzwerk europäischer Großstädte in Brüssel.

Friederike Habermann

ist Ökonomin, Historikerin sowie Dr. phil. der Politikwissenschaften und arbeitet frei.

Andrej Holm

forscht und lehrt am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und ist in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv.

Christa Müller, Dr.

ist Soziologin und Geschäftsführende Gesellschafterin der Stiftungsge meinschaft anstiftung & ertomis und der Stiftung Interkultur. Sie forscht zu nachhaltigen Lebensstilen und neuen Wohlstandsmodellen. 2011 gab sie das Buch «Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt» heraus und kuratierte die Ausstellung «Die Produktive Stadt – Designing for Urban Agriculture» (TU Berlin und TU München).

www.anstiftung-ertomis.de // www.stiftung-interkultur.de //
www.urban-gardening.eu

Niko Paech, apl. Prof. Dr.

Wirtschaftswissenschaftler, vertritt den Lehrstuhl für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er forscht in den Bereichen Klimaschutz, Konsum, Sustainable Supply Chain Management, Nachhaltigkeitskommunikation, Innovationsmanagement und Postwachstumsökonomik. Er ist Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ), gehört dem Post Fossil Institut (PFI), dem Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS) sowie dem wissenschaftlichen Beirat von Attac an.

Dorothee Rodenhäuser

ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin und arbeitet im Bereich «Frieden und Nachhaltige Entwicklung» des Instituts für interdisziplinäre Forschung FEST e. V. in Heidelberg. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind alternative

Wohlfahrtsmessung und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung sowie die wissenschaftliche Begleitung von Klimaschutzprojekten, insbesondere des kirchlichen Kompensationsangebots Klima-Kollekte.

Thomas Seibert

Philosoph, Mitarbeiter von medico international, lebt in Frankfurt.

Michelle Wenderlich

hat Politik in Berlin studiert, ist seit 2009 bei gegenstromberlin aktiv und interessiert sich insbesondere für Möglichkeiten partizipatorischer Demokratie, neue Formen von Staatlichkeit und Klimagerechtigkeit. Sie kommt ursprünglich aus New York, hat ihren Master in Public Policy gemacht und arbeitet zusätzlich als freischaffende Musikerin.



Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V.

Nahua Script 12

LandLos. Berichte und Gespräche zur Landfrage in Nicaragua und Mittelamerika.

«In der sandinistischen Vorzeit gab es keine Notwendigkeiten für selbstorganisierte Projekte, denn es war immer Arbeit in Überfluß da. Mit der neuen Regierung gab es eine brutale Arbeitslosigkeit in ganz Nicaragua, und wir haben mit dem Kampf um das Land begonnen, um zu überleben.»

Die bäuerliche Produktionsweise mit dezentraler Organisation, ressourcenschonender Ökologie und gesellschaftlicher Ernährungssouveränität bietet nachhaltige Produktionsstrukturen. Die unmittelbaren Produzent_innen können sich der Exportorientierung und damit verbundener national-staatlicher wie auch privatwirtschaftlicher Organisation entledigen, sie bilden neue Wirtschaftssubjekte mit sozialer Orientierung. Der Sandinismus der 80er Jahre hat die bewußtseinsmäßigen Grundlagen geschaffen, der neoliberalen Staat die ökonomischen Notwendigkeiten. 1995. 144 S.

Nahua Script 13

Recht auf Stadt – Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika

Diese Broschüre ist das Ergebnis einer mehrmonatigen Reise durch Lateinamerika. Überall – in Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela – wurden wir offen und freundlich empfangen, konnten Kontakte knüpfen, Besichtigungen durchführen und Interviews führen. Dabei wollen wir die Ansatzpunkte für städtische Selbstorganisation im Dialog mit den Akteur_innen darstellen. Die aufgeführten Beispiele aus Lateinamerika vermitteln Erfahrungen und geben Antworten (aus dem Munde der Beteiligten) auf Fragen, die sich auch für uns stellen. Sind die Übernahme von Selbstverantwortung in Ergänzung staatlicher Daseinsvorsorge, die Delegation von Entscheidungsmacht an aktive Bürger_innen, die Wieder-Aneignung des öffentlichen Raumes, die Produktion von Gemeingütern in sozialer Orientierung auch ein Modell für deutsche Kommunen? Dezember 2011. 112 S.

INFORMATIONSBÜRO

NICARAGUA e.V.

Das Informationsbüro Nicaragua gehört zu den ältesten Organisationen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. 1978 – während des sandinistischen Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur – gegründet, war es eine Art Koordinierungsstelle von den mehr als 300 Nicaragua-Soli-gruppen in der BRD. Unsere Geschichte war bis in die 1990er Jahre eng verknüpft mit den Konjunkturen der Solidaritätsbewegung zu Mittelame-rika und speziell zu Nicaragua.

Heute liegen die Arbeitsschwerpunkte des Infobüros im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit zu Lateinamerika und in der Zusammenarbeit und Förderung von Basisinitiativen in Nicaragua. Wir geben Publikationen heraus, unterhalten ein öffent-lich nutzbares «Dritte-Welt»-Archiv, vermitteln Referent_innen, führen Besuchsreisen mit lateinamerikanischen Gästen durch und organisieren Aktionen und Seminare.

Laufende Projekte sind die Bildungsprogramme *Fokuscafé Lateiname-rika* und *Bildungslabor Lateinamerika*, deren Themenspektrum von Geschichte und Klischees, Ökonomie und Migration über Eine Welt bis Klimawandel und Umweltkonflikte reicht. Die Materialien dieser interak-tiven und partizipativen Methoden des Globalen Lernens zur schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit richten sich an Bildungsarbeiter_innen, Lehrer_innen und alle Interessierten. Zudem bietet das Infobüro die Ausstellung ÜberLebensWelten an, die Maquilaarbeiterinnen, Land-frauen und Menschen aus der Überlebensökonomie Nicaraguas sprechen lässt; das Ausstellungsprojekt wird ständig aktualisiert. Mit Veran-staltungsreihen wie dem Wuppertaler Süd-Nord Kolloquium «Her mit dem guten Leben!» (2011) und den Wuppertaler Lateinamerikatagen (2010) bringen wir aktuelle inhaltliche Schwerpunkte in den öffentlichen Fokus.

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweirthstr. 8

42107 Wuppertal

Tel.: 0202-30 00 30

Mail: info@informationsbuero-nicaragua.org

www.informationsbuero-nicaragua.org